

## PAZIFIK IM ÜBERBLICK

### Menschenrechtspreis verliehen

Die Australierin Dr. Fiona Crockford ist im Januar mit dem *Bill Armstrong AO Human Rights Award 2022* ausgezeichnet worden. Mit der Verleihung des Preises werden Dr. Crockfords ehrenamtliche Tätigkeit für die Gemeinschaften der *First Nations* in Australien sowie ihr Engagement und ihre Bemühungen um die Menschenrechte gewürdigt, die zur Stärkung der Beziehungen zwischen den Völkern der *First Nations* beigetragen haben.

Die Jury lobte die von Dr. Crockford geschaffenen Möglichkeiten eines interkulturellen Dialogs zwischen den Mitgliedern von *First Nations*. Dr. Crockford hat Wege geschaffen, dass die indigenen Völker in Australien und Papua-Neuguinea an strategischen Diskussionen des *Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten und Handel* (DFAT) in Australien und in Papua-Neuguinea (PNG) teilnehmen können und hier ihre Ideen und Meinungen einbringen können.

Dr. Crockford ist ehemalige Geschäftsführerin und aktive Freiwillige bei *Community First Development*. In den letzten zehn Jahren war sie für das DFAT in PNG und in der Torres Strait tätig. Fiona Crockford ist bereits zum dritten Mal in der pazifischen Region berufstätig und ist seit Anfang 2021 Erste Sekretärin für Australische Entwicklungshilfe auf der Insel Buka in der Autonomen Region Bougainville. Hier leitet sie das binationale *Australia-Bougainville Partnership Program*.

Fiona Crockford setzt sich für die Vernetzung der Indigenen in PNG, Bougainville und Australien ein, um deren traditionelle Kultur, Widerstandsfähigkeit und Versöhnungsarbeit zu stärken. Jüngste Beispiele hierfür sind ihre Arbeit zur Förderung der Frauenfriedensbewegung in PNG, einschließlich der Einrichtung eines heilenden Dialogs („*healing dialogue*“) zwischen den Frauen

der *First Nations* von Bougainville und Australien.

Im Jahr 2022 hat Crockford eine Zusammenarbeit zwischen dem australischen Didjeridu-Spieler Tjupurru Fabila, dem Hip-Hop- und Rap-Künstler Jake Fabila, dem PNG-Künstler David Bridie, dem PNG-Label *Wantok Musik* und jungen Künstler\*innen aus Bougainville initiiert. Das Ergebnis des interkulturellen Projektes sind Lieder und Filme, die in ganz Ozeanien gezeigt werden.

*Hintergrund:* Mit dem *Bill Armstrong AO Human Rights Award* werden Personen ausgezeichnet, die sich in herausragender Weise für die Menschen und Gemeinschaften der *First Nations* einsetzen und damit ein Beispiel für praktische Selbstbestimmung geben. Der Preis wurde von *Community First Development* ausgelobt. Diese australische Wohltätigkeitsorganisation setzt sich für die Gleichberechtigung von indigenen Völkern und Einwanderern ein und fördert besonders den Zugang Indigener zu Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe.  
(<https://www.communityfirstdevelopment.org.au/stories/human-rights-award-recognises-dr-fiona-crockford>, LOOP PNG 01.02.23)

### Neue Allianz gegen Klimawandel-Folgen

Eine Gruppe von am wenigsten entwickelten Ländern („Least developed countries“) und kleinen Inselstaaten hat sich mit Wissenschaftler\*innen zusammengetan, um Gemeinden bei der Bewältigung von Klimaschäden besser zu unterstützen.

Nepal, Bangladesch, Senegal, Malawi, Jamaika, Trinidad und Tobago, Tonga und Vanuatu prüfen nun die Einrichtung nationaler Einrichtungen, um Ressourcen für die Bewältigung von Klimakatastrophen zu kanalisieren und die Gelder dort auszugeben, wo sie am dringendsten benötigt werden.

Die neue Allianz wird vom Internationalen Zentrum für Klimawandel und Entwicklung (ICCCAD) in Bangladesch und dem Internationalen Institut für Umwelt und Entwicklung (IIED) in Großbritannien finanziell unterstützt.

*Hintergrund:* Bei den COP27-Klimagesprächen in Ägypten im vergangenen November hatten sich die Länder auf die Einrichtung eines Fonds geeinigt, der gefährdete Länder bei der Bewältigung klimabedingter Verluste und Schäden unterstützen soll.

Es könnte jedoch lange dauern, bis die Gelder mobilisiert werden. Ein Übergangskomitee soll die Funktionsweise des Fonds, die Zahlenden, die Nutznießer und die Verwaltung des Fonds ausarbeiten und vor der nächsten Runde der UN-Klimagespräche in den Vereinigten Arabischen Emiraten Empfehlungen abgeben.

Das 24-köpfige Komitee soll seine erste Sitzung vom 27. bis 29. März im ägyptischen Luxor abhalten, obwohl die asiatisch-pazifische Gruppe es bisher versäumt hat, ihre beiden Vertreter zu nominieren.

Christopher Bartlett, Mitglied des nationalen Beratungsgremiums für Klimawandel und Katastrophen in Vanuatu, sagte, sein Land sei einer „*der stärksten Verbündeten*“ der Initiative. (*Climate Change News* 09.03.23)

### Neuer Liniendienst zwischen Nordasien und PNG

Die dänische Speditions- und Logistikgruppe *Blue Water Shipping* hat Anfang Dezember 2022 den „Kumul Service“ aufgenommen. Das ist ein neuer regelmäßiger Liniendienst zwischen Nordasien und Papua-Neuguinea (PNG). Der Dienst ist eine Erweiterung des derzeitigen Liniendienstes von *Blue Water Shipping* bis nach Lihir und bietet den Kunden nun mit der Hafenstadt Lae eine weitere Anlaufstelle in der Morobe Provinz an.

*Blue Water Shipping* wird alle 30 Tage regelmäßige Abfahrten von China, Korea und Japan nach Papua-Neuguinea anbieten. Im Einsatz ist dafür die *MV Gala* - ein Mehrzweckschiff mit einer einfachen Hebekapazität von 150 Megatonnen. Das Frachtschiff kann Stückgut, Container und überbreite Ladung aufnehmen.

Steven Lofaro, der Regionalchef von *Energy, Ports and Projects Oceania*, sieht eine wachsende Nachfrage nach Frachtkapazitäten, insbesondere für Breakbulk-Ladungen, in und aus Papua-Neuguinea.

*Info: Blue Water* verfügt weltweit über mehr als 70 Niederlassungen und bietet alle Logistikdienstleistungen im Rahmen eines modernen Lieferkettenmanagements an.

(PNG Business News 28.10.22, <https://www.bluewatershipping.com/bluewater-pacific.php>)

## Neue wöchentliche Schiffsverbindungen

Die Handelsschiffahrtsgesellschaft *Swire Shipping* aus Singapur, ein führender Anbieter von Linienschiffahrtsdiensten im asiatisch-pazifischen Raum, hat den *Pacific Weekly Express* (PWX) Service eingeführt, einen neuen wöchentlichen Dienst, der Südostasien, Europa, Indien und den Nahen Osten mit Papua-Neuguinea und den pazifischen Inselstaaten verbindet.

Der neue Dienst verkehrt in einem siebentägigen Rhythmus nach Papua-Neuguinea, den Salomonen, Neukaledonien und Fidschi und bietet in Fidschi und Nouméa Anschlüsse zu den Pazifikinseln Tonga, Vanuatu, Samoa, Amerikanisch-Samoa und Tahiti.

Der neue Dienst bietet eine höhere Frequenz, Vorhersagbarkeit und Geschwindigkeit und verdoppelt die Frequenz zu den Häfen von Lae, Motukea, Nouméa, Suva und Honiara.

Die Einführung des PWX-Dienstes ermöglicht es *Swire Shipping*, seinen Papua-Neuguinea-Dienst (von Australien nach Papua-Neuguinea und zu den Salomonen) zu einem vierzehntägigen Dienst auszubauen. Dies ergänzt die bestehenden vierzehntägigen Angebote des Australia-Pacific Islands (PIS)-Service und des North Asia Express (NAX)-Service (von Nordasien nach Papua-Neuguinea und Townsville, Australien).

(PNG Business News 09.02.23, [www.swireshipping.com](http://www.swireshipping.com), <https://www.seatrade-maritime.com/containers/swire-shipping-opens-new-branch-office-tonga>)

## Bomben-Räumung auf den Salomonen

Das US-Außenministerium hat eine Million US-Dollar zur Verfügung gestellt, um die Salomonen vor den diesjährigen Pazifikspielen von nicht explodierten Bomben aus dem Zweiten Weltkrieg zu befreien. Das Ministerium vergab die finanzielle Unterstützung an den regionalen „HALO Trust“ für die Durchführung der Bomben-Räumung auf den Inseln. Die Räumung erfolgt in Zusammenarbeit mit der *Royal Solomon Islands Police Force*.

Im Jahr 2020 wurden zwei Männer auf den Salomonen getötet, als sie im Rahmen der Vorbereitungen für die Pazifikspiele 2023, die zwischen dem 19. November und dem 2. Dezember 2023 stattfinden sollen, bei der Beseitigung nicht explodierter Bomben aus dem Zweiten Weltkrieg halfen.

Der Brite Stephen "Luke" Atkinson (57) und der Australier Trent Lee (40) arbeiteten im Auftrag der Nichtregierungsorganisation *Norwegian People's Aid*. Sie wurden bei der Explosion in der Hauptstadt der Salomonen, Honiara, auf der Insel Guadalcanal getötet.

Nach Schätzungen von Forschern werden jedes Jahr mehr als 20 Menschen im Pazifik getötet oder schwer verletzt, wenn eine der Tausenden von nicht explodierten amerikanischen und japanischen Bomben aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs aus Versehen in die Luft geht.

Im Rahmen der jüngsten Initiative werden die USA mit Beamten der Salomonen zusammenarbeiten, um vorhandene Daten und historische Fotos und Aufzeichnungen zu nutzen, sowie Recherchen zur Aktualisierung der nationalen „Bombenfund“-Datenbank durchzuführen.

*Hintergrund:* Die USA haben den Salomonen seit dem Jahr 2011 mehr als 6,8 Mio. USD (ca. 6,3 Mio. €) zur Verfügung gestellt, um gemeinsam mit der *Royal Solomon Islands Police Force* nationale Kapazitäten für die Identifizierung und Zerstörung nicht explodierter Kampfmittel (so genannter *Unexploded Ordnance*, UXO) aus dem

Zweiten Weltkrieg aufzubauen. Dazu gehörte auch die Ausbildung von 13 Ingenieuren, die mehr als 1.200 UXO-Einsätze durchgeführt und mehr als 29.746 nicht explodierte Bomben zerstört haben.

(*Inside the Games* 20.01.23, <https://pacificgames.pngfacts.com/>)

## Beitritt zum Kernwaffenteststopp-Vertrag

Die Salomonen haben am 20. Januar 2023 den Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (*Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty*, CTBT) von 1996 ratifiziert. Sie sind damit der 14. pazifische Inselstaat, der diesem Vertrag beigetreten ist.

Die Ratifizierung erfolgte im Rahmen einer Zeremonie am Sitz der Vereinten Nationen in New York in Anwesenheit von Botschafterin Jane Mugafalu Kabui Waetara, der Ständigen Vertreterin der Salomonen bei den Vereinten Nationen, und David Nanopoulos, dem Leiter der Vertragsabteilung des UN-Büros für Rechtsfragen.

Robert Floyd, Exekutivsekretär der Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen, lobte den Beitritt mit den Worten: „*Ich heiße die Salomonen in der Familie der CTBT-Ratifizierer willkommen. Dies ist ein deutliches Signal und eine starke politische Aussage der Salomonen, deren Geschichte unterstreicht, wie wichtig ein endgültiges Verbot von Atomtests ist. Ich beglückwünsche die Salomonen zu ihrer Führungsrolle bei der Gestaltung einer sichereren Welt.*“

*Info:* Der Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen, auch Kernwaffenteststopp-Vertrag, ist ein noch nicht in Kraft getretener internationaler Vertrag, der alle Kernwaffentests verbieten soll. Der Kernwaffenteststopp-Vertrag verbietet die Durchführung jeder Art von Kernwaffenexplosion, ob für zivile oder für militärische Zwecke. Auch die Beihilfe dazu ist verboten. Der Vertrag tritt in Kraft, 180 Tage nachdem die in Anlage 2 des Vertrags namentlich angeführten Staaten den Vertrag ratifiziert

haben. Diese 44 Staaten sind die, welche laut Angaben der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEA) 1995 über Kerntechnologie verfügten, damit also insbesondere auch die offiziellen Atommächte.

Pazifische Vertragsparteien des CTBT sind: Cook-Inseln, Föderierte Staaten von Mikronesien, Fidschi, Kiribati, Marshall-Inseln, Nauru, Niue, Palau, Papua-Neuguinea, Samoa, Timor-Leste, Tuvalu und Vanuatu; Tokelau und Tonga müssen noch beitreten.

Bis dato (Stand: 17. Februar 2023) haben 177 Staaten den Vertrag ratifiziert. 186 haben ihn unterschrieben. (*The Solomon Times* 23.01.23, <https://www.ctbto.org/our-mission/states-signatories>)

## Neue US-Botschaft auf den Salomonen

Am 27. Januar 2023 haben die Vereinigten Staaten von Amerika (USA) eine Botschaft in Honiara (Salomonen) eröffnet.

Russell Comeau wird weiterhin als U.S. *Chargé d'Affaires ad interim* in der neuen U.S. Botschaft Honiara tätig sein. Er kam im Oktober 2021 auf die Salomonen.

In einer Presseerklärung des Außenministeriums der USA heißt es dazu: „Die Eröffnung der Botschaft baut auf unseren Bemühungen auf, nicht nur mehr diplomatisches Personal in der Region zu platzieren, sondern auch die Beziehungen zu unseren pazifischen Nachbarn zu vertiefen, Programme und Ressourcen der Vereinigten Staaten mit den Bedürfnissen vor Ort zu verbinden und zwischenmenschliche Beziehungen aufzubauen.“

*Info:* Die USA unterhielten bereits Ende der 1980er Jahre einmal fünf Jahre lang eine Botschaft auf den Salomonen, bevor sie diese 1993 im Rahmen des weltweiten Abbaus von diplomatischen Vertretungen nach dem Ende des Kalten Krieges schlossen.

(<https://www.state.gov/opening-of-the-u-s-embassy-in-honiara-solomon-islands/> 01.02.23, AP News 02.02.23)

## Deutsche Botschafterinnen zum Antrittsbesuch

Die neue deutsche Sondergesandte für den Pazifik, Beate Grzeski (61), und die neue deutsche Botschafterin für die Marshall-Inseln, Anke Reiffenstuel, haben im Februar einen gemeinsamen Antrittsbesuch bei Jimata M. Kabua, dem Vorsitzenden des Rates der Ältesten (*Council of Iroj*) auf den Marshall-Inseln absolviert.

*Info:* Anke Reiffenstuel (\* 7. Oktober 1968) ist deutsche Diplomatin. Sie ist seit August 2019 Botschafterin in Manila auf den Philippinen. Neben den Philippinen gehören die Marshall-Inseln, die Föderierten Staaten von Mikronesien und Palau zu ihrem Amtsbezirk. Vor ihrem Amtsantritt in Manila war sie Leiterin des Referats für Humanitäre Hilfe und Humanitäres Minenräumen im Auswärtigen Amt in Berlin.

Im Juli 2022 war die deutsche Diplomatin Beate Grzeski zur Sondergesandten der BRD für die pazifischen Inselstaaten ernannt worden. Sie hat ihren Amtssitz in Suva (Fidschi). (*Marshall Islands Journal* 10.02.23, *Wikipedia*)

## MELANESIEN

## PAPUA-NEUGUINEA

### Nein zum Tiefseebergbau

Die *Alliance of Solwara Warriors*, ein Zusammenschluss von Küstengemeinden in Papua-Neuguinea, veranstaltete kürzlich eine Anhörung zum Meeresbodenbergbau, bei der jedoch keine Beamten oder offizielle Vertreter\*innen der staatlichen *Mineral Resource Authority* (MRA) und der Regierung anwesend waren.

In einer Pressekonferenz forderte das Bündnis die Regierung auf, die Lizenzen für den Abbau und die Erkundung des Meeresbodens vor der Küste der Insel Neuguinea aufzuheben. Sie forderte auch die Löschung der Lizenz der Firma *Nauti-*

*lus Minerals*, da diese trotz des Konkurses des Unternehmens im Jahr 2019 immer noch aktiv ist.

Der Sprecher der regionalen Umweltschutzorganisation *West Coast Development Foundation*, Jonathan Mesulam, forderte dies auf einer Pressekonferenz in der Hauptstadt Port Moresby. Er sagte, PNG solle dem Beispiel anderer pazifischer Inseln folgen, die eine Pause („Moratorium“) oder gar ein vollständiges Verbot des Meeresbodenbergbaus fordern.

„Wir fordern die Regierung heute auf, alle Lizenzen für den Meeresbodenbergbau aufzuheben, sei es für die Erkundung oder den Abbau. Wir wollen, dass diese Lizenzen gestrichen werden. Warum sollten wir diese Lizenzen behalten und andere Investoren einladen, zu kommen und unseren Ozean zu zerstören?“, fragte Mesulam.

Die *Alliance of Solwara Warriors* hat bereits drei offizielle Einwände nach den Paragraphen 4 und 14 des neuguineischen Bergbaugesetzes gegen den geplanten Tiefseebergbau eingebracht, und zwar 2018, 2020 und zuletzt im Januar 2023. Auf alle drei Einwände hätten weder die Nationalregierung noch die MRA geantwortet, beklagte der Aktivist.

„Unser Einwand Nummer 1 besagt, dass es keine nationale Politik zum Meeresbodenbergbau gibt. Nummer 2 besagt, dass es keinen rechtlichen Rahmen in den Provinzen oder auf nationaler Ebene gibt, um die Auswirkungen von Projekten zu überwachen. Der dritte Einwand besagt, dass das geplante Projekt unbekannt ist, da es nicht genügend Informationen über die Auswirkungen, den Nutzen und die Risiken dafür gibt“, erklärte Mesulam.

*Info:* Bergbau- oder Explorationslizenzen, die einem Unternehmen erteilt werden, durchlaufen ein Verfahren, das als Anhörung der Aufsichtsbehörde bezeichnet wird. Dabei haben Gemeinden, Einzelpersonen oder Organisationen die Möglichkeit, ihre Einwände gegen das Projekt vorzubringen.

Finanziell unterstützt wird die Allianz der neuguineischen Nichtregie-

rungsorganisationen von der Caritas Australia. (PNG Business News 07.02.23, <https://www.pacificblueline.org/post/pacific-blue-line-maintains-call-for-a-global-ban-on-deep-sea-mining>)

## Vier neue Botschaften

Der neuguineische Minister für internationalen Handel und Investitionen, Richard Maru, hat Premierminister James Marape und dessen Kabinett für die mutige und visionäre Entscheidung gelobt, eine der vier neuen Botschaften, die von der Regierung eingerichtet werden sollen, in Thailand zu eröffnen. Drei weitere PNG-Botschaften sollen in Kürze in Jerusalem (Israel), den Vereinigten Arabischen Emiraten und in der Schweiz eröffnet werden. Die Eröffnung der thailändischen Botschaften ist Bestandteil der neuen „Walk across Asia-Strategy“, die sich die Regierung unter Premier Marape und seinem Vize-Premier John Rosso überlegt hat, um die Wirtschaftskraft des Staates zu stärken und Papua-Neuguinea wettbewerbsfähiger auf dem Weltmarkt zu machen.

„Durch den Aufbau starker Handels- und Investitionsbeziehungen mit der thailändischen Regierung, dem Privatsektor, der gezielten Ansprache potenzieller Investoren und den zwischenmenschlichen Beziehungen zu Thailand können die thailändischen Investoren uns dabei helfen, unsere umfangreiche Landwirtschaft, Fischerei und verarbeitende Industrie zu Weltklasse-Industrien in unserem Land zu entwickeln“, sagte Minister Maru bei einem Besuch einer offiziellen Wirtschaftsdelegation in Thailand Anfang des Jahres.

Thailand habe 40 Fischverarbeitungsbetriebe und sei die „Thunfischhauptstadt der Welt“, ohne dass es eine lokale Fischereindustrie gebe, erklärte Maru. Das Land sei in der Lage, Fisch aus Fischgründen in der ganzen Welt, einschließlich Papua-Neuguinea (PNG), zu kaufen und zum weltweit führenden Lieferanten von Fischereierzeugnissen zu werden, zeigte sich der Minister begeistert.

Minister Maru sagte weiter, dass PNG auch von einer starken Handels- und Investitionspartnerschaft mit Thailand in Bereichen wie der Tourismusentwicklung und der Entwicklung von Sonderwirtschaftszonen (SEZ) profitieren könne. (PNG Business News 07.02.23)

## Büroartikelhersteller spendet für Kinder

Das Führungsteam des Büroartikelherstellers *Theodist Ltd.* hat Anfang Februar eine Spende von 25.000 Kina für die Ausbildung und das Wohlergehen von mehr als 600 unterprivilegierten Kindern an die einheimische Kinderschutzorganisation „Life PNG Care Inc.“ übergeben.

Collin Pake, der Direktor von *Life PNG Care*, nahm den Scheck persönlich entgegen und dankte den Vertreter\*innen von *Theodist* für die dringend benötigte Unterstützung des Bildungsprogramms „Strongim Pikinini Education Programm“, das vernachlässigten und armen (Straßen-)Kindern eine Chance auf Bildung gibt.

Der Business Development Manager Ryan Pini von *Theodist* erklärte, dass das Unternehmen mehr als glücklich sei, die Kinder durch die Betreuung von *Life PNG Care Inc.* unterstützen zu können, damit sie eine bessere Chance auf Bildung, ein Dach über dem Kopf und die Möglichkeit haben, im Leben voranzukommen. Der Büroartikelhersteller werde auch zukünftig im Rahmen seiner Unternehmensverantwortung an *Life PNG Care* spenden, damit diese Organisation Kinder auf ihrem Bildungsweg begleiten und unterstützen kann, fügte Pini hinzu. (PNG Business News 10.02.23, <https://www.theodist.com/>)

## Überfüllte Leichenhalle führt zu Massenbegräbnis

92 anonyme Leichen, darunter auch 40 Kinderleichen, mussten Anfang des Jahres in einem Massengrab in Port Moresby bestattet werden. Die Massenbeerdigung fand statt, nachdem Videos in den sozialen Medien aufgetaucht waren, die stark verwesene Leichen in einem

Schuppen neben dem Zentralkrankenhaus von Port Moresby zeigten. Das dreiminütige Video auf Facebook zeigte mindestens zehn Körper, die in Decken eingewickelt auf Pritschen und in Krankenhausbetten in einem Lagerschuppen im Freien lagen.

Der Präsident der Nationalen Ärztevereinigung von Papua-Neuguinea, Dr. James Naipo, beklagte mangelnde Kapazitäten des Krankenhauses zur Lagerung der Leichen. Die Krankeneigene Leichenhalle sei nur für wenige Menschen ausgelegt und wenn die Angehörigen ihre Toten nicht von dort abholen, würde der Platz eng, sagte Naipo. Er vermutete, dass die Leichen aufgrund wirtschaftlicher Probleme nicht abgeholt würden. Viele Menschen hätten kein Geld für ein privates Begräbnis. Es sei nicht die Schuld des Krankenhauses, wenn Tote nicht rechtzeitig bestattet werden könnten, rechtfertigte sich Naipo.

Der stellvertretende Gouverneur von Port Moresby, Dadi Toka Jr., erklärte, das öffentliche Krankenhaus benötige dringend eine größere Leichenhalle und die Regierung prüfe derzeit Möglichkeiten, diese zu erweitern.

Neben der Haupt-Leichenhalle gibt es in Port Moresby drei weitere Container-Kühlschränke mit einer Kapazität von 62 Leichen. Die Einrichtung nimmt täglich bis zu 20 Leichen auf, wobei diese Zahl während der Covid-19-Pandemie anstieg.

„Die Leichenhalle ist immer voll, der Platz für eine Leiche ist mit vier oder fünf vollgestopft“, sagte ein ehemaliger Krankenhausmitarbeiter, der anonym bleiben wollte. (*The Guardian* 03.01.23, *BBC* 04.01.23)

## ADB fördert Bildung und Qualifizierung

Die *Asiatische Entwicklungsbank* (ADB) und die Regierung von Papua-Neuguinea (PNG) haben kürzlich Darlehens- und Zuschussvereinbarungen in Höhe von mehr als 66 Mio. US-Dollar unterzeichnet, um die technische und berufliche Bildung zu verbessern.

Die Vereinbarungen, die Teil des am 29. November 2022 genehmigten Projekts zur Verbesserung der technischen und beruflichen Bildung für die Beschäftigung sind, wurden von PNG-Schatzmeister Ian Ling-Stuckey und dem ADB-Länderdirektor für Papua-Neuguinea, David Hill, unterzeichnet. Der amtierende Sekretär des PNG-Ministeriums für Hochschulbildung, Forschung, Wissenschaft und Technologie, Francis Hualupmomi, und der Berater des Australischen Hochkommissariats, Paul Lehmann, waren Zeugen der Unterzeichnung.

Das von der ADB und den Regierungen Australiens und PNGs finanzierte Projekt wird das TVET-Programm (*Technical and Vocational Education and Training*) des Landes stärken und die Studierenden darauf vorbereiten, wettbewerbsfähiger zu werden und auf die Anforderungen von Arbeitsmarkt und Industrie zu reagieren.

*„Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit den Regierungen von PNG und Australien im Rahmen dieses Projekts, das zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit beitragen soll“,* so Hill. *„Das Projekt wird die Berufsschulen unterstützen, indem es Qualifizierungsprogramme in den Sektoren Bau und Landwirtschaft anbietet wird.“*

Zu den geplanten Reformen gehören die Stärkung der Kapazitäten und des Managements von zehn Colleges, die Bereitstellung einer qualitativ hochwertigen Lehrerausbildung, die Entwicklung eines Lehrplans für nachfrageorientierte TVET-Programme, die Modernisierung der Lehrinrichtungen an den Colleges und die Stärkung der Verwaltung des TVET-Programms. Im Rahmen des Projekts sollen auch engere Partnerschaften mit der Industrie und der Wirtschaft aufgebaut werden.

*„Dieses Projekt zielt darauf ab, die Zahl der qualifizierten Arbeitskräfte - sowohl Männer als auch Frauen - in den Sektoren Bauwesen und Landwirtschaft zu erhöhen, in denen eine hohe Nachfrage besteht“,* erklärte Ling-Stuckey.

*„Australien hat sich verpflichtet, die Regierung von PNG bei der Verwirklichung ihrer Reformziele im Berufsbildungssektor zu unterstützen und die Zahl und Qualität der qualifizierten Arbeitskräfte im Land zu erhöhen“,* sagte Paul Lehmann, ministerieller Berater der Australischen Hochkommission. *„Die Berufsbildung ist ein Schlüsselement der umfassenden strategischen Wirtschaftspartnerschaft zwischen Australien und PNG und wird zur wirtschaftlichen Erholung PNGs nach COVID-19 beitragen“,* sagte er weiter.

*Info:* Der TVET-Sektor von PNGs Bildungssystem umfasst öffentliche, private und kirchliche Einrichtungen. Dazu gehören technische und kaufmännische Colleges, die Weiterbildungskurse und Berufsausbildungen anbieten.

Das Projekt *"Improved Technical and Vocational Education and Training for Employment"* (Verbesserte technische und berufliche Bildung und Ausbildung für Beschäftigung) wird durch ein konzessionäres Darlehen der ADB in Höhe von 50 Millionen Dollar und einen Zuschuss Australiens in Höhe von 10,6 Millionen Dollar finanziert. Die Regierung von PNG steuert außerdem 5,7 Millionen US-Dollar bei. (*PNG Business News 17.01.23*)

### **ADB vergibt Darlehen zum Ausbau der Luftverkehrsdienste**

Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) und die Regierung von Papua-Neuguinea (PNG) haben kürzlich zwei Darlehen zur Finanzierung der Verbesserungen von Luftverkehrsdiensten in Papua-Neuguinea unterzeichnet.

Der neuguineische Finanzminister Ian Ling-Stuckey und der ADB-Länderdirektor für Papua-Neuguinea, David Hill, nahmen an der Vertragsunterzeichnung teil.

*„Dieses innovative Programm wird dazu beitragen, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in PNG zu fördern“,* sagte Hill. *„Unsere Investitionen zielen darauf ab, die Konnek-*

*ktivität im Land zu verbessern und damit das Wachstum von Unternehmen und Arbeitsplätzen zu fördern.“*

Bei der Zeremonie wurden Darlehen in Höhe von fast 163 Mio. US-Dollar für das kürzlich genehmigte Investitionsprogramm der Phase 2 zur Entwicklung der Zivilluffahrt in Höhe von 171,5 Mio. USD unterzeichnet. Im Rahmen des Programms werden fünf nationale Flughäfen im Hinblick auf mehr Sicherheit modernisiert, die Stromversorgung des internationalen Flughafens in Port Moresby verbessert und die Navigations- und Wetterdienste durch die Installation eines automatischen Standard-Wetterbeobachtungssystems verbessert.

*„Wichtige Sektoren der Wirtschaft PNGs wie Bergbau, Tourismus und Landwirtschaft sind auf die Zivilluffahrt angewiesen, um Zugang zu Produktionsstätten und Märkten zu erhalten“,* erklärte Ling-Stuckey die Bedeutung des Sektors für die Wirtschaft des melanesischen Inselstaates.

An vier Standorten sollen die Landebahnen modernisiert und erweitert werden: In Finschhafen, Hayfield, Jacquinot Bay und Tapini. Die Mitarbeitenden in den zivilen Luftfahrtinstitutionen von PNG sollen durch Schulungen im Projektmanagement weiterqualifiziert werden. Außerdem sollen mehr Frauen für alle Berufsfelder in der Luftfahrt gewonnen werden. (*PNG Business News 22.12.22*)

### **Führungswechsel bei der Zentralbank**

Frau Elizabeth Genia wurde zur amtierenden Gouverneurin der Zentralbank ernannt und tritt damit die Nachfolge von Benny Popoitai an, der dieses Amt seit Dezember 2021 innehatte. Genia ist derzeit stellvertretende Gouverneurin für Unternehmensdienstleistungen bei der Bank.

Papua-Neuguinea hat im Dezember 2021 Änderungen am Zentralbankgesetz verabschiedet, die die Amtszeit des Gouverneurs auf zwei vier-

## BOUGAINVILLE

### Australien unterstützt Transportsektor

Die australische Regierung hat in den letzten drei Jahren durch das Transportsektor-Unterstützungsprogramm (*Transport Sector Support Program*, TSSP) und die Arbeitsvereinbarungen mit den Gemeinden (*Community Work Arrangements*) in der Autonomen Region Bougainville (AROB) zahlreiche Wirtschafts- und Beschäftigungsmöglichkeiten für einheimische Arbeitskräfte geschaffen. Lokale Unternehmen wie etwa Bauunternehmen profitierten von den australischen Investitionen in Höhe von 40 Millionen Kina.

Ein Sprecher des Programms erklärte: „Bei den australischen Verkehrsinfrastrukturprojekten geht es um mehr als nur um Bitumen und Beton. Es unterstützt das Verkehrsministerium bei der Politik und Planung zur Verbesserung des Verkehrssektors“.

Im Rahmen der *Community Work Arrangements* arbeitet Australien mit Gemeindevorstehern in AROB zusammen, um lokale Arbeitskräfte zu beschäftigen, die Straßeninstandhaltungsarbeiten in der Region durchführen. Seit 2018 haben sich mehr als 63.000 Gemeindeglieder an den *Community Work Arrangements* in Bougainville beteiligt, davon waren 44 Prozent Frauen.

*Info:* Das Programm zur Unterstützung des Verkehrssektors zwischen Papua-Neuguinea und Australien wurde 2007 als langfristiges Engagement der australischen Regierung ins Leben gerufen, um die Regierung von Papua-Neuguinea beim Aufbau eines gut funktionierenden Verkehrsinfrastrukturnetzes zu unterstützen. (PNG Business News 02.01.2023)

### Steuergesetze sollen überarbeitet werden

Der amtierende *Chief Tax Collector* („Steuereintreiber“) von Bougainville, Aloys Daton, hat an den *Bougainville Executive Council* (BEC)

appelliert, die Steuergesetze in Bougainville zu überarbeiten. Einige Regelungen seien zu streng und trügen nicht zur wirtschaftlichen Entwicklung der autonomen Region bei, erklärte Daton. Er habe deshalb dem Finanzminister von Bougainville einen Vorschlag für eine neue Steuerpolitik vorgelegt, sagte Daton. Es ginge vor allem um eine Steuerreduzierung. Bougainville benötige eigene Steuergesetze, die für das Geschäftsumfeld auf Bougainville geeignet und anwendbar seien.

Das Geschäftsleben auf Bougainville sei einzigartig und unterscheide sich deutlich von dem in Festland-Papua-Neuguinea, sagte Daton weiter.

Die aktuellen Steuergesetze, die von Papua-Neuguinea in das Steuersystem von Bougainville übernommen worden waren, hätten sich nicht bewährt und müssten überarbeitet werden, um den Bedürfnissen der lokalen steuerpflichtigen Unternehmen gerecht zu werden. Er habe dazu fünf Vorschläge erarbeitet und wolle diese beim BEC einreichen, u.a. schlage er einen Erlass der Steuerschulden für Unternehmen auf Bougainville vor, die Zusammenlegung der Steuer- und Finanzämter sowie die Einführung einer Straßennutzungsgebühr. (PNG Business News 07.02.23)

### Prüflabor eröffnet

Ende Februar wurde das neue Prüflabor des *Bougainville Agricultural Commodity Regulatory Act* (BACRA) eröffnet.

Das von der australischen und neuseeländischen Regierung finanzierte Labor und die Büros im Wert von 2,4 Mio. Kina markieren einen Meilenstein für die autonome Regierung von Bougainville und den Agrarsektor der Insel.

Geraldine Paul, Ministerin für Grundstoffindustrie im Regionalparlament von Bougainville, sagte bei der offiziellen Eröffnung der Einrichtung, dass die BACRA-Anlage den lokalen Landwirten und Käufern helfen werde, mehr über die Qualität ihrer Produkte zu erfahren und Verbesserungsvorschläge für die Quali-

jährige Amtszeiten beschränken. Da der amtierende Gouverneur Loi Bakani seit 2010 im Amt war, wurde er durch das neue Gesetz seines Amtes enthoben und Popoitai wurde zum amtierenden Gouverneur.

Am 10. Januar 2023 war Wilson Kamit, der sechste Gouverneur der Bank von Papua-Neuguinea, gestorben. Kamit war von 1999 bis 2009 Gouverneur der Zentralbank und beaufsichtigte die Einführung eines neuen Zentralbankgesetzes im Jahr 2000. Neben der Gesetzesänderung, mit der die Unabhängigkeit der Zentralbank gestärkt wurde, war er im selben Jahr maßgeblich an der Einführung wichtiger Reformen des Finanzsektors beteiligt. Er machte Karriere als Banker und war 37 Jahre lang bei der staatlichen Bank von Papua-Neuguinea beschäftigt.

(<https://www.centralbanking.com/> 23.01., 24.01.23)

### Generalgouverneur wiedergewählt

Generalgouverneur Sir Robert („Bob“) Dadae ist am 19. Januar für eine zweite sechsjährige Amtszeit wiedergewählt worden. Er setzte sich mit 71 zu 33 Stimmen gegen seine Herausforderin Winnie Kiap durch.

Dadae ist seit dem 28. Februar 2017 als Generalgouverneur erster Vertreter des offiziellen britischen Staatsoberhauptes von Papua-Neuguinea, König Charles III. Er studierte an der *University of Papua New Guinea* und machte 1988 seinen Bachelor of Commerce. 1995 folgte der Masterabschluss an der neuseeländischen *Griffith University*. Anschließend arbeitete er als Buchhalter für die Evangelisch-Lutherische Kirche von Papua-Neuguinea, der er selbst angehört.

Am 24. April 2017 wurde er von der damaligen britischen Königin Elisabeth II. als *Knight Grand Cross des Order of St Michael and St George* (GCMG) geadelt.

(<https://www.ict.gov.pg/grand-chief-sir-bob-dadae-re-elected-as-g-g/>)

tät ihrer Produkte zu bekommen.

Zunächst soll sich die Arbeit des Labors auf Kakao und Kopa konzentrieren, längerfristig sollen auch andere landwirtschaftliche Produkte dort geprüft werden.

Als erstes sollen Kakaobohnen aus Bougainville im BACRA-Labor untersucht werden. Das Labor wird den Geruch, die Konsistenz und den Geschmack der Bohnen prüfen sowie diese auf eventuelle Insektenschäden untersuchen.

Anhand der Testergebnisse lässt sich feststellen, ob die lokalen Bohnen die internationalen Standards für den Zugang zu hochwertigen Märkten erfüllen.

Dies wiederum soll dazu beitragen, den Kakao aus Bougainville international bekannter zu machen und bessere Preise für die einheimischen Subsistenzbauern auf dem Weltmarkt zu erzielen.

Der amtierende Ministerberater des Australischen Hochkommissariats, Clayton Harrington, nahm gemeinsam mit Vertretern des ABG (*Autonomous Bougainville Government*) und der Regierung von Papua-Neuguinea an der Eröffnung der BACRA-Anlagen teil.

*Info:* Neben einem Prüflabor umfasst die Einrichtung einen Raum für Informationstechnologie, vier Büroräume, einen Empfangsbereich, einen voll ausgestatteten Konferenzraum, eine Solarstromanlage und einen Notstromgenerator, einen behindertengerechten Zugang zum Parkplatz, einen Gehweg und Toiletten sowie einen Be- und Entladebereich für Produktproben. (<https://www.onepng.com/2023/02/new-agriculture-laboratory-to-boost.html>)

## Workshops zur Cybersicherheit

Anlässlich des weltweit begangenen *Safer Internet Day* (7. Februar 2023) hat die *CPL (City Pharmacy Limited) Foundation*, eine lokale Stiftung zur beruflichen Bildung und Selbstbestimmung von Frauen und Mädchen in Papua-Neuguinea, mehrtägige „*Cyber Safe PNG Trainings*“ für Jugendliche auf der Insel Buka (Bougainville) durchgeführt. Die Initiative „*Cyber Sawe*“ (Tok Pi-

sin) zielt darauf ab, das Wissen von Kindern, insbesondere von jungen Mädchen, über Computertechnologie und Sicherheitspraktiken bei der Nutzung von Mobiltelefonen und Computern zu erweitern.

An dem zweitägigen Workshop Mitte Februar nahmen mehr als 30 junge Menschen teil, die verschiedene Themen wie Cybergames, physische Sicherheit, digitale Spuren, Cybersicherheit und Codierung erlernten.

Der Workshop wurde finanziell von Peter Tsiamalili Jr., einem Parlamentarier und Minister für innere Sicherheit im Regionalparlament von Bougainville, der Baufirma *Raibro Construction*, dem Bekleidungsgeschäft *Jacks of PNG* und dem Telekommunikationsanbieter *Vodafone Papua New Guinea* unterstützt.

Tsiamalili betonte die Wichtigkeit von Cybersicherheitsschulungen in der heutigen Zeit und sagte: „*Ich freue mich über diese Initiative und danke der CPL Foundation, dass sie diese Schulung nach Buka gebracht hat. Wir hoffen, dass in Zukunft mehr Schulungen dieser Art stattfinden können.*“ (*LOOP PNG 21.02.23, https://emtv.com.pg/cpl-completed-cyber-sawe-training/*)

## SALOMONEN

### Provinz-Ministerpräsident abgesetzt

Anfang Februar wurde Daniel Suidani, der Ministerpräsident der größten salomonischen Provinz Malaita, nach einem Misstrauensvotum seines Amtes enthoben. Nach Angaben des australischen Rundfunksenders *ABC* beschuldigten die Abgeordneten des Provinzparlaments Suidani, Gelder veruntreut zu haben. Alle 17 Parlamentarier stimmten bei der Vertrauensabstimmung gegen ihn.

Beobachter gehen davon aus, dass der in der Provinz äußerst beliebte Ministerpräsident wegen seiner China-kritischen Haltung gehen musste. Suidani hatte seit langem die Entscheidung von Premierminister Manasseh Sogavare kritisiert, im Jahr 2019 die diplomatische Loyali-

tät von Taiwan zu China gewechselt zu haben. Er lehnte chinesische Investitionen in seiner Provinz ab und hielt zahlreiche öffentliche Veranstaltungen ab, um die Ankunft taiwanesischer Hilfslieferungen in Malaita während der COVID-19-Pandemie zu feiern, obwohl diese Hilfe aus Taiwan von Sogavares Regierung nicht genehmigt worden war.

Suidanis anhaltende Unterstützung für Taipeh brachte ihn in direkten Konflikt mit der Ein-China-Politik der Salomonen und führte zu einem zunehmend erbitterten öffentlichen Streit zwischen ihm und Premierminister Sogavare. ([www.aljazeera.com](http://www.aljazeera.com) 07.02.23, *ABC News* 07.03.23, *WHBL* 08.02.23)

### US-Hospitalschiff versorgt Einwohner\*innen

Erstmals hat im vergangenen Sommer das US-amerikanische Hospitalschiff „*Mercy*“ der US-Marine auf den Salomonen angelegt und tausende Bewohner\*innen medizinisch versorgt. Der Premierminister der Salomonen, Manasseh Sogavare, begrüßte den Antrittsbesuch des Krankenhausschiffes der US-amerikanischen Marine im Hafen von Honiara.

Der zweiwöchige Besuch der *Mercy* auf den Salomonen war Teil der Übung „*Pacific Partnership 2022*“. Diese jährliche Übung, die bereits zum 17. Mal stattfand, ist nach Angaben des Pazifikkommandos der US-Marine die größte multinationale Mission für humanitäre Hilfe und Katastrophenvorsorge im Indopazifik.

*Info:* Die *Mercy* ist mit kaum einem anderen Schiff der US-Marine zu vergleichen. Mit einer Länge von 275 Metern kann das mobile Krankenhaus bei voller Besetzung bis zu 1.000 Krankenhausbetten, 12 Operationssäle und 1.200 medizinische Fachkräfte aufnehmen.

Während des Besuchs auf den Salomonen führte die Crew fast 6.000 medizinische Behandlungen durch - darunter 4.500 zahnärztliche Eingriffe -, nahm mehr als 50 Operationen vor und verteilte 1.000 Brillen.



Das medizinische Personal des Schiffes bildete auch einheimisches Gesundheitspersonal aus. Die Schulung umfasste u.a. einen Workshop über humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe in Zusammenarbeit mit der Regierung der Salomonen. (*ShareAmerica* 31.01.23)

## US-Investition in Thunfischfabrik?

Die Vereinigten Staaten von Amerika erwägen, in eine im Bau befindliche Thunfischkonservenfabrik auf den Salomonen zu investieren. Die Thunfischverarbeitungsanlage in Bina Harbour auf der Insel Malaita (engl. *Bina Harbour Tuna Processing Plant*) wird nach der SolTuna-Fabrik in Buno die zweite Thunfischverarbeitungsanlage auf den Salomonen sein.

Im November 2022 hatten der salomonische Minister für Fischerei und Meeresressourcen (MFMR), Nestor Giro, sowie Vertreter\*innen Neuseelands und der Firma „*John Staff International Development*“ (JID) den Vertrag über den Bau der großen Thunfischfabrik in der neuseeländischen Botschaft in Honiara unterschrieben.

Die Firma JID war nach einem Ausschreibungsverfahren für die Verwaltung des *Bina Harbour Project Office* ausgewählt worden. Der Vertrag sieht vor, dass JID in den nächsten fünf Jahren das technische Management und die Koordination des Bina Harbour Projekts übernimmt. Das Projektbüro wird zunächst in Honiara neben dem Fischereiministerium angesiedelt sein und über ein in Auki einzurichtendes Büro eng mit den Gemeinden in Bina zusammenarbeiten.

Das Projektbüro wird die Entwicklung des Hafens von Bina in den kommenden Jahren vorantreiben, die Koordination zwischen den Partnern übernehmen, Planungs- und Durchführbarkeitsarbeiten in Auftrag geben und mit allen wichtigen Interessensgruppen, einschließlich der Regierung der Salomonen und der Provinzregierung von Malaita, in Verbindung stehen.

*Info:* Jedes Jahr werden in der ausschließlichen Wirtschaftszone der Salomonen rund 150.000 Tonnen Thunfisch gefangen, was etwa sieben Prozent des Gesamtfangs im westlichen und mittleren Pazifik entspricht. Der Wert des in der ausschließlichen Wirtschaftszone der Salomonen gefangenen Thunfischs wird auf 180 Mio. USD (166 Mio. EUR) geschätzt, doch wird ein Großteil des Fangs in den salomonischen Gewässern von ausländischen Fischereifahrzeugen im Rahmen von Lizenzvereinbarungen getätigt und aufgrund fehlender Verarbeitungskapazitäten an Land anderswo verarbeitet, berichtet die pan-pazifische *Forum Fisheries Agency*.

*Hintergrund:* Im September 2022 hatte US-Präsident Joe Biden auf dem Gipfeltreffen der pazifischen Inselstaaten erklärt, er werde sich beim US-Kongress dafür einsetzen, dass für das nächste Jahrzehnt jährlich 60 Millionen US-Dollar (55,2 Millionen Euro) bzw. insgesamt 600 Millionen US-Dollar (552 Millionen Euro) für ein neues Wirtschaftshilfebkommen mit der *Forum Fisheries Agency* (FFA) bereitgestellt werden. Das wäre eine Verdreifachung der derzeit von den USA für die FFA bereitgestellten Mittel. Ein Großteil der Mittel wird für den *Südpazifischen Thunfischvertrag* verwendet, der die Gebühren für Fanggenehmigungen für US-Trawler finanziert, die in den ausschließlichen Wirtschaftszone der meisten pazifischen Inselstaaten operieren.

(<https://www.fisheries.gov.sb/> 29.11.22, <https://www.seafoodsource.com> 30.01.23)

## Graduierung unerwünscht

Der Minister für auswärtige Angelegenheiten und Außenhandel, Hon. Jeremiah, erklärte Ende Januar 2023, dass die Salomonen nicht bereit seien, ihren Status als am wenigsten entwickeltes Land („least developed country“) aufzugeben.

Der Außenminister hatte sich mit einem Team der *Inter-Agency Task Force on Support for Graduation* (IATF) der Vereinten Nationen getroffen, um den Antrag der Salomonen auf einen dreijährigen Aufschub

der für Dezember 2024 geplanten Höherstufung („Graduation“) als Entwicklungsland zu diskutieren.

Minister Manele und hochrangige Beamte des salomonischen Ministeriums für nationale Planung und Entwicklungskoordination hatten sich am 23. Januar in Honiara mit der Vorsitzenden der IATF und der Direktorin des Büros des *Hohen Repräsentanten der Vereinten Nationen für die am wenigsten entwickelten Länder* (UN-OHRLLS), Heidi Schroderus-Fox, sowie dem Programmverwaltungsbeauftragten des OHRLLS, Tomas Gonzalez, zu Gesprächen getroffen.

Manele nutzte das Treffen, um auf die Verwundbarkeit der Salomonen durch die anhaltenden Umweltprobleme wie Überschwemmungen und Erdbeben sowie die Folgen der COVID-19-Pandemie und die zivilen Unruhen im Jahr 2021 hinzuweisen, die die nationale Wirtschaft des Landes weiter zurückgeworfen hätten.

Mit dem Aufschub der so genannten „Graduierung“ (einer Hochstufung in einen höheren ‚Entwicklungsstatus‘) erhoffen sich die Salomonen Zeit für die Entwicklung einer Übergangstrategie von einer *least developed country* in die nächste höhere Stufe. Man brauche mehr Zeit für die Entwicklung der Infrastruktur, so der Minister. Trotz des erleichterten Zugangs zum Handelsmarkt wegen der Handelsabkommen *PacerPlus* und weiterer Abkommen, liefe die wirtschaftliche Öffnung der Salomonen nur langsam an, sagte er weiter.

*Info:* „*Am wenigsten entwickelte Länder*“ ist ein von den Vereinten Nationen definierter sozialökonomischer Status, den eine Gruppe von 46 besonders armen Ländern überall in der Welt besitzt. Diese am wenigsten entwickelten Länder werden auch als „Vierte Welt“ bezeichnet. (*Solomon Times* 26.01.23, *Wikipedia*)



## FIDSCHI

[Alle Artikel in dieser Rubrik von Oliver Hasenkamp, Mitglied im Vorstand des Pazifik-Netzwerkes, Berlin.]

### Neue Regierung: Sitiveni Rabuka zum neuen Premierminister gewählt

Am 14. Dezember 2022 wurde in Fidschi ein neues Parlament gewählt. Die Wahlen haben zu einem Regierungswechsel geführt und am 24. Dezember 2022 wurde Sitiveni Rabuka im Parlament zum neuen Premierminister Fidschis gewählt. Der 74-jährige Rabuka hatte das Amt bereits von 1992 bis 1999 inne, nachdem er im Jahr 1987 als damaliger Militärchef des Landes zwei Militärputschs durchgeführt hatte. Laut amtlichem Endergebnis erlangte Rabukas neugegründete Partei *People's Alliance* (PA) 35,82 Prozent der Stimmen.

Die bisherige Regierungspartei *FijiFirst* des bisherigen Premierministers Voreqe Bainimarama, der Fidschi seit einer militärischen Machtübernahme im Jahr 2006 regiert hatte, kam auf 42,55 % der Stimmen. Da sich Rabukas PA mit der *National Federation Party* (NFP), die auf 8,89 % der Stimmen kam, sowie der bisher größten Oppositionspartei SODELPA, die deutlich an Zuspruch verlor und schließlich mit 5,14 % der Stimmen nur knapp über der 5 %-Hürde lag, zusammensetzte, konnte die Dreier-Koalition eine knappe Mehrheit von drei Stimmen im Parlament erringen. PA und NFP hatten bereits vor der Wahl eine Zusammenarbeit beschlossen, so dass die Regierungsmehrheit schließlich von SODELPA abhing. Beide Lager versuchten, SODELPA nach der Wahl in Sondierungsgesprächen zu einer Zusammenarbeit zu bewegen – kein leichtes Unterfangen, da Bainimarama und *FijiFirst* einerseits seit Jahren die politischen Erzfeinde SODELPAs waren, aber auch Sitiveni Rabuka, der einst selbst SODELPA-Vorsitzender war, nach internen Streitigkeiten in der Partei und nach seinem Parteiaustritt im vergangenen Jahr viel Skepsis seiner ehemaligen Partei entgegen-schlug.

Unter anderem aufgrund familiärer Beziehungen zwischen dem *FijiFirst*-Generalsekretär Aiyaz Sayed-Khaiyum und dem damaligen SODELPA-Vorsitzenden Viliame Gavoka hatte es nach der Wahl zeitweise so ausgesehen, dass *FijiFirst* sich mithilfe von SODELPA doch noch an der Macht halten könnte. Nun ist Gavoka ebenso wie der NFP-Vorsitzende Biman Prasad und der PA-Politiker Manoa Kamikamica stellvertretender Premierminister unter Rabuka. Unter den insgesamt 54 Abgeordneten sind lediglich fünf Frauen – darunter vier in den Regierungsparteien und lediglich eine in der Opposition.

Dem neuen Kabinett gehören insgesamt mit Rabuka, seinen Stellvertretern und Ministern neunzehn Mitglieder an. Auch darunter befindet sich mit der neuen Ministerin für Frauen, Kinder und Armutsbekämpfung, Lynda Tabuya, lediglich eine einzige Frau. (Quellen: siehe *Berichterstattung für die vorherige Ausgabe der Pazifik-Aktuell*, Reuters 20.12.22, Radio New Zealand 19.12.22, 24.12.22, 30.12.22, Guardian 02.01.23, Lowy Institute 17.01.23, 03.03.23, Wikipedia)

### Regierungswechsel weitgehend friedlich trotz Aufrufen zum Eingreifen des Militärs | Überprüfung möglicher Wahlfälschungen

Die Parlamentswahl in Fidschi und der Amtsantritt einer neuen Regierung sind bisher weitgehend friedlich abgelaufen, allerdings fortwährend und andauernd von Sorgen um einen möglichen Militärputsch und zumindest Gerüchten über vereinzelte Gewalt begleitet worden. Noch während der Stimmauszählung hatte zunächst der mittlerweile amtierende neue Premierminister Sitiveni Rabuka das Militär zum Eingreifen aufgefordert. Zuvor hatte es Unregelmäßigkeiten bei der Erfassung von Stimmen in einer Wahl-App gegeben, die über Stunden nicht erreichbar war und nach ihrer Wiedereinschaltung einen deutlich besseren Zwischenstand für die damalige Regierungspartei *FijiFirst* anzeigte als vor ihrer zeitweisen Abschaltung (siehe *Berichterstattung in der vorherigen Ausgabe der Pazifik aktuell*).

Rabuka und weitere Oppositionspolitiker kündigten daraufhin an, das Ergebnis nicht anzuerkennen und forderten eine vollständige Neuauszählung der Stimmen. Ob es sich tatsächlich um versuchte Wahlfälschung handelte oder die Abweichungen gegebenenfalls auch durch größere Unterschiede im Stimmverhalten unterschiedlicher Wahllokale in verschiedenen Regionen Fidschis erklärt werden könnte, ist schwer zu überprüfen. Derzeit läuft noch eine Untersuchung des Vorfalls, der in Fidschi als „glitch“ (zu Deutsch etwa „Panne“ oder „Störung“) bezeichnet wird.

Wahlbeobachter\*innen aus verschiedenen Ländern haben sich nach der Wahl kaum über den Vorfall geäußert. Nachdem sich – auch ohne Neuauszählung oder Untersuchung des Vorfalls – doch eine Mehrheit für eine neue Regierung unter Rabuka ergeben hat, haben auch der ehemalige Premierminister Voreqe Bainimarama und seine *FijiFirst*-Partei immer wieder ein militärisches Eingreifen für den Fall von gewalttätigen Ausschreitungen, der Diskriminierung bestimmter Bevölkerungsgruppen oder der Nichteinhaltung der Verfassung gefordert. Dabei spielten sie vor allem auf Fälle meist politisch motivierter ethnischer Gewalt von indigenen Fidschianern (*i-taukei*) gegen Angehörige der indisch-stämmigen Bevölkerungsgruppe im Kontext früherer Wahlen und den damaligen Ruf des nun wiedergewählten Premierministers Sitiveni Rabuka als Vertreter der Interessen der indigenen Bevölkerung an. *FijiFirst* richtete eine Hotline ein, bei der Gewalttaten gemeldet werden konnten und sprach wiederholt von Ausschreitungen gegen Minderheiten. Weitgehend übereinstimmende Berichte internationaler als auch fidschianischer Medien sowie in den sozialen Medien – dort auch aus Bevölkerungsgruppen, die nicht unbedingt als Unterstützer der neuen Regierung gelten – können diese angeblichen Ausschreitungen nicht bestätigen und legen die Vermutung nahe, dass es sich um eine gezielte Strategie handeln könnte, um ein Eingreifen des Militärs zu rechtfertigen.

Auch rhetorisch bemühen sich nicht nur die neue Regierung insgesamt, sondern auch Rabuka selbst, immer

wieder deutlich zu machen, dass sie eine Regierung für alle Fidschianerinnen und Fidschianer sein wollen. Rabuka hatte sich auch bereits im Wahlkampf von einigen seiner als ethno-nationalistisch bezeichneten früheren Positionen distanziert, verfolgt andere von einigen kritisch gesehene Vorhaben wie die Wiedereinführung des Großen Häuptlingsrats (siehe weiter unten) aber weiter. Auch wenn das Militär seit Amtsantritt der neuen Regierung bereits mehrfach Gespräche mit Ministern geführt und unterstrichen hat, dass es sich nicht in die Politik einmischen werde, hat der amtierende Militärführer Jone Kalouniwai auch wiederholt die Rolle des Militärs als „Wahrer der Verfassung“ betont und die neue Regierung etwa im Januar sehr deutlich gewarnt, keine „Abkürzungen“ an „bestehenden Verfahren und Prozessen“ vorbeizuwählen, die zu „langfristigen Auswirkungen auf die nationale Sicherheit“ führen könnten.

Bereits am Vorabend der Wahl von Rabuka zum Premierminister, als die Bildung der neuen Regierungskoalition bereits feststand, teilte der damalige Polizeichef Sitiveni Qiliho mit, dass die Armee in Abstimmung mit der Polizei mobilisiert würde, um angesichts von Drohungen gegen Minderheiten für öffentliche Sicherheit zu sorgen.

Neuseeland rief seine Staatsbürger\*innen in Fidschi dazu auf, sich auf einer Liste des Außenministeriums einzutragen, damit sie im Falle einer Eskalation aus dem Land evakuiert werden könnten.

Die neue Regierung hat mittlerweile unter anderem versprochen, die Medienfreiheit und die freie Meinungsäußerung in Fidschi fördern zu wollen und insbesondere die strengen Mediengesetze der Vorgängerregierung zurückzunehmen.

(siehe *Berichterstattung für die vorherige Ausgabe der Pazifik-Aktuell*, Radio New Zealand 23.12.22, 18.01.23, 13.02.23, 15.02.23, Fiji Times 12.03.23, 22.02.23, Reuters 22.12.22, The Guardian 17.01.23, 22.12.22, FBC 17.02.23, Social-Media)

## Ex-Premierminister Voreqe Bainimarama aus Parlament ausgeschlossen und wegen Amtsmisbrauch angeklagt

Fidschis im Dezember abgewählter Premierminister und amtierender Oppositionsführer Voreqe Bainimarama ist im Februar nach einer Rede im Parlament, in der er seinen Nachfolger Sitiveni Rabuka scharf kritisierte, bis 2026 aus dem Parlament suspendiert worden. Im März wurde er außerdem wegen Amtsmisbrauch angeklagt und war zeitweise in Untersuchungshaft in Polizeigewahrsam. Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses der *Pazifik aktuell* war Bainimarama gegen Kautions wieder auf freien Fuß. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm vor, gemeinsam mit dem mittlerweile ebenfalls entlassenen und angeklagten ehemaligen Polizeichef Sitiveni Qiliho „eigenmächtig“ und „in Missbrauch ihrer Befugnisse“ eine polizeiliche Untersuchung gestoppt zu haben, die im Jahr 2019 auf Beschwerde der *University of the South Pacific* (USP), die ihren Hauptcampus in der fidschianischen Hauptstadt Suva hat, eingeleitet wurde. Dies teilte Fidschis Generalstaatsanwalt Christopher Pryde, der auch bereits unter der vorherigen Regierung im Amt war, am 9. März 2023 mit. Konkret ging es bei dieser Anzeige durch die USP um die Aktivitäten früherer Universitätsangehöriger, aber auch um Missmanagement an der Universität, das später auch publik wurde. Fidschis Einflussnahme auf die Universität sorgte später aber auch für Streitigkeiten innerhalb der Pazifik-Region, da die Universität eigentlich gemeinsam von allen pazifischen Inselstaaten betrieben wird (siehe *Berichterstattung in früheren Ausgaben der Pazifik aktuell*).

Die Verhaftung Bainimaramas, der sich in einer ersten Anhörung vor Gericht als nicht schuldig bekannte, und seine Suspendierung aus dem Parlament löst aber auch Besorgnis darüber aus, dass die neue Regierung mit ähnlich drastischen Mitteln gegen politische Widersacher vorgehen könnte, wie es Bainimarama selbst in der Vergangenheit mit politischen Gegnern gemacht hatte.

Von der Parlamentsarbeit ausgeschlossen wurde Bainimarama am 17. Februar für insgesamt drei Jahre. Vorausgegangen war eine Parlamentsrede des ehemaligen Premiers am 13. Februar, in der er nicht nur die neue Regierung kritisierte, sondern auch dem Präsidenten des Landes Ratu Wiliame Katoivere, der ähnlich dem deutschen Bundespräsidenten vor allem repräsentative Aufgaben hat, vorgeworfen hat, er habe dabei versagt, die Verfassung des Landes zu verteidigen. Bainimarama und seine Unterstützer hatten nach der Wahl darauf gehofft, dass der Präsident den Amtsantritt der Regierung unter Rabuka verhindern würde, zum Beispiel indem er das Militär zum Eingreifen auffordere. Aus Sicht von Regierungsabgeordneten wie Lynda Tabuya habe Bainimarama mit seinen Aussagen das Staatsoberhaupt verleumdet und aufrührerische Kommentare abgegeben.

Premierminister Rabuka hatte in der Parlamentsaussprache zur Suspendierung Bainimaramas dafür plädiert, diesem zu verzeihen und ein gnädigeres Urteil zu fällen. Bainimaramas Partei lehnte jedoch die Zustimmung zu einem Änderungsantrag ab, der die Suspendierung von drei Jahren auf 18 Monate verkürzt hätte, so dass Bainimarama letztlich doch bis Februar 2026 – und somit fast die gesamte Legislaturperiode – ausgeschlossen wurde. Am 8. März gab er schließlich per Facebook-Video seinen Rücktritt aus dem Parlament bekannt. Somit ermöglicht er, dass der bei den Parlamentswahlen im Dezember 2022 nächstbestplatzierte Kandidat seiner Partei für ihn ins Parlament nachrücken kann und die Zahl der Oppositionsabgeordneten bis zum Ende seiner Suspendierung nicht de facto um eine Person verringert wird. In dem Video bezeichnet er den Ausschluss als ungerechtfertigt und verweist darauf, dass man auf seine Kommentare auch mit einem einfachen Ordnungsruf während der laufenden Sitzung anstatt einer nachträglichen Suspendierung hätte reagieren können. Ob es einen zeitlichen Zusammenhang zwischen seinem vollständigen Rückzug aus dem Parlament am 8. März und der nur einen Tag später erfolgten Anklage

gibt, war zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses noch nicht bekannt.

Auch der *FijiFirst*-Generalsekretär und langjährige stellvertretende Premierminister Aiyaz Sayed-Khaiyum wurde in den vergangenen Wochen bereits mehrfach von der Polizei verhört. Er hatte das Land zwei Tage nach Antritt der neuen Regierung verlassen, war im Januar aber nach Fidschi zurückgekehrt, wo er direkt bei seiner Ankunft am Flughafen in kurzzeitigen Gewahrsam genommen wurde. Auch bei diesen Befragungen soll es um Amtsmissbrauch gegangen sein, Anklage gegen Aiyaz Sayed-Khaiyum wurde jedoch noch nicht erhoben. Sayed-Khaiyum wurde bei der Wahl erneut ins Parlament gewählt, hat seinen Parlamentssitz allerdings aufgegeben, um als Vertreter der Opposition in der „Kommission der Verfassungsorgane“ („*Constitutional Offices Commission*“), einem Beratungsgremium des Präsidenten für die Ernennung wichtiger Staatsbediensteter, mitzuwirken. Aus diesem Gremium hat er sich in Abstimmung mit Bainimarama, der als bisheriger Oppositionsführer ebenfalls der Kommission angehörte, aus Protest gegen die neue Regierung aber bereits wieder zurückgezogen. Mittlerweile wurde sein Antrag für die Eröffnung einer Anwaltskanzlei vom neuen Justizminister Siromi Turaga bewilligt. Wer nach dem vollständigen Rückzug Bainimaramas und Sayed-Khaiyums aus dem Parlament nun neuer Oppositionsführer wird – und in dieser Funktion auch in die Kommission der Verfassungsorgane nachrückt – war zum Redaktionsschluss noch offen. (*Guardian* 8.03.23, 10.03.23, *Radio New Zealand* 09.03.23, 15.02.23, 18.02.23, 15.02.23, *Fiji Times* 22.01.23, 14.02.23, 16.02.23, 22.02.23, *Fiji Sun* 15.02.23, 26.02.23, *Fiji Village* 15.02.23, *NZ Herald* 09.03.23, *Stuff.co.nz* 30.12.22, *The Diplomat* 28.02.23, *ABC News* 09.03.23, *Wikipedia*)

### Wiedereinführung des „Great Council of Chiefs“

Die neue fidschianische Regierung will den umstrittenen „großen Häuptlingsrat“ („*Great Council of Chiefs*“, GCC) wieder ins Leben rufen. Das gab der fidschianische Präsident Ratu Williame Katonivere

bei einer Rede im Parlament im Februar 2023 bekannt, in der er aber auch darauf verwies, dass die Rechte von Bevölkerungsgruppen, die sich durch den Häuptlingsrat nicht vertreten sehen würden, gewahrt bleiben müssten. Die Regierung löst mit der Wiedereinführung des traditionellen Gremiums ein wichtiges Wahlversprechen ein. Der GCC wurde bereits im Jahr 1876 ins Leben gerufen, im Jahr 2007 allerdings suspendiert und im Jahr 2012 schließlich vollständig abgeschafft. Der damaligen Regierung unter Voreqe Bainimarama galt der GCC als ein Symbol der politischen Macht der indigenen Bevölkerung (*i-taukei*) und der Diskriminierung der Fidschianer\*innen, die Nachfahren indischer Einwanderer sind. Mit der Abschaffung wurde aber auch ein mächtiges Gremium beseitigt, das Bainimarama und seiner Regierung hätte politisch gefährlich werden oder einige seiner politischen Bemühungen blockieren können.

Der neue Premierminister Sitiveni Rabuka war von 1999 – 2001 selbst Vorsitzender des Häuptlingsrats. Er teilte nun mit, dass die erste Sitzung des Rates im Mai 2023 stattfinden soll. Zuvor müssten jedoch noch die Gesetze entsprechend angepasst werden. Auch kündigte er an, dass Geld für den Neubau eines Gebäudes für den GCC bereitgestellt werden soll, da das frühere Versammlungshaus im Jahr 2019 abgebrannt war. (*Radio New Zealand International*: 10.02.23, *Fiji Times* 11.02.23, 25.02.23, *Fiji Sun* 13.02.23)

### Regierung besetzt Posten neu und leitet Ermittlungen gegen frühere Offizielle ein

Die neue Regierung unter Premierminister Sitiveni Rabuka hat damit begonnen, zahlreiche wichtige Posten im Staatsapparat neu zu besetzen. So teilte die Regierung etwa mit, dass nicht nur die Botschafter\*innen, sondern alle im Ausland eingesetzten Diplomatinen und Diplomaten Fidschis ins Heimatland zurückbeordert werden sollen, wo entschieden wird, ob sie an neuen Dienstorten eingesetzt oder durch anderes Personal ersetzt werden. Durch diese Maßnahme solle sichergestellt werden, dass in den

fidschianischen Auslandsvertretungen Personen arbeiten, die wohlwollend die Politik der neuen Regierung unterstützen. Auch einzelne Staatsbeamte, denen eine große Nähe zur vorherigen Regierung nachgesagt wird oder denen Vergehen im Amt während der Regentschaft der vorherigen Regierung vorgeworfen wird, sind aus ihren Ämtern entlassen worden. Darunter befindet sich etwa der bisherige Polizeichef Sitiveni Qiliho, der als Unterstützer Voreqe Bainimaramas gilt und der sich mehrfach kritisch über die neue Regierung geäußert hatte. Aus Protest gegen die Entscheidung zur Suspendierung von Qiliho verließ der frühere Regierungschef Bainimarama, der zu diesem Zeitpunkt noch nicht aus dem Parlament suspendiert war (*siehe vorherige Nachrichten*), Ende Januar die Sitzung eines Komitees des Parlaments. Mittlerweile ist Qiliho zusammen mit Bainimarama wegen Amtsmissbrauch angeklagt (*siehe oben*). Auch gegen den früheren „Wahlleiter“ (Supervisor of Election), Mohammed Saneem, sind Ermittlungen wegen Amtsmissbrauch eingeleitet worden. Ihm wird von der Kommission, die mit der Bekämpfung von Korruption betraut ist, vorgeworfen, in zahlreichen Fällen ungerechtfertigt hohe Aufwandsentschädigungen für Mitglieder der Wahlkommission genehmigt zu haben. Saneem wurde aufgrund der Vorwürfe an der Ausreise aus Fidschi gehindert. (*Radio New Zealand* 13.01.23, 30.01.23, 03.02.23)

### Korruptionsvorwürfe erschüttern die Fiji Broadcasting Corporation

Die *Fiji Broadcasting Corporation* (FBC), eine der größten Medienanstalten des Landes, die mehrere Radio- und auch TV-Sender betreibt, steht in dem Verdacht, seit 2008 im großen Stil Gelder veruntreut zu haben. Ein Gremium des Broadcasters hat deshalb im Februar den bisherigen Geschäftsführer Riyaz Sayed-Khaiyum entlassen und Anzeige wegen Veruntreuung von Geldern erstattet. Riyaz Sayed-Khaiyum ist der Bruder des früheren stellvertretenden Premierministers und *FijiFirst*-Generalsekretärs

Aiyaz Sayed-Khaiyum. Berichten zur Folge soll FBC schon seit Jahren eigentlich insolvent sein, durch regelmäßige finanzielle Hilfen durch die Regierung aber am Leben erhalten worden sein, obwohl es keine ernsthaften Bemühungen zur Reform der Medienanstalt gegeben habe. Insgesamt sollen seit 2008 93 Mio. Fidschi-Dollar (ca. 40 Mio. Euro) an Regierungsgeldern an FBC geflossen sein. Nun soll eine Untersuchung zeigen, was genau mit den Geldern geschehen ist. Aus Sicht des Aufsichtsgremiums, das nun Alarm geschlagen hat, sei es jedenfalls nicht genutzt worden, um einen strategischen Plan zu erstellen, wie die Medienanstalt ohne regelmäßige staatliche Hilfen überlebensfähig werden könnte. Auch für das Aufsichtsgremium sei es nach eigenen Aussagen ein „Schock“ gewesen, zu erfahren, dass Riyaz Sayed-Khaiyum wohl über Jahre auch ein höheres Gehalt bezogen habe als der Premierminister oder die Minister\*innen der Regierung. Außerdem sollen beispielsweise allein 200.000 Fidschi-Dollar (ca. 84.000 Euro) für den Kauf eines Dienstwagens für den nun entlassenen Geschäftsführer ausgegeben worden sein.

Einige Berichte weisen durchaus Parallelen zu den Vorwürfen der Verschwendung von Geldern gegen die frühere Intendantin des *Berlin-Brandenburgischen Rundfunks* (RBB) auf. Gleichzeitig hat der Fall in Fidschi wegen der persönlichen Beziehungen des ehemaligen Chefs zum ehemaligen stellvertretenden Premierminister aber auch eine große politische Brisanz und ist es fraglich, ob das Aufsichtsgremium sich auch ohne den Regierungswechsel gegen die bisherigen Machenschaften in der Medienanstalt gewendet hätte. Nun soll ein Plan erstellt werden, wie FBC langfristig ohne Regierungszuschüsse wirtschaftlich überlebensfähig werden könnte. Über die finanzielle Zukunft befindet sich FBC auch in Gesprächen mit der neuen Regierung, insbesondere mit Premierminister Sitiveni Rabuka und Finanzminister Biman Prasad. So hieß es, dass es eine Überprüfung der Arbeit und Bedeutung von FBC geben solle, bevor weitere Gelder an die Medienanstalt fließen. Mittlerweile hat mit Tarun Patel, dem früheren Chef

von *Fiji TV*, ein neuer Geschäftsführer seine Arbeit bei FBC aufgenommen, der ein um 40 % geringeres Gehalt als sein Vorgänger erhält. Auch wurde ein neues Logo von FBC vorgestellt und hat Premierminister Rabuka versichert, dass FBC auch in Zukunft weiter bestehen solle und keine Jobs gestrichen werden sollen. (*Radio New Zealand International* 02.02.23, *Fiji Times* 30.01.23, *Fiji Village* 11.02.23, *FBC* 11.02.23, *Wikipedia*)

## VANUATU

### Australische Katastrophenhilfe

Das australische Schiff „*HMAS Canberra*“ wurde am 5. März nach Vanuatu entsandt, um dem Land nach den tropischen Wirbelstürmen *Judy* und *Kevin* Katastrophenhilfe zu leisten.

Das Schiff mit mehr als 600 Mitarbeitenden der *Australian Defence Force* (ADF) an Bord wurde auf Ersuchen der Regierung von Vanuatu mit Ausrüstung und Vorräten beladen, um bei der Bewältigung der Naturkatastrophe zu helfen. Unmittelbar nach den Wirbelstürmen waren bereits zwei Flugzeuge der australischen Luftwaffe in der vanuatuischen Hauptstadt Port Vila gelandet. Sie hatten u.a. Wasseraufbereitungsanlagen, Nahrungsmittel und provisorische Unterkünfte an Bord.

Die Flugzeuge der Luftwaffe sollen die Regierung von Vanuatu auch bei der Bewertung der Schäden aus der Luft unterstützen. Ein australisches Schnellbewertungsteam (*Rapid Response Team*) mit Expert\*innen aus den Bereichen Katastrophenschutz, Gesundheit, Infrastruktur und Stromversorgung ist ebenfalls bereits vor Ort.

*Hintergrund:* Die beiden tropischen Wirbelstürme *Judy* und *Kevin* waren Ende Februar/Anfang März 2023 innerhalb von 48 Stunden auf Vanuatu getroffen. Die Stürme zogen von Norden nach Süden durch die melanesische Inselwelt. Das *Nationale Amt für Katastrophenmanagement* (NDMO) von Vanuatu eröffnete öffentliche Schutzräume in Port Vila. Das NDMO arbeitete mit dem *Vanuatu Christian Council of*

*Churches* zusammen, um Notunterkünfte in Kirchen auf der Insel Efate und den benachbarten kleineren Inseln einzurichten. Lokale Freiwillige koordinierten sich mit internationalen Organisationen, um die Bewohner\*innen vor dem Sturm zu warnen und Sicherheitsinformationen bereitzustellen. Schulen und Geschäfte wurden landesweit geschlossen und die staatliche Fluggesellschaft *Air Vanuatu* strich alle Flüge. UNICEF meldete, dass es vorsorglich Einsatzkräfte in Vanuatu stationiert hatte. Die Organisation hatte im ganzen Land Notvorräte angelegt, darunter Hygiene- und Gesundheitskits, Zelte und Planen für mehr als 20.000 Menschen. *Care International* hatte in Port Vila und auf der Insel Tanna Haushaltswaren und Baumaterialien vorrätig.

Etwa 251.000 Menschen (80 % der Bevölkerung) waren von den Stürmen der Kategorie 2-3 betroffen, 150.000 davon von den Stürmen der Kategorie 3-4. Nach ersten Einschätzungen waren die schlimmsten Schäden in den Provinzen Malapa, Penama und Shefa zu verzeichnen. Die Stürme unterbrachen den Zugang zu fließendem Wasser in diesen Gebieten und durch die Verunreinigung der Abflüsse wurde das Flusswasser für den Verzehr ungeeignet. Es kam zu weitreichenden Stromausfällen. Der internationale Flughafen Bauerfield wurde beschädigt. Die Regierung von Vanuatu rief am 2. März den Notstand aus. Todesopfer waren aufgrund der guten Vorbereitung der Bevölkerung und des schnell funktionierenden Warnsystems nicht zu beklagen.

(<https://www.defence.gov.au/news-events/news/2023-03-06/australia-supports-vanuatu-after-tropical-cyclones>, [https://en.wikipedia.org/wiki/Cyclones\\_Judy\\_and\\_Kevin](https://en.wikipedia.org/wiki/Cyclones_Judy_and_Kevin))

### Digicel unterstützt Wirbelsturm-Opfer

„*Yumi Stanap Strong Vanuatu*“- unter diesem Motto ermöglicht der Internet- und Telekommunikationsanbieter *Digicel* derzeit kostenlose Anrufe ins Mobilfunknetz sowie freie Datenpakete für die Nutzung des Internets. Der Vorstandsvorsitzende von *Digicel Vanuatu*, Yaser Maher, sagte, man wolle den Menschen in

Vanuatu nach den Verwüstungen durch die beiden tropischen Wirbelstürme Ende Februar/Anfang März die Möglichkeit geben, mit Angehörigen und Freunden im Ausland in Kontakt zu treten. Dank der freien Datennutzung könnten sich die Einwohner\*innen der Inseln auch mittels der Sozialen Medien über den Fortgang der Katastrophenhilfe informieren, erklärte Maher.

Bis zum 16. März bietet Digicel den Kund\*innen jetzt 150 Minuten kostenlose Anrufe, 500 SMS in alle Netze und 500 MB Datenvolumen für sieben Tage. „Wir bieten sogar bis zum 19. März kostenlose Anrufe für Digicel-Kunden in Fidschi, Samoa, Tonga und Nauru an. Außerdem können Familie und Freunde im Ausland über KlickEx kostenlos Geld senden und der Empfänger in Vanuatu kann dasselbe Geld über die MyCash-App kostenlos abheben“, fügte Yaser Maher hinzu.

*Info:* Digicel ist ein jamaikanisch-karibischer Mobilfunknetz-Anbieter sowie ein Home-Entertainment-Anbieter, der in 25 Märkten weltweit tätig ist. Seit 2008 ist der Netzanbieter mit seinem Angebot auch in Vanuatu präsent.

([www.digicelvanuatu.com](http://www.digicelvanuatu.com))

## Regierung ernennt neuen Handelskommissar

Botschafter Prof. Hugh Aryee aus Ghana (Afrika) ist im Januar 2023 zum ersten Handelskommissar des melanesischen Inselstaates Vanuatu für Ghana und weitere westafrikanische Länder ernannt worden.

Nach Angaben von Georges Manuiri, dem Botschafter von Vanuatu bei der Europäischen Union in Brüssel (Belgien), habe man sich für den Ghanaer aufgrund seiner 27-jährigen beruflichen Erfahrung in den Bereichen Geschäftsentwicklung, Handelserleichterung und Tourismus entschieden.

Prof. Aryee erklärte in der Dankesrede nach seiner Ernennung, er wolle den bilateralen Handel zwischen Ghana, Westafrika und Vanuatu weiter ausbauen und beide Staaten beim globalen Handel auf dem Weltmarkt unterstützen. Bereits im vergangenen Jahr war der erfolgreiche Geschäftsmann zum

Regionaldirektor des „United Nations International Peace and Governance Council“ ernannt worden. Seine Amtszeit läuft bis 2027.

*Hintergrund:* Der nationale Plan für die nachhaltige Entwicklung Vanuatus (*Vanuatu National Sustainable Development Plan*) und die wirtschaftspolitischen Ziele des Staates legen den Schwerpunkt auf die Steigerung von Handel und Investitionen sowie den Zugang zu Märkten für Exporte aus Vanuatu. Der Beitrag des vanuatuischen Außenministeriums zur Umsetzung dieses Plans besteht in der strategischen Ernennung von Handelskommissaren in verschiedenen Ländern. Diese Handelskommissare sind meist prominente Geschäftsleute mit sehr guten Beziehungen in die Politik und Wirtschaft.

(*Modern Ghana online 13.03.23, <https://www.ghanaweb.com/GhanaHomePage/NewsArchive/UNIPGC-Inducts-Prof-Hugh-Aryee-as-Country-Director-1638782>*)

## Wiederwahl des OFC-Präsidenten

Lambert Maltock aus Vanuatu ist für weitere vier Jahre zum Präsidenten der Ozeanischen Fußballkonföderation (OFC) gewählt worden. Er hatte den Verband zunächst seit 2018 interimistisch geleitet und war dann 2019 zum Präsidenten der OFC gewählt worden.

„Wir haben die OFC-Fußballentwicklungsstrategie umgesetzt, die Qualität des Fußballs durch Wettbewerbe erhöht, die erste OFC-Frauenfußballstrategie überhaupt eingeführt und OFC Learn ins Leben gerufen, das die Workshops zum Kapazitätsaufbau für alle am Spiel Beteiligten auf und neben dem Platz revolutioniert hat“, so Maltock in einer Erklärung über seine bisherigen Erfolge nach seiner Wiederwahl.

Die OFC ist bestrebt, mit Hilfe der Finanzierung durch die FIFA in der gesamten Region Ozeanien eine Profiligen zu entwickeln. Gegenwärtig besteht die OFC Champions League nur aus Amateur- und semiprofessionellen Vereinen.

*Info:* Die *Oceania Football Confederation* ist eine der sechs Kontinen-

tal-Konföderationen des Weltfußballverbands FIFA. Die pazifische Konföderation wurde 1966 von den Fußballverbänden aus Australien, Neuseeland, Fidschi und Papua-Neuguinea gegründet. Derzeit gehören der OFC elf Verbände an. Sitz des Verbandes ist Auckland (Neuseeland). Die OFC ist Ausrichter der Fußball-Ozeanienmeisterschaft, die in diesem Jahr zeitgleich in Neuseeland und Australien ausgetragen wird. (*Inside World Football 16.03.23, Wikipedia*)

## Neuseeland unterstützt Bau einer Werft

Neuseeland hat Ende letzten Jahres angekündigt, weitere zehn Millionen NZ-Dollar in den Bau einer Werft in Vanuatu zu investieren, wo eine von Peking finanzierte Werft pan-pazifische Besorgnis geweckt hatte, dass China einen Militärstützpunkt in dem pazifischen Inselstaat errichten wolle.

Die neuseeländische Außenministerin Nanaia Mahuta erklärte, dass der Bau von klimaresistenten Anlegestellen und die Einrichtung zuverlässiger und regelmäßiger Schiffsfahrtsdienste zum Wohlstand und Wohlergehen der Menschen in Vanuatu beitragen würden.

*Info:* Das Neubauprojekt ist Teil des „Vanuatu Inter-Island Shipping Support Project“, in dessen Rahmen unter anderem bereits zwei Schiffsanlegestellen in Port Vila und in Luganville (Insel Santo) fertiggestellt wurden. Neuseeland ist neben der Regierung von Vanuatu und der Asiatischen Entwicklungsbank seit 2012 Co-Finanzierer des Projekts.

(*Reuters Asia-Pacific 23.11.22, <https://www.marineinsight.com/know-more/2-major-ports-in-vanuatu/>*)

## Grundsteinlegung für Mormonen-Tempel

Am 4. März hat die Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage („Mormonen“) in der Hauptstadt Port Vila den Grundstein für einen neuen Tempel gelegt. Es wird der erste Mormonen-Tempel in diesem Teil des Pazifiks sein.

Die Pläne für den Tempel sehen ein einstöckiges Gebäude mit einer Fläche von etwa 10.000 Quadratmetern auf dem 2,7 Hektar großen Grundstück im *Bladiniere Estate* vor, auf dem sich seit Jahrzehnten ein Versammlungshaus der Heiligen der Letzten Tage befand. Das Versammlungshaus, in dem die Gemeinde Blacksand untergebracht war, wurde kürzlich abgerissen, um Platz für den neuen Tempel zu schaffen.

Von den Mitgliedern der Kirche wird der Tempel als ganz besonders heiliger Ort verstanden. Dort geht man gegenüber Gott besondere Verpflichtungen (sog. Tempelbündnisse) ein und wird über den Erlösungsplan in symbolischer Weise belehrt. Neubeigetretene Mitglieder können frühestens ein Jahr nach der Taufe an den Heiligen Handlungen des Tempels teilnehmen.

Tempelbesucher verpflichten sich, über besonders heilige Teile der Tempelzeremonie außerhalb des Tempels grundsätzlich nicht zu sprechen. Bisher mussten die Mitglieder der Mormonen aus Vanuatu zu besonders heiligen Festtagen zum 700 Kilometer entfernt gelegenen Tempel in Suva (Fidschi) reisen.

*Info:* Im Jahr 2019 zählte Vanuatu 10.210 Mitglieder in 37 Gemeinden und ist damit nach Papua-Neuguinea und Fidschi die drittgrößte Gruppe von Mormonen in Melanesien. Von den im Ökumenischen Rat der Kirchen zusammengeschlossenen Kirchen wird die *Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage* nicht als christliche Kirche, sondern als „*synkretistische Neureligion amerikanischer Prägung*“ eingestuft.

(<https://news-pacific.churchofjesuschrist.org>,  
<https://www.churchofjesuschrist.org/>)

des französischen Innenministers Gerald Darmanin Anfang Dezember 2022, um dem regionalen neukaledonischen Kongress ihre Forderung zu überbringen.

Gegenwärtig wehen die Kanak-Flagge und die französische Trikolore gemeinsam. Seit 2010 ist die Kanak-Flagge neben der französischen Flagge offiziell anerkannt.

In einer Erklärung der Unabhängigkeitsbefürwortenden Partei FLNKS (*Front de libération nationale kanak et socialiste*) heißt es, mit dem Flaggenvorschlag solle das Abkommen von Nouméa aus dem Jahr 1998 gewürdigt werden, in dem Frankreich zugesagt hatte, Neukaledonien und den Kanaken während einer 25-jährigen Übergangszeit mehr politische Macht einzuräumen.

Die Regierung Neukaledoniens hat seit 2008 über die Einführung einer offiziellen Regionalflagge debattiert. Im Juli 2010 stimmte der regionale Kongress dafür, beide Flaggen gemeinsam zu führen. Bei den Pazifikspielen im Jahr 2011 hatte die Delegation der Athlet\*innen erstmals die kombinierte Lösung mit beiden Flaggen genutzt.

*Info:* Die Flagge der FLNKS ist blau, rot und grün, mit einem gelben Kreis in der Mitte, in dem ein von den Kanak geschnitzter traditioneller Dachspeer steht. Sie wurde 1984 erstmals von der FLNKS präsentiert.

*Info:* Nach dem französischen Wahlgesetz dürfen politische Parteien die Trikolore nicht in ihren Kampagnen verwenden, um nicht den Eindruck zu erwecken, dass sie den Staat vertreten. (*Radio NZ Intern.* 02.12.22, [www.flagsonline.it/new-caledonia](http://www.flagsonline.it/new-caledonia))

Damit erreichte die melanesische Inselgruppe mit ihren rund 270.000 Einwohner\*innen eine Rate der Verkehrstoten von 259 pro 1 Million Einwohner\*innen und lag damit weit vor Guadeloupe (143 pro 1 Million) oder dem französischen Mutterland (45 pro 1 Million), wie aus den Zahlen des Innenministeriums hervorgeht.

Nach Angaben der DITTT war bei 72,9 % der tödlichen Unfälle im Jahr 2022 Alkohol im Spiel, bei 43,5 Prozent Cannabis, aber auch überhöhte Geschwindigkeit (61,9 %) oder das Fehlen eines Führerscheins (39,3 %). Darüber hinaus waren 58,5 % der Getöteten nicht angeschnallt.

Die große Mehrheit der Opfer war zwischen 18 und 35 Jahre alt, aber es starben auch sechs Kinder bei den Verkehrsunfällen.

*Hintergrund:* Neukaledonien hält seit Jahren den Titel des gefährlichsten französischen Territoriums in Bezug auf den Straßenverkehr, da es bisher keine gute Verkehrspolitik der Lokalregierung gibt. Die Geschwindigkeit auf den Territorialstraßen, die in etwa den Nationalstraßen in Frankreich entsprechen, ist auf 110 km/h begrenzt. Eine technische Kontrolle („TÜV“) ist nur beim Verkauf von denjenigen Fahrzeugen vorgeschrieben, die älter als vier Jahre sind, während sie im französischen Mutterland für alle Fahrzeuge alle zwei Jahre vorgeschrieben ist.

Um den Straßenverkehr sicherer zu machen, kündigte der lokale Rat für Straßenverkehrssicherheit Ende Dezember 2022 den Kauf von fest installierten Radargeräten und den Start einer Sensibilisierungskampagne im Jahr 2023 an. (*Le Figaro*, AFP 05.01.23)

## KANAKY (NEUKALEDONIEN)

### Partei FLNKS fordert Kanak-Landesflagge

Unabhängigkeitsbefürworter haben die Kanak-Flagge als einzige offizielle Landesflagge für das pazifische Überseegebiet vorgeschlagen. Die Aktivist\*innen nutzten den Besuch

## Unfallbilanz 2022

70 Menschen starben im Jahr 2022 auf den Straßen Neukaledoniens. Das sind so viele wie seit zehn Jahren nicht mehr, wie aus den Zahlen der Direktion für Infrastruktur, Topografie und Landverkehr (DITTT) hervorgeht. Im vergangenen Jahr starben 20 Menschen mehr in Verkehrsunfällen als im Jahr 2021.

## Neuer französischer Hochkommissar

Der 62-jährige französische Präfekt Louis Le Franc ist am 18. Januar zum neuen Hochkommissar Frankreichs für das französische Überseegebiet Neukaledonien ernannt worden. Er ist Nachfolger von Patrice Faure, der das umstrittene dritte Referendum vom 12. Dezember

2021 über die „Erlangung der vollen Souveränität“ Neukaledoniens zu organisieren hatte.

*Info:* Le Franc war 2006 technischer Berater für Überseeangelegenheiten des französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac. Zuvor hatte er mehrfach in Neukaledonien gedient, unter anderem als Generalsekretär des Hochkommissariats. Im Präfektenkorps war Louis Le Franc anschließend ab 2011 in Haute-Corse und ab 2020 im Département Oise. Der 1960 in Loudéac im Département Côtes-d'Armor geborene Bretone war nach seinem Abschluss in Saint-Cyr zwölf Jahre lang Offizier der Armee. Er gilt als ruhig und besonnen. (*Le Monde* 20.01.23, Louis Le Franc — *Wikipasdecalais*)

## Krankheitsausbruch

Die Gesundheitsbehörde von Neukaledonien hat einen ungewöhnlichen Anstieg der Leptospirose-Fälle seit Anfang des Jahres gemeldet.

Bis zum 28. Februar 2023 wurden 65 Leptospirose-Fälle bestätigt. Darunter sind 25 Fälle im Monat Januar und 40 Fälle im Februar. Seit Jahresbeginn wurden insgesamt 56 Krankenhausaufenthalte und ein Todesfall verzeichnet. Die Fälle verteilen sich auf 20 Gemeinden in den südlichen und nördlichen Provinzen.

Im Jahr 2022 hatte es 265 bestätigte Fälle von Leptospirose gegeben. Davon wurden 227 Personen (85,6 Prozent) ins Krankenhaus eingeliefert und es wurden vier Todesfälle (1,1 %) verzeichnet.

*Info:* Leptospirose ist eine bakterielle Erkrankung. Menschen (und Tiere) können sich anstecken, wenn sie mit dem Urin infizierter Tiere in Berührung kommen. Sie können sich auch über Wasser, Erde oder Lebensmittel infizieren, die mit infiziertem Tier-Urin verunreinigt sind. Unbehandelt führt die Krankheit mit ihren grippeartigen Symptomen zu Leber- und/oder Nierenversagen, Meningitis und in seltenen Fällen zum Tod. In Deutschland ist die Leptospirose nach dem Infektionsschutzgesetz meldepflichtig.

(<https://outbreaknewstoday.com/> 14.03.23, [www.netdokter.de](http://www.netdokter.de))

## Änderungen bei Visa-Pflicht

Frankreich hat die Visumpflicht für Inhaber\*innen eines Vanuatu-Passes bei der Einreise nach Neukaledonien aufgehoben. Das gab der französische Innenminister Gerald Darmanin bei seinem Besuch in der Hauptstadt von Vanuatu Mitte März bekannt. Er erklärte, die Aufhebung der Visumpflicht für Staatsbürger\*innen Vanuatus seit auf Geheiß des französischen Präsidenten erfolgt. Emanuel Macron wolle sich auch bei der Europäischen Union (EU) für Reiseerleichterungen einsetzen, erklärte Minister Darmanin.

*Hintergrund:* Die EU hatte allen Ni-Vanuatus Einreisebeschränkungen und Visumpflichten auferlegt, weil der Inselstaat seine Staatsbürgerschaft mehrfach illegal an dubiose Personen verkauft hatte. (*Loop Pacific* 12.03.23)

## MIKRONESIEN

[Alle Artikel in dieser Rubrik von Clara Groth, ehemalige Praktikantin in der Pazifik-Infostelle.]

### US-Finanzmittel als Druckmittel gegen chinesischen Einfluss

**Föderierte Staaten von Mikronesien (FSM):** Beunruhigt über Chinas Erfolge beim Werben um pazifische Inselstaaten, hat die US-amerikanische Regierung neue Finanzmittel in Milliardenhöhe angekündigt, um die Partnerschaft mit Pazifikstaaten wie den Föderierten Staaten von Mikronesien auszuweiten und den Einfluss Chinas einzugrenzen.

Der Anfang März veröffentlichte Ausgabenplan von US-Präsident Joe Biden sieht eine Finanzierung von mehr als 7,1 Milliarden US-Dollar für die Marshall-Inseln, die FSM und Palau vor, die aus dem Bundeshaushalt kommen sollen.

Das Weiße Haus teilte mit, die Zahlungen seien Teil seiner Strategie, das Rennen um Allianzen gegen

China zu gewinnen und Amerikas Partnerschaften zu stärken. In erster Linie sollen die Gelder für die Verstärkung der US-Militärpräsenz im Indopazifik verwendet werden. Laut Weißem Haus sei China der einzige Konkurrent der Vereinigten Staaten, der nicht nur die Absicht habe, die internationale Ordnung umzugestalten, als auch die wirtschaftlichen, diplomatischen, militärischen und technologischen Fähigkeiten, die Umgestaltung durchzusetzen. In diesen außergewöhnlichen Zeiten seien laut US-Regierung daher zusätzliche Ressourcen erforderlich, um China zu übertreffen.

Mit den angekündigten Geldern würde die Biden-Regierung bisherige Abkommen mit den drei Pazifikstaaten verlängern, in deren Rahmen die USA im Austausch für militärische Stützpunktrechte und andere Vorzugsbehandlungen den Inselstaaten grundlegende Dienstleistungen und wirtschaftliche Unterstützung bieten.

Diese sogenannten „*Compacts of Free Association*“-Abkommen werden dieses und nächstes Jahr auslaufen, und laut US-Beamten habe China bereits versucht, die Verlängerungsverhandlungen zu unterminieren. Falls auch der Kongress die Gelder für eine Verlängerung genehmigt, würden die Föderierten Staaten von Mikronesien 3,3 Milliarden Dollar, die Marshall-Inseln 2,3 Milliarden Dollar und Palau 890 Millionen Dollar im Zeitraum ab 2024 bis 2044 erhalten. Zusätzlich würden 634 Millionen Dollar für den US-Postdienst bereitgestellt, um die Post der drei Länder weiter zu betreiben.

In den letzten Jahren hat die chinesische Regierung bereits versucht, Konflikte zwischen den USA und den Inselstaaten über US-Atomtests und Umweltschäden auszunutzen, um seinen Einfluss in der Region auszuweiten. Sowohl die Trump- als auch die Biden-Regierung haben daher ihre Bemühungen verstärkt, diesen Anstrengungen Chinas entschieden entgegenzuwirken. Es hängt nun von der Abstimmung im Kongress ab, ob die *Compacts of Free Association* und damit die bestehende enge Partnerschaft zwischen den USA



und den Pazifikstaaten verlängert wird.

(<https://www.theguardian.com/world/2023/mar/10/biden-budget-includes-billions-for-pacific-islands-in-bid-to-out-compete-china>)

## Chinesische Einflussnahme untergräbt die Demokratie

**FSM:** „China führt einen politischen Krieg im Pazifik.“ So lautet das Fazit von Präsident David Panuelo kurz vor Ende seiner Amtszeit. Er beschuldigte Vertreter\*innen der Volksrepublik in einem offenen Brief, FSM-Beamte\*innen bestochen und ihn persönlich bedroht zu haben. Laut Panuelo bereite sich die chinesische Regierung auf einen Konflikt um die Insel Taiwan vor und die FSM sollten sich daher aus chinesischer Sicht in einem möglichen Pazifikkrieg neutral verhalten.

Peking versucht aktuell, seine Bemühungen um Einflussnahme in der Indopazifik-Region erheblich zu verstärken, was das Kräftemessen mit den USA und seinem Verbündeten Australien verschärft.

So unterzeichnete die chinesische Regierung im vergangenen Jahr einen umstrittenen Sicherheitspakt mit den Salomonen, die 2019 zusammen mit Kiribati die Entscheidung trafen, die Beziehungen zu Taipei (Taiwan) zugunsten Pekings (China) abzubauen.

Als Reaktion darauf stattete Australien im Rahmen einer Charmé-Offensive mehreren Pazifikstaaten Besuche ab, während US-Präsident Joe Biden im September 2022 führende Politiker\*innen zu einem US-Pazifik-Gipfel einlud, der ersten Veranstaltung dieser Art. Unterdessen hat sich Washington bemüht, jahrzehntelang geschlossene diplomatische Botschaften in pazifischen Staaten wieder zu eröffnen.

In seinem Brief an den Kongress und die Gouverneure der FSM schlug Gouverneur Panuelo außerdem vor, diplomatische Beziehungen mit Taipei aufzunehmen, was den diplomatischen Bruch mit China bedeuten würde. Er gab dabei bekannt, dass er von Taiwans Außenminister bei einem Treffen im Februar eine Finanzspritze in Höhe von 50 Millionen Dollar gefordert und zugesichert bekommen hatte,

falls die FSM diplomatische Beziehungen mit Taiwan aufnehmen sollten.

Panuelo erhob schwerwiegende Vorwürfe gegen mehrere chinesische Geheimdienstoffiziere, die enge Beziehungen zu fidschianischen sowie zu FSM-Politiker\*innen pflegten und ihn persönlich bedroht hätten. Er wäre beispielsweise vom chinesischen Botschafter massiv unter Druck gesetzt worden, für den chinesischen Covid-Impfstoff die Zulassung zu erteilen und Mitglieder seiner Regierung hätten wiederholt Bestechungsversuche gemeldet. Panuelo beklagte, dass diese Praktiken bereits jetzt die Demokratie in den FSM erheblich zersetzen und potenziell noch weit schwerwiegendere Auswirkungen haben würden.

Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums wies alle Vorwürfe zurück und entgegnete, dass die Anschuldigungen gegen China nicht mit den Tatsachen übereinstimmen und China diese Verleumdungen nicht akzeptieren würde.

Panuelo hatte bereits zuvor offen Kritik am chinesischen Auftreten in der Pazifikregion geäußert und seine Amtskolleg\*innen in anderen Inselstaaten vor zu engen Verbindungen und Abhängigkeiten gewarnt. So appellierte er beispielsweise 2022 an mehrere Regierungschefs, die möglichen negativen Folgen des von Peking vorgeschlagenen regionalen Handels- und Sicherheitsabkommens zu überdenken und das Abkommen wurde schlussendlich abgelehnt.

Beobachter\*innen äußerten sich besorgt, dass China auf Panuelos offene Kritik mit harten Wirtschaftssanktionen reagieren könnte, da die Vorwürfe die vielen Anstrengungen der Volksrepublik untergraben, in der Region die diplomatische Anerkennung Chinas durchzusetzen. Panuelo bleibt nicht mehr viel Zeit im Amt, die Anerkennung Taipeis durchzusetzen und er muss sich dabei auf eventuelle chinesische Vergeltungsaktionen gefasst machen.

(<https://www.theguardian.com/world/2023/mar/10/outgoing-president-of-micronesia-accuses-china-of-bribery-threats-and-interference>)

## Neuer Gouverneur

**FSM/Kosrae:** Am 24. Januar ist Tulensa W. Palik als neuer Gouverneur des 12. Parlaments von Kosrae eingeführt worden. Er ist von Beruf her Richter und hatte sich bei der Gouverneurswahl mit 59,2 % der Stimmen gegen seinen Herausforderer Carson K. Sigrah (40,8 %) durchsetzen können.

Die Feier fand im Beisein hochrangiger Politiker und ihrer Ehefrauen aus pazifischen Anrainerstaaten in der *Lelu Congregational Church* statt. Zu der mehrtägigen Amtseinführung war auch der Präsident der Marshall-Inseln, David Kabua, mit seiner Frau nach Kosrae gereist.

*Info:* Kosrae ist die zweitgrößte einzelne Insel der Föderierten Staaten von Mikronesien und gehört zum Archipel der Karolinen. Hauptort der Insel und des Bundesstaats Kosrae mit seinen rund 6.600 Einwohner\*innen ist der kleine Ort Tofol an der Ostküste. Die Landfläche beträgt 108 km<sup>2</sup>. (Artikel von Julia Ratzmann. *Wikipedia, Marshall Islands Journal 03.02.23, https://kosraelegislature.wixsite.com/*)

## US-Militärausgaben erreichen Spitzenwerte

**Guam:** Laut eines kürzlich veröffentlichten Finanzberichts der US-Regierung hat Guam im Jahr 2021 mehr Gelder vom US-Verteidigungsministerium erhalten als alle anderen Territorien zusammen. In etwa drei Milliarden US-Dollar der insgesamt fast vier Milliarden US-Dollar Budgetzuweisung gingen nach Guam, was fast 50 Prozent des jährlichen Bruttoinlandsprodukts des Inselstaates ausmacht. Gleichzeitig gibt Guam 46,6 % seines BIPs für die Verteidigung aus. Der Großteil der Gelder fließt dabei in den Bau des *Marine Corps Base Camp* in Blaz.

(<https://www.kuam.com/story/48516990/report-us-spent-75-of-territories-budget-on-guam>)

## US-Marine auf Guam – Unmut auf beiden Seiten

**Guam:** Das *US Marine Corps* und die Insel Guam verbindet eine lange und teils komplizierte Geschichte.

Es war die 3. Marinedivision, die während des Zweiten Weltkriegs die japanischen Besatzungstruppen vertrieben hat. Mehr als drei Jahrzehnte zuvor entwickelten die Amerikaner auf Guam neue Strategien und Techniken, die heute in der amphibischen Kriegsführung verwendet werden. Und angeblich war es auch die Insel Guam, auf der der Expeditionsgedanke des *Marine Corps* geboren wurde. Jetzt sollen die Beziehungen mit der massiven Truppenverlagerung von Okinawa (Japan) nach Guam weiter ausgebaut werden.

Dabei war Guam durchaus nicht die erste Wahl des Marinekommandos, da die Insel, im Gegensatz zum japanischen Okinawa, viel kleiner und strategisch ungünstiger ist. Auslöser für den Umzug waren Okinawas langjährige Beschwerden über die Präsenz der US-Marine und der Umzug erfolgt daher eher erzwungenermaßen. Die Wahl fiel letztendlich auf Guam, weil es schlicht an Alternativen fehlte und die Verzögerung des Umzugs spricht sowohl für den Mangel an Enthusiasmus der Marine, als auch für die Bedenken bei der lokalen Bevölkerung. Die US-Regierung ist daher besorgt, dass sich die starke Truppenpräsenz negativ auf die Wahrnehmung der Marine auf Guam auswirken könnte.

Metaphorische Minenfelder säumen den Landeplatz der Marine in Camp Blaz. Sie sind das Ergebnis mangelnder Planung und fehlender Mitbestimmungsmöglichkeiten der Lokalbevölkerung. Die bestehenden Schwierigkeiten werden mit der Ankunft von 5.000 Marines und damit einem plötzlichen Bevölkerungswachstum von 3 % nur weiter verschärft. Es wurde beispielsweise versäumt, zusätzlichen Wohnraum zu schaffen, was Wohnungspreise für die Gesamtbevölkerung in die Höhe treibt. Die *US Navy* gibt sich optimistisch mit Blick auf die angebliche kulturelle Nähe zwischen Guam und den USA und übersieht dabei, dass Guams Chamorro-Kultur und -Normen vielen Marines durchaus sehr fremd ist. Die gemeinsame Sprache und Währung können die kulturellen Differenzen nicht beseitigen, ganz zu schweigen von den ökologischen und sozialen Spannungen, die mit der Ausweitung des Marinestützpunktes einhergehen.

So wurden zum Beispiel mehrere hundert Hektar unberührter Kalksteinwälder auf Guam gerodet, um Platz für Unterkünfte zu schaffen. Ironischerweise weigerte sich die Marine in den 1980er Jahren, dieses damals ungenutzte Land an die Bevölkerung von Guam zurückzugeben, mit der Begründung, dass das Gebiet ein natürlicher Lebensraum für Wildtiere mit gefährdeten Arten sei. Auch die Trinkwasserbrunnen, die das Militär an die Wasserbehörde übergeben hat, weisen hohe chemische Verunreinigungen auf, die weit über den Grenzwerten der US-Umweltschutzbehörde liegen.

Besonders die indigene Bevölkerung der CHamoru leidet unter den Auswirkungen der umweltschädlichen Abfälle, die bei den Militärübungen entstehen. Knapp 16 Tonnen übriggebliebene Munition werden jährlich verbrannt und verseuchen die Ländereien, die einst die indigene Bevölkerung bewirtschaftet hat. Das Militär verfügt über etwa 30 % der Inselfläche und damit über mehr Gebiet, als die Lokalregierung. Gleichzeitig kommt es immer wieder zu Vorfällen von Boden- und Wasserverseuchung, die nicht transparent an die Öffentlichkeit getragen werden. Eine Gruppe von Aktivist\*innen aus der CHamoru-Gemeinde geht daher gegen die Umweltverschmutzung des Militärs gerichtlich vor und kämpft für mehr Umweltgerechtigkeit auf Guam. Nicht nur auf Guam, sondern auch in anderen US-Territorien sind es meistens die ärmeren Gemeinden, die diesen Umweltschäden ausgesetzt sind, weil sie nicht die Ressourcen haben, sich effektiv dagegen zur Wehr zu setzen. Kritiker\*innen sprechen daher auch von Umweltdiskriminierung, die das US-Militär auf Guam praktiziert.

(<https://thediplomat.com/2023/03/foreshadowing-the-us-marine-corps-landing-at-guams-camp-blaz/>)

(<https://earthjustice.org/article/indigenous-islanders-in-guam-take-on-the-military>)

### Kritik am künftigen PIF-Generalsekretär

**Nauru:** Bei einem Treffen des *Pacific Island Forums* (PIF) Ende Februar beschlossen die Mitgliedsstaaten Naurus Vorsitz in dem Forum im

kommenden Jahr. Die Vertreter\*innen einigten sich auf den früheren nauruischen Präsidenten Baron Waqa als Generalsekretär, dessen Wahl zum PIF-Chefdiplomaten allerdings nicht unumstritten ist. Zivilgesellschaftliche Organisationen wie *Amnesty International* verweisen auf ernsthafte Menschenrechtsverletzungen in den von Australien betriebenen Flüchtlingscamps auf Nauru während Waqas Präsidentschaft. Waqa wird außerdem vorgeworfen, während seiner Amtszeit die Rede- und Pressefreiheit massiv eingeschränkt zu haben. Oppositionspolitiker\*innen und Menschenrechtsorganisationen zeigen sich daher überrascht und empört über die Ernennung Waqas zum Generalsekretär des PIF für das Jahr 2024.

(<https://www.loopnauru.com/nauru-news/pacific-islands-tap-taiwan-ally-nauru-next-top-diplomat-117956>)

(<https://www.abc.net.au/news/2023-03-03/controversy-baron-waqa-pacific-islands-forum-general-secretary/102038644>)

### Australiens umstrittene Flüchtlingsunterkunft geht in Verlängerung

**Nauru:** Der umstrittene Betreiber privater US-Gefängnisse, der Australiens Offshore-Flüchtlingsunterkünfte auf Nauru unterhält, wird für 420 Millionen US-Dollar für weitere drei Jahre 70 Menschen in Einwanderungshaft betreuen. Der australische Zweig der „*Management and Training Corporation*“ (MTC) erhielt den Zuschlag trotz einer Reihe von Skandalen in den USA.

Eine Untersuchung der britischen Zeitung „*Guardian*“ hat ergeben, dass MTC grobe Fahrlässigkeit und eklatante Sicherheitsmängel beim Betreiben von Privatgefängnissen vorgeworfen wurden. Außerdem soll das Unternehmen im Rahmen von Vergabeverfahren Beamte\*innen bestochen haben. Betrugsvorwürfe gegen MTC wurden kürzlich auch vom US-Staat Texas erhoben.

Ein Sprecher von MTC hat alle Vorwürfe zurückgewiesen und verwies auf die ordnungsgemäße Auftragsvergabe.

Der Vertrag mit der australischen Regierung wurde Ende Februar öffentlich bekannt und gilt bis September 2025. Laut Abkommen ist

das Unternehmen für den Betrieb der Flüchtlingsunterkunft auf Nauru zuständig. Aktuell werden noch etwa 70 Geflüchtete auf der Insel festgehalten, allerdings geht die Zahl stetig zurück, da einige Geflüchtete nach Neuseeland oder in die USA umgesiedelt werden oder für medizinische Behandlungen nach Australien geflogen werden müssen.

Aktuell kostet die Unterbringung einer einzelnen Person auf der Insel die australischen Steuerzahler\*innen 2,1 Millionen Dollar pro Jahr. Die Gesamtkosten der Haftanstalt seit 2012 werden auf fast 10 Milliarden US-Dollar geschätzt. Die Opposition und Menschenrechtsorganisationen kritisieren die Vertragsverlängerung angesichts der vielen Skandale rund um MTC scharf und kündigten eine Untersuchung an.

(<https://www.theguardian.com/australia-news/2023/jan/28/us-operator-accused-of-gross-negligence-wins-420m-contract-to-manage-australias-asylum-processing-on-nauru>)

## Energiewende auf den Nördlichen Marianen

**Nördliche Marianen (CNMI):** Bei einem Treffen der „*CNMI Strategic Energy Task Force*“ beschlossen Vertreter\*innen aus Politik und Wirtschaft einen Aktionsplan zum Ausbau erneuerbarer Energien auf den Nördlichen Marianen. Teil des Plans sind technische Unterstützung, Öffentlichkeitsarbeit sowie zusätzliche Finanzierungshilfen, um die Transformation im Energiesektor zu beschleunigen. Finanziell unterstützt werden die Projekte vom CNMI-Department für innere Angelegenheiten sowie vom US-Energieministerium.

(<https://www.saipantribune.com/index.php/plans-for-renewable-energy-in-cnmi-gains-more-steam/>)

## MARSHALL-INSELN

### Erste Psychiatrie eröffnet

Anfang März hat Gesundheitsminister Jack Niedenthal im Krankenhaus von Majuro die erste Abteilung für psychisch erkrankte Personen feierlich eröffnet. Den offiziellen

Reden folgte das Zerschneiden des roten Bandes vor dem Eingang zum Krankenhaus. Es handelt sich um eine Akut-Station für Erkrankte in psychischen Ausnahmesituationen, etwa im Falle eines drohenden Suizids.

Die langjährigen Planungen zur Eröffnung einer Psychiatrie auf den Marshall-Inseln konnten erst jetzt umgesetzt werden, nachdem die *Asian Development Bank* ein Darlehen für den Bau der „*Mental Health lakwe Ward*“ gewährt hatte.

Niedenthal erklärte, mehr als 20 lokale Organisationen und Einzelpersonen hätten sich beim Bau und der Einrichtung der psychiatrischen Abteilung im staatlichen Krankenhaus von Majuro engagiert. Dies zeige, wie nötig die Einwohner\*innen eine solche stationäre Einrichtung hätten, so der Minister.

Ebenfalls feierlich eröffnet wurde im Dezember letzten Jahres eine neue Abteilung für Gastroenterologie im Majuro-Hospital. (*Marshall Islands Journal* 03.03.23)

### Orthopäden helfen

Vom 13. bis zum 17. März wird ein Team von Orthopäden der *Canvasback Missions* im Krankenhaus von Majuro erneut kostenlose Operationen anbieten. In diesem Jahr geht es schwerpunktmäßig um das Richten falsch zusammengewachsener Knochen nach Brüchen, erklärte Dr. Derek Spence, dessen Team unter Leitung von Jacque Spence steht. Die ausgebildete Schiffskapitänin ist eine der Gründerinnen der medizinischen Hilfsorganisation, die zuletzt vor Ausbruch der Coronapandemie vor mehr als drei Jahren zur medizinischen Unterstützung auf den Marshall-Inseln war.

*Info: Canvasback Missions* ist eine gemeinnützige Organisation aus Kalifornien (USA), die sich seit 1981 dafür einsetzt, die pazifischen Inselstaaten bei der spezialisierten Gesundheitsversorgung und der Gesundheitserziehung zu unterstützen. Schwerpunkte der medizinischen Hilfeleistungen sind Palau und die Marshall-Inseln.

(<https://canvasback.org>, *Marshall Islands Journal* 24.02.23, 17.02.23)

### Neuer Botschafter

Sibi George aus Indien ist zum neuen Botschafter Indiens für die Marshall-Inseln ernannt worden. Er wird sein Amt in Kürze antreten und dann als sogenannter „nicht-residentieller“ Botschafter von Tokio (Japan) aus seine Amtsgeschäfte führen. Derzeit ist George noch Botschafter Indiens in Japan. Zuvor war er als Botschafter Indiens in Kuwait, der Schweiz, dem Heiligen Stuhl (Vatikanstadt) und dem Fürstentum Liechtenstein tätig. Er trat 1993 in den indischen Auswärtigen Dienst ein.

Im Jahr 2014 verlieh ihm die indische Regierung den *S.K. Singh Award for Excellence in Indian Foreign Service*. Diese Auszeichnung wurde ihm während seiner Tätigkeit als stellvertretender Missionschef in Riad (Saudi-Arabien) verliehen.

George hat einen Master in Politikwissenschaften sowie ein Diplom in arabischer Sprache von der Universität Kairo. Er ist mit der Künstlerin Joice John Pampooerthu verheiratet, das Paar hat drei Kinder. (*Marshall Islands Journal* 20.01.23, *Wikipedia*)

### Geldstrafe wegen Betelnuss-Verkaufs

Erstmals hat Generalstaatsanwalt Bernard Adiniwin eine Geldstrafe gegen ein Geschäft verhängt, das Schülern Betelnüsse und Kalk verkauft hatte. Der „Han Store“ in Majuro hatte damit gegen das Verkaufsverbot von Betelnüssen auf den Marshall-Inseln verstoßen und sich so strafbar gemacht. Die Polizei konnte drei männliche Jugendliche stellen, die vor dem Store Betelnüsse kauten und bei der Vernehmung zugaben, sie hätten diese im Geschäft gekauft.

Betelnüsse dürfen laut regionalem Gesetz zwar privat konsumiert, aber nicht kommerziell verkauft werden. Das Gesetz war im Juli 2020 vom Parlament verabschiedet worden, um den Import der Nüsse zu verbieten. Neben der gesundheitsschädigenden Wirkung wollte die Regierung damit auch das unschöne Ausspucken des roten Speichels auf Straßen und öffentlichen Plätzen verbieten. Im Kampf gegen den

Verkauf der Nüsse hat die Regierung jetzt eine „Task Force“ eingerichtet, in der Vertreter\*innen der Polizei, der Post, des Zolls und des Quarantäneamtes mitarbeiten. Zukünftig sollen auch Angestellte der Hafenebehörde und der Fluggesellschaft „United Airlines“ die Task Force unterstützen.

*Info:* Unreife Betelnüsse werden in vielen asiatisch-pazifischen Ländern zerkleinert und zusammen mit gelöschtem Kalk, Betelpfeffer-Blättern (*Piper betle*) und anderen Kräutern (z.T. auch Tabak) gekaut. Diese Mischung soll eine leicht stimulierende und euphorisierende, aber auch betäubende Wirkung haben. Der Speichelfluss wird verstärkt, während Betel gleichzeitig den Speichel rot färbt. Langanhaltender Konsum kann die Zähne schwarz verfärben, auch soll Betelkonsum das Krebsrisiko erhöhen. 8 bis 10 g Betelsamen können tödlich wirken. Betelnuss besitzt ein Suchtpotential, welches sich ungefähr mit dem von Cannabis vergleichen lässt.

Während der Corona-Pandemie war der Import von Betelnüssen quasi gegen Null gegangen. Jetzt hat der Import wieder Fahrt aufgenommen und Betelnüsse werden quasi überall auf den Inseln illegal unter der Ladentheke gehandelt. Allerdings erhöhte sich der Preis pro Nuss von 1 auf 2 US-Dollar. (*Marshall Islands Journal* 07.05.20, 30.12.22, 13.01.23, <https://drogen.fandom.com/de/wiki/Betelnuss>)

## KIRIBATI

### Wiederaufnahme ins Pazifische Inselforum

Ende Februar trafen sich die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer des *Pacific Islands Forum* (PIF) zu einer außerplanmäßigen Tagung in Fidschi. Auf der Agenda stand die offizielle Wiederaufnahme von Kiribati als Vollmitglied des PIF, nachdem der Inselstaat im vergangenen Juli aus Protest gegen die Wahl des Generalsekretärs Henry Puna (Cook Islands) das regionale Staatenbündnis verlassen hatte.

Die Organisation der pazifischen Inselstaaten hat die Rückkehr Kiribatis in die Gruppe begrüßt. Der

Schritt zur Wiederherstellung der regionalen Einheit erfolgte in einer Zeit, in der der Druck auf die Mitgliedsstaaten zunimmt, da die USA und China um Einfluss konkurrieren, hieß es seitens des Forums.

Im gemeinsamen Kommuniqué des Treffens wurde den Mitgliedsländern Australien und Neuseeland gedankt, die gemeinsam drei Millionen neuseeländische Dollar für die Einrichtung von zwei neuen regionalen Büros des Forums in Kiribati und Palau zugesagt hatten.

Das Inselforum erklärte, dass es auch die Ernennung eines „Forums-Sondergesandten“ in Washington (USA) prüfen werde.

Einige Mitgliedsländer sagten, dass der US-amerikanische Präsident Joe Biden möglicherweise an der regulären Sitzung der Gruppe auf den Cook-Inseln im Laufe dieses Jahres teilnehmen werde. Das Weiße Haus hat dazu keine offizielle Erklärung abgegeben.

Bei ihrer Sondertagung gab das PIF-Sekretariat zudem bekannt, dass im nächsten Jahr Baron Waqa aus Nauru neuer Generalsekretär des Forums wird. Dies solle auch die anderen ausgetretenen mikronesischen Staaten von einer Rückkehr ins Forum überzeugen.

Baron Waqa ist in Ozeanien umstritten. *Amnesty International Pacific* behauptet, dass es während seiner Amtszeit in australischen Einwanderungsgefängnissen auf Nauru zu schweren Menschenrechtsverletzungen gekommen ist. Außerdem wird ihm vorgeworfen, die Meinungsfreiheit zu unterdrücken, indem er Facebook verbot, die Medien einschränkte und Bürger\*innen juristisch verfolgte, die sich während seiner Amtszeit gegen seine Regierung aussprachen. (*ABC Australia* 02.03.23, *Kiribati formally rejoins Pacific Islands Forum* | *NHK WORLD-JAPAN News*)

### Zwei Jahre ohne Regen – der Klimawandel auf Arorae

Die Parlamentarierin Teima Onorio hat kürzlich wiederholt auf die Umweltkatastrophe hingewiesen, die sich aktuell auf Kiribatis Atoll Arorae zuträgt. Seit fast zwei Jahren hat es auf der Insel nicht geregnet und im

vergangenen Juni musste die Regierung aufgrund des hohen Salzgehalts in den Trinkwasserbrunnen den Notstand ausrufen.

Die Dürre hat besonders schwere Konsequenzen für die etwa 1.000 Bewohner\*innen von Arorae, die auf das Trinkwasser aus den Brunnen angewiesen sind und die unter den Ernteaufällen leiden. Onorio ruft die Regierung daher dazu auf, die Bevölkerung aktiv bei den Reparaturen und Wartungen der Entsalzungsanlagen zu unterstützen und dadurch die Gemeinden bei der Bewältigung der Umweltkatastrophe zu entlasten. (*Artikel von Clara Groth*.

<https://www.rnz.co.nz/international/pacific-news/485011/hardly-any-rain-for-kiribati-island-in-nearly-two-years-says-mp>)

### Erstes Kreuzfahrtschiff nach Corona

Erstmals seit der Grenzöffnung Anfang 2022 nach Auflösung aller Corona-Beschränkungen hat im Februar ein deutsches Kreuzfahrtschiff des Bonner Reiseveranstalters Phoenix-Reisen auf dem Tarawa-Atoll festgemacht. An Bord der „MS Amadea“ (besser bekannt aus dem Fernsehen als „Das Traumschiff“) waren 523 Gäste (davon 90 Prozent deutsche Urlaubende) und 302 Besatzungsmitglieder. Mit an Bord war auch Pfarrer Dr. Traugott Farnbacher, der ehemalige Leiter des Referates Papua-Neuguinea/Pazifik/Ostasien bei Mission Eine-Welt in Neuendettelsau. Er begleitete die Passagiere der *MS Amadea* auf ihrer fast viermonatigen Weltumfahrung als Bordseelsorger.

Die Gäste des Schiffes besichtigten Betio und South Tarawa. An der Anlegestelle wurden sie von einer Brass-Band sowie von Tänzerinnen und Tänzern empfangen, die traditionelle kiribatische Sitztänze zeigten.

Der kiribatische Tourismusbeauftragte Petero Manufolau bedankte sich vor allem bei den Straßenhändlern, die den Reisenden im Hafengebiet an kleinen Ständen selbstgefertigtes Kunsthandwerk und Snacks zum Verkauf angeboten hatten. Damit habe sich Kiribati wieder einmal als gastfreundliches und interessantes Kreuzfahrtziel gezeigt, so Manufolau.

(<https://www.phoenixreisen.com/amadea.html/>, *Marshall Islands Journal* 24.02.23)

## POLYNESIEN

### WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

#### Erste digitale Nation

**Tuvalu:** Als Reaktion auf den globalen Klimawandel und seine Folgen für niedrig gelegene Pazifikinseln hat der Minister für Justiz, Kommunikation und auswärtige Angelegenheiten von Tuvalu, Simon Kofe, auf der Weltklimakonferenz COP27 den Plan seines Landes vorgestellt, die erste digitale Nation der Welt werden zu wollen. Das Digitalisierungs-Projekt zielt darauf ab, die Geschichte und die kulturellen Praktiken von Tuvalu zu digitalisieren und so zu erhalten, selbst wenn die Bevölkerung wegen des Anstiegs des Meeresspiegels eines Tages gezwungen sein sollte, die Insel Tuvalu zu verlassen.

Das Projekt „*Digital Nation*“ ist bereits angelaufen und digitalisiert Aufzeichnungen über die Inseln, Vögel und Fischarten von Tuvalu, traditionelle Lieder, Rezepte, die Sprache und sogar die Ergebnisse der Volleyball-Nationalmannschaft. Das ehrgeizige Projekt sieht vor, dass die Regierung dem „Metaverse Virtual World“ beitreten und virtuell verwaltet werden könnte, um die politische Souveränität und die kulturelle Kontinuität trotz eines eventuellen Verlustes der Insel für die Nachwelt zu sichern. Das Metaverse ist eine Online-Welt, die Augmented und Virtual Reality nutzt, um Nutzer\*innen bei der Interaktion zu unterstützen.

Trotz schwacher internationaler Verpflichtungen zur Emissionsreduzierung und Verzögerungen bei der Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen unternimmt Tuvalu erhebliche Anstrengungen, um sich an die Auswirkungen des Klimawandels anzupassen. Im Jahr 2015 wurde in der Hauptstadt Funafuti ein großes Landgewinnungsprojekt durchgeführt, um die Landfläche um mehr als sechs Hektar zu vergrößern. In der Nähe wurden die "Leihgruben" -

Überreste von Ausgrabungen des US-Militärs während des Zweiten Weltkriegs - zugeschüttet, wodurch die Klimaanfälligkeit der betroffenen Haushalte erheblich verringert wurde. Auf Fongafale wurde die Lagune ausgebagert, um einen erodierten Strand wiederherzustellen. Außerhalb der Hauptstadt wurden in Nukulaelae Mangroven gepflanzt, um die Küstenerosion zu verhindern und in Nukufetau wurde ein neuer und verbesserter Seedamm gebaut. (*Deutsche Welle 17.11.22, East Asia Forum 21.02.23, <https://www.tomorrowworldtoday.com/>*)

#### Neuer ständiger Vertreter bei den UN

**Tuvalu:** Der neue ständige Vertreter von Tuvalu bei den Vereinten Nationen, Dr. Tapugao Falefou, hat Mitte Februar sein Beglaubigungsschreiben an UN-Generalsekretär António Guterres übergeben. Vor seiner Ernennung war Falefou bei der Regierung von Tuvalu beschäftigt, u.a. war er Staatssekretär für Justiz, Kommunikation und auswärtige Angelegenheiten sowie Staatssekretär für Kommunikation und Verkehr. Von 2019 bis 2021 war er Hauptberater des Premierministers in dessen Funktion als Vorsitzender des *Pacific Islands Forum*. Von März 2020 bis August 2021 war er Vorsitzender der regionalen COVID-19-Taskforce und führte gemeinsam mit dem Premierminister von Tuvalu den Vorsitz in der nationalen COVID-19-Taskforce des Landes.

Der 1968 geborene Falefou hat einen Dokortitel der *University of Waikato* in Neuseeland, einen Master-Abschluss in Diplomatie und internationaler öffentlicher Politik der *Australian National University* und einen Bachelor-Abschluss in öffentlicher Verwaltung und Management der *University of the South Pacific* in Vanuatu. (*<https://press.un.org/en/2023/bio5483.doc.htm>, Facebook*)

#### Unterstützung durch die ADB

**Tonga:** Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) und die Regierung von Tonga haben Mitte März eine

Vereinbarung über einen ADB-Zuschuss in Höhe von 10 Millionen US-Dollar unterzeichnet, um das Land bei der schnelleren Bewältigung von Katastrophen und gesundheitlichen Notfällen wie der COVID-19-Pandemie zu unterstützen. Die Vereinbarung wurde von Tongas Finanzminister Tiofilusi Tiueti und Aaron Batten, dem Regionaldirektor des Pazifik-Büros der ADB, unterzeichnet.

„*Wenn eine Katastrophe auftritt, ist eine schnelle Auszahlung von Finanzmitteln erforderlich, damit Tonga zügig auf die Katastrophe reagieren kann*“, zeigte sich Tiueti erfreut über die finanzielle Unterstützung.

Die ADB-Unterstützung stammt aus der vierten Phase des *Pacific Disaster Resilience Program*, an dem Tonga und weitere pazifische Inselstaaten teilnehmen. Phase 4 des Programms konzentriert sich auf politische und institutionelle Vorkehrungen für das Risikomanagement, Informationen über Klima- und Katastrophenrisiken und Maßnahmen zur Stärkung der Gesundheitssysteme sowie den Zugang zu und die strategische Nutzung von Finanzmitteln für Klima- und Katastrophenrisiken.

*Info:* Das *Pacific Disaster Resilience Program* wird durch ein konzessionäres Darlehen in Höhe von fünf Millionen Dollar aus den ordentlichen Kapitalressourcen der ADB und einen Zuschuss in Höhe von 33 Millionen Dollar aus dem *Asian Development Fund* (ADF) finanziert. Der ADF stellt Zuschüsse für die ärmsten und am meisten gefährdeten Entwicklungsländer der ADB bereit.

(*<https://reliefweb.int/report/tonga/adb-tonga-sign-10-million-grant-help-disaster-response-natural-hazards-health-emergencies> 15.03.23*)

#### Geldspende von Saudi-Arabien

**Tonga:** Die tongaische Königsgehilfin Queen Nanasipau'u hat Anfang März eine Spende in Höhe von 250.000 US-Dollar vom „*King Salman Humanitarian Aid and Relief Centre*“ des Königreichs Saudi-Arabien zur Unterstützung der Wiederaufbaumaßnahmen in Tonga nach dem Vulkanausbruch des

Hunga-Tonga-Hunga-Ha'apai am 15. Januar 2022 und den darauffolgenden Tsunamis erhalten.

Faleh Al-Subaie, der Direktor des saudischen Katastrophenfonds, und ein Vertreter der saudischen Botschaft in Australien übergaben die Geldspende im königlichen Palast in der Hauptstadt Nuku'alofa persönlich an Königin Nanasipau'u. Diese bedankte sich bei König Salman und Kronprinz Mohammed bin Salman für ihre Großzügigkeit und Hilfe für die Tsunami-Opfer und erklärte, dass ihre eigene tongaische Wohltätigkeitsorganisation die Gelder nutzen werde, um die Menschen in den Umsiedlungsgebieten mit dem Nötigsten zu versorgen. Die Königin sagte weiter, dass sie hoffe, zukünftig auch in anderen Bereichen enger mit Saudi-Arabien zusammenarbeiten zu können. (Matangi Tonga 09.03.23, <https://www.arabnews.com/node/2266771/saudi-arabia>)

## Parlamentssprecher in den IPU-Vorstand gewählt

**Tonga:** Der Parlamentssprecher von Tonga, Lord Fatafehi Fakafānua, wurde Mitte März bei einer Parlamentarierversammlung in Bahrain in den Vorstand des „*IPU-Forums für junge Parlamentarier*“ gewählt. Er vertritt in diesem Forum ab sofort die geopolitische Gruppe junger Parlamentarier\*innen aus dem asiatisch-pazifischen Raum. Er ist der erste Parlamentarier von den pazifischen Inseln, der in den Vorstand gewählt wurde, und soll sicherstellen, dass in der Arbeit der *Interparlamentarischen Union (IPU)* eine jugendliche Perspektive vertreten ist.

Das Forum junger Parlamentarier\*innen wird von einem zwölfköpfigen Vorstand geleitet, der sich aus je einem Mann und einer Frau aus den sechs geopolitischen Gruppen der IPU (Afrikanische Gruppe, Arabische Gruppe, Eurasische Gruppe, Gruppe Lateinamerika und Karibik, Zwölf-Plus-Gruppe und Asiatisch-Pazifische Gruppe) zusammensetzt, die wiederum einen Präsidenten wählen. Sowohl der Vorstand als auch der Präsident des Forums werden alle zwei Jahre wiederge-

wählt.

Lord Fakafānua wurde für die Asien-Pazifik-Gruppe der Parlamentarier auf der 146. Versammlung der IPU gewählt, die vom 11. bis 15. März in Manama (Bahrain) stattfand. Als jüngster Sprecher eines nationalen Parlaments erhielt Lord Fakafānua (Jahrgang 1985) 10 Stimmen von den Mitgliedsstaaten gegenüber sechs bzw. zwei Stimmen für Iran und Nepal.

Lord Fakafānua erklärte, dass seine Wahl in den Vorstand garantiere, dass dringende Themen wie der Klimawandel in den internationalen parlamentarischen Gremien Gehör fänden. (Matangi Tonga 14.03.23, [https://en.wikipedia.org/wiki/Fatafehi\\_Fakafanu\\_a](https://en.wikipedia.org/wiki/Fatafehi_Fakafanu_a))

## Samoa übernimmt AOSIS-Vorsitz

**Samoa:** Auf einer Sondervollversammlung am 30. Januar 2023, in der die offizielle Übergabezeremonie stattfand, wurde die Führung der Allianz der kleinen Inselstaaten (AOSIS, *Alliance of Small Island States*) von der Karibikinsel Antigua und Barbuda an Samoa übergeben. Damit endet der vierjährige AOSIS-Vorsitz in der Karibik, wobei Belize vor Antigua den Vorsitz innehatte. Die regionale Rotation des Vorsitzes gewährleistet eine umfassende Vertretung aller Mitgliedsländer in der Karibik, im Pazifik, in Afrika, im Indischen Ozean und im Südchinesischen Meer.

Als neue Vorsitzende versprach die Premierministerin von Samoa, Fiamē Naomi Mata'afa, die gute Arbeit der vorherigen Vorsitzenden fortzusetzen, insbesondere indem sie marginalisierten Stimmen Gehör verschafft und sich auf der globalen Bühne für die Interessen des Inselstaaten-Bündnisses einsetzt. Als neue Vorsitzende werde sich Samoa auf den Klimawandel und die nachhaltige Entwicklung konzentrieren, einschließlich der Themen wie Ernährungssicherheit, Energie, Gesundheit der Ozeane und mehr Unterstützung bei der Finanzierung, um die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen, des Pariser Abkommens und des SAMOA-Pfads zu unterstützen.

„Für 2023 werden wir die Arbeit fortsetzen, um unsere gemeinsamen Interessen im Bereich des Klimawandels voranzubringen, insbesondere im Hinblick auf die Klimafinanzierung und die Erreichung der 50/50-Aufteilung zwischen Minderung und Anpassung“, sagte Premierminister Fiamē. „Nachhaltige Entwicklung ist eine der wichtigsten strategischen Prioritäten unseres Bündnisses. Die wirtschaftliche Erholung ist eine enorme Herausforderung. In diesem Zusammenhang kann die Umsetzung des Multidimensionalen Vulnerabilitätsindex (MVI) nicht genug betont werden. Der MVI ist ein Instrument zur Unterstützung der SIDS (kleinen Inselstaaten) bei der Bewältigung der Herausforderung des wirtschaftlichen Aufschwungs, insbesondere in Bezug auf den Zugang zu konzessionärer Finanzierung, die Tragfähigkeit des Schuldenregimes und die Anrechenbarkeit und Wirksamkeit der öffentlichen Entwicklungshilfe. AOSIS stand bei diesem strategischen Prozess an vorderster Front und wir müssen nun in den kommenden 12 Monaten das zu Ende bringen, was noch zu tun ist“, forderte die samoanische Premierministerin.

Sie hob den Zusammenhang zwischen Meer und Klima, die Verhandlungen über die Plastikverschmutzung, die Blaue Wirtschaft („Blue Economy“) und den globalen Rahmen für die biologische Vielfalt als zentrale Themen in ihrer Amtszeit hervor.

In seiner Glückwunschede erklärte der Premierminister von Antigua und Barbuda, Gaston Browne, dass er den Vorsitz in sehr fähige Hände lege und dass sein Land sich auf die Zusammenarbeit mit der neuen AOSIS-Vorsitzenden bei der Vorbereitung der vierten internationalen UN-Konferenz für die SIDS im Jahr 2024 freue. (<https://www.aosis.org/a-new-era-of-island-leadership-samoa-is-aosis-chair/31.01.23>)

## Öffentlichkeit wird befragt

**Cook-Inseln:** Die Projekte zur Verschönerung des Hafengebietes in Avarua (Rarotonga) und zur Umgestaltung des Marktes von Punanga Nui gewinnen an Schwung, nach-

dem die nationale Umweltbehörde einen Antrag auf eine Umweltverträglichkeitsprüfung zur öffentlichen Begutachtung angekündigt hat.

Das Projekt ist Teil des langfristigen strategischen „*Avarua Town Plans*“, der Infrastruktur- und Landschaftsgestaltungsmaßnahmen vorsieht, die in Rarotonga zentralem Geschäftsviertel zwischen dem Avarua-Kai am Hafen und dem Flughafen von Rarotonga durchgeführt werden sollen.

Der Vorschlag umfasst die Neugestaltung des Punanga Nui-Marktes und die Entwicklung von Einrichtungen, die „*das Dienstleistungsangebot für Landwirte, Fischer, Anbieter von Kunsthandwerk usw. verbessern*“ sollen. Weiterhin sollen die Grünflächen erweitert und die öffentlichen Toiletten renoviert werden. Außerdem sollen im Gebiet des Panama-Reservats Spazierwege, Picknickplätze und öffentliche Toiletten angelegt werden.

Da es sich hier um erhebliche Nutzungsänderungen handelt, muss die Bevölkerung laut dem regionalen Umweltgesetz von 2003 in die Planungen miteinbezogen werden. Bürger\*innen haben die Möglichkeit, die Pläne einzusehen, sie zu kommentieren und eigene Vorschläge zu unterbreiten. Ziel der Befragung ist es, möglichst alle Betroffenen mit ins Boot zu holen und die Auswirkungen der Bauprojekte auf die einheimische Flora und Fauna möglichst gering zu halten. *(Cook Islands News 18.03.23)*

## Zehnjährige Beziehungen

**Cook-Inseln:** Trommelmusik, Feuertänze und zeitgenössische Tanzdarbietungen begeisterten die Gäste bei der Zehn-Jahres-Feier der diplomatischen Beziehungen zwischen den Cook-Inseln und der Republik Korea im *Tamarind House* Mitte März. An der Feier nahmen hochrangige Politiker\*innen teil: Ahmad Salem Alwehaib, der Botschafter des Staates Kuwait; Sue Yon Kang, die stellvertretende Generaldirektorin des Außenministeriums der Republik Korea; Laurence Beau, der Botschafter Frankreichs sowie Premierminister Mark Brown (Cook-Inseln); Kim Changsik, der

Botschafter der Republik Korea, und der Vertreter des britischen Königs, Sir Tom Marsters.

Die Gäste erlebten u.a. ein Live-Konzert der bekannten koreanischen K-Pop-Tanzgruppe *Candee Collective* aus Aotearoa.

Die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Nationen begannen vor einem Jahrzehnt, als Korea die Cook-Inseln mit Fahrzeugen und technischer Ausrüstung bei der Ausrichtung des *Pacific Islands Forum* (PIF) im Jahr 2012 unterstützt hatte. Brown erklärte, man wolle zukünftig koreanische Technologie für Forschungen in der Tiefsee nutzen. „*Vielleicht gibt es Möglichkeiten, wie die koreanische Technologie uns dabei helfen kann, unsere Tiefsee besser zu verstehen und mehr Wissen zu erlangen*“, erhoffte sich der Premier.

Kim Changsik, der Botschafter der Republik Korea, freute sich auf die Zusammenarbeit bei der Bewältigung neuer Herausforderungen wie dem Klimawandel sowie dem binationalen Tourismus.

Die pazifischen Inseln, einschließlich der Cook-Inseln, seien für Korea wichtige Partner in der Region, erklärte Sue Yon Kang, die stellvertretende Generaldirektorin des koreanischen Außenministeriums. Sie betonte, dass es Korea sehr wichtig gewesen sei, mit möglichst vielen Vertreter\*innen auf die Cook-Inseln zu reisen, um dort gemeinsam das zehnjährige Jubiläum der diplomatischen Beziehungen zu feiern. *(Cook Islands News 17.03.23)*

## Inseln beteiligen sich an Schafschur-Wettbewerb

**Cook-Inseln:** Erstmals ist ein Team von Schafscherer\*innen der Cook-Inseln in die Kleinstadt Gore auf der Südinsel Neuseelands gereist, um dort an einem nationalen Scher- und Wollhandhabungswettbewerb teilzunehmen. Zu dem Wettbewerb reisten 12 Teams aus Australien und Neuseeland an. Die Teams kämpfen um einen von 6 Plätzen für die Teilnahme an der „*Golden Shears World Championships*“ in diesem Jahr in Schottland.

Die Organisatorin Tina Elers von den Cook-Inseln, die bereits für die Cook-Inseln bei den Weltmeisterschaften 2017 zwei Bronzemedailien gewonnen hatte, sagte, dass der Schafschurwettbewerb in Gore seit drei Jahren geplant gewesen sei.

Elers bedauerte, dass ihr Schafschur-Team keine Finanzierung durch den Sportverband der Cook-Inseln erhalten kann, weil die Schafschur nicht Teil der Olympischen Spiele, der Commonwealth-Spiele oder der Pazifikspiele ist. Sie hätten auch keine neuseeländischen Fördermittel für die Reise nach Gore bekommen, weil sie kein neuseeländisches Team seien, sagte sie weiter.

Tina Elers hofft auch, dass die Veranstaltung in Gore sie in eine gute Position bringt, um sich einen Platz im *Golden Shears World Council* zu sichern. Die Mitgliedsländer in diesem „Schafschur-Rat“ dürfen nämlich ihre eigenen Richter zu den Weltmeisterschaften mitnehmen, was die Cook-Inseln bei früheren Wettbewerben benachteiligt hat.

„*Wir wollen einfach nur so sein wie andere Länder und in der Schafschur ernstgenommen werden*“, erklärte Elers. *(Cook Islands News 27.02.23)*

## Neuer Bischof ins Amt eingesetzt

**Polynesien:** Über tausend Anglikaner\*innen aus Australien, Neuseeland, Samoa, Tonga, den Salomonen, Vanuatu und Fidschi waren am zweiten Märzwochenende in Suva (Fidschi) zusammengekommen, um Hochwürden Sione Silongo Uluilakepa zum achten Diözesanbischof von Polynesien und Erzbischof von Aotearoa (Neuseeland) und Polynesien zu weihen und ihn ins Amt einzusetzen. Die feierliche Amtseinsetzung fand in der *Holy Trinity Cathedral Church* in Suva statt.

Der neue Erzbischof der anglikanischen Diözese Polynesien hat in seiner ersten Predigt die Mitglieder des Klerus und die Laien aufgerufen, die Fastenzeit zu nutzen, um ihre Schwächen und ihr Versagen anzuerkennen, um sich zu erneuern und sich in die Menschen zu ver-



wandeln, zu denen Gott sie in seinem Dienst berufen hat.

Am Einführungsgottesdienst nahmen hochrangige kirchliche Würdenträger teil, so z.B. der katholische Erzbischof Peter Loy Chong, der den *Fiji Council of Churches* leitet; sowie Rev. James Baghwan, der Generalsekretär der Pazifischen Kirchenkonferenz. Auch Professor Upolu Va'ai, der Rektor des *Pacific Theological College* in Suva, und Ili Vunisuwai, Präsident der Methodistischen Kirche von Fidschi, gehörten zu den Ehrengästen beim Gottesdienst.

*Info:* Sione Uluilakepa wurde 1965 in Nuku'alofa (Tonga) geboren. 1992 wurde er zum Pastor der Anglikanischen Kirche ordiniert. Vor seiner Ernennung zum Bischof war er Gemeindepfarrer sowie Rektor des *St. John the Baptist College* in Suva. Der neue Bischof ist verheiratet und hat zwei Kinder.  
(*Fiji Sun* 11.03., 13.03.23)

## FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI

### Mega-Tourismusprojekt in Planung

**Frz.-Polynesien:** Das seit 10 Jahren geplante Bauprojekt *Tahitian Village* in Papee'ete hat neue Investoren, die den Bau des Mega-Tourismusprojektes in der Hauptstadt von Französisch-Polynesien jetzt zügig vorantreiben wollen. Das mehr als 500 Millionen US-Dollar teure Projekt wird aus sechs verschiedenen luxuriösen Apartmentkomplexen bestehen, die an unterschiedliche Investorengruppen vergeben wurden.

Rene Temeharo, der Bauminister von Französisch-Polynesien, erklärte, das Infrastrukturprojekt werde groß genug sein, um Aktivitäten für Tourist\*innen und Einheimische anbieten zu können. „*Wir haben die Lage der verschiedenen Grundstücke so festgelegt, dass die Bevölkerung sie nutzen kann. Es wird Einkaufszentren geben, die zwischen den einzelnen Hotelgrundstücken liegen und nur wenige Kilometer*

*voneinander entfernt sind*“, so Temeharo.

Bereits 2015 waren Landeigner im betroffenen Gebiet zwangsenteignet worden, damit das Projekt direkt an der Uferpromenade am Hafen von Papee'ete entwickelt werden kann. Über die Höhe der Entschädigungen für die Landeigner wird vor Gericht immer noch gestritten.

*Info:* Die Entwicklung des *Tahitian Village* wird aller Voraussicht nach mehr als acht Jahre in Anspruch nehmen und 2.000 Arbeitsplätze schaffen. (*Radio NZ Intern* 22.02.23, <https://tahitianvillage.org/>)

### 25-jähriges Jubiläum

**Frz.-Polynesien:** In diesem Jahr feiert die Reederei *Paul Gauguin Cruises* ihr 25-jähriges Jubiläum. So lange kreuzt das einzige Schiff der Reederei, die *MS Paul Gauguin*, bereits durch die Gewässer von Französisch-Polynesien. Außerdem läuft sie die Cook-Inseln, Fidschi und Bali an. Das Schiff wurde speziell für das Fahren in flachen Lagunen konzipiert und verfügt über ein einzigartiges Konzept: An Bord leben und arbeiten „les Gauguins“ und „les Gauguines“ - das sind Einheimische von den Inseln Frz.-Polynesiens, die an Bord Vorträge halten, traditionelle Techniken vorführen und allgemein als Gastgeber für die Passagiere fungieren.

Die Kreuzfahrtreederei hat nach Angaben von Navin Sawhney, CEO *Americas* von *Paul Gauguin Cruises* und der Eigentümerfirma PONANT, langjährige Beziehungen zu den lokalen Gemeinschaften auf den Archipelen aufgebaut, die sich in persönlichen und fachmännisch betreuten Gästeelebnissen sowohl an Land als auch an Bord des Schiffes niederschlagen.

*Info:* Die *MS Gauguin* wurde vor kurzem renoviert und hat ein modernes Ambiente mit luxuriösen Suiten und geräumigen Kabinen - viele davon mit eigenem Balkon -, einer exzellenten lokalen Küche, Engagement für Nachhaltigkeit und einen gastfreundlichen Service. *Paul Gauguin Cruises* bietet All-inclusive-Reisen mit sieben bis 16 Nächten durch Französisch-

Polynesien und den Südpazifik an. Die Reiserouten beinhalten mehrere Übernachtungen auf den Inseln Bora Bora, Moorea und Tahiti. Reisen bis 2024 sind ab 2.990 US-\$ pro Person buchbar.

(<https://ca.travelpulse.com/news/cruise/paul-gauguin-cruises-celebrates-25-years-of-exploring-french-polynesia.html>, <https://www.pgcrises.com/>)

### Enge Verwandtschaft zwischen Norfolk- und Pitcairn-Einwohner\*innen

**Norfolk/Pitcairn:** Die australische Volkszählung im Jahr 2021 hat ergeben, dass ein Viertel der Bevölkerung der Norfolk-Insel Vorfahren von der Insel Pitcairn hat. Auch im übrigen Australien wurden 567 Einwohner\*innen mit Pitcairn-Abstammung gezählt.

Das pitcairnische Erbe der politisch zu Australien gehörenden Norfolk-Insel zeigt sich auch im Sprachgebrauch: Mehr als 30 Prozent der Einwohner\*innen gaben an, zu Hause *Norfolk-Pitcairn* zu sprechen. Fast zwei Drittel der Menschen auf Norfolk, die *Norfolk-Pitcairn* sprachen, waren pitcairnischer Abstammung. Im Jahr 2021 lebten 244 Personen auf Norfolk, die diese Sprache zu Hause verwendeten.

*Hintergrund:* Bei der Volkszählung 2021 in Australien war "Norfolk Islander" zum ersten Mal eine verfügbare Antwort zur Abstammung. Die Zensusdaten zeigen, dass 319 Personen (15 Prozent) auf Norfolk die Abstammung „Norfolk Islander“ angegeben haben. Andere häufige Abstammungen auf der Norfolk-Insel waren australisch (28 Prozent), englisch (27 Prozent) und schottisch (9 Prozent).

Die Volkszählung 2021 zeigte auch einen Anstieg der Bevölkerung mit Haupt-Wohnsitz auf der Norfolk-Insel von 1.748 Einwohner\*innen im Jahr 2016 auf 2.188 Personen im Jahr 2021.

Duncan Young, der Verantwortliche für den Zensus 2021, bedankte sich ausdrücklich bei den in Australien lebenden Norfolk-Insulaner\*innen für ihre ehrlichen Antworten auf dem Fragebogen. (*Pressemitteilung Australian Bureau of Statistics* 01.12.22, <https://www.abs.gov.au/census/find-census-data/quickstats/2021/90104>)

## Pitcairn steht auf russischer „Feindes“-Liste

**Pitcairn:** Die Pitcairn-Inseln mit ihren rund 50 Einwohner\*innen wurden Ende letzten Jahres von der russischen Regierung auf die Liste der „unfriendly countries“ gesetzt. Das berichtete die russische Nachrichtenagentur *Tass*.

Nach Angaben des in den USA ansässigen „*Pitcairn Islands Study Center*“ ist Pitcairn eines von 11 kleinen britischen Übersee-Territorien, die Russland auf seine Sanktionsliste gesetzt hat. Die Pitcairn-Inseln, die östlich von Französisch-Polynesien liegen, sind ein britisches Überseegebiet, das von Neuseeland aus verwaltet wird.

„*Da wir 10.168 Meilen von Moskau entfernt sind und seit wer weiß wie langer Zeit keine russische Delegation mehr unsere Insel besucht hat, wenn überhaupt, fragt man sich, woher sie wissen, dass wir unfreundlich sind*“, so ein Bewohner der Pitcairn-Inseln gegenüber dem Studienzentrum.

Auf der russischen Liste der „*unfriendly countries*“ stehen mit Neuseeland, Australien und den Föderierten Staaten von Mikronesien noch drei weitere Pazifikstaaten. (*Radio NZ Intern. 03.11.22, [https://en.wikipedia.org/wiki/Unfriendly\\_Countries\\_List](https://en.wikipedia.org/wiki/Unfriendly_Countries_List)*)

## Neue Moai-Statue im Vulkankrater gefunden

**Rapa Nui:** Im Februar wurde ein neuer Moai im Bett einer trocken gefallenen Lagune in einem Vulkankrater gefunden. Das teilte die indigene Gemeinschaft Ma'u Henua mit, die die Moai-Fundstätten auf der chilenischen Insel verwaltet.

Es ist das erste Mal, dass ein Moai in einer Lagune im Rano Raraku-Krater entdeckt wurde, hieß es in der Presseerklärung der Verwaltung des Nationalparks, in dem die Statue entdeckt worden war. Die lang anhaltende Dürre der letzten Monate hatte zum Trockenfallen des Sees im Vulkankrater geführt.

Die Statue wurde am 21. Februar von einem Team wissenschaftlicher Freiwilliger dreier chilenischer Uni-

versitäten gefunden, die an einem Projekt zur Wiederherstellung des Sumpfbereichs im Krater des Vulkans Rano Raraku mitarbeiten.

Archäologe José Miguel Ramírez erklärte gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters, es sei möglich, dass die Rapa Nui versucht hätten, die Statue in einer früheren Zeit zu bewegen, als der See trocken war.

Der Moai ist 1,60 Meter groß und damit wesentlich kleiner als die meisten anderen Moais auf der Insel. Er wurde auf der Seite liegend gefunden, in den Himmel blickend. Nun soll der Moai von weiteren Wissenschaftler\*innen vor Ort untersucht werden.

*Info:* Der Vulkan Rano Raraku und seine Moai gehören zum UNESCO-Weltkulturerbe. (*CBS News 02.03.23, New York Post 04.03.23, ARTnet News 27.02.23*)

## Tapati-Festival findet statt

**Rapa Nui:** Nach drei Jahren Corona-bedingter Pause hat im März wieder das Tapati-Festival stattgefunden. Während des siebentägigen Folklorefestivals gab es Tanz- und Sportveranstaltungen, Ausstellungen, Theater, Musik, eine „Miss Rapa Nui Wahl“ und traditionelles Essen. Das Tapati-Festival gilt als das größte Festival in Polynesien. Traditionelle Tänze, das Vortragen von Gedichten und Ahnengeschichten in der Sprache Rapanuia, Tätowierungen und Kraft- und Geschicklichkeitswettbewerbe wie der Akavenga, ein Wettlauf, bei dem die Teilnehmer\*innen ein Bündel Bananen tragen, das etwa 10 Kilogramm wiegt, sind nur einige der Prüfungen, die die Teilnehmer\*innen während des Festivals bestehen müssen.

Erst im August letzten Jahres waren die Corona-Einreisebeschränkungen für die isoliert gelegene Insel vor der Küste Lateinamerikas aufgehoben worden. Seit März 2020 befand sich die Insel im Lockdown, aus Sorge um Corona-Erkrankte, die auf der Insel mangels eines Krankenhauses nicht hätten behandelt werden können. Der Tourismus, bisher wichtigster Wirtschaftszweig für die rund 8.000

Einwohner\*innen der Insel, erholt sich jedoch nur langsam. Deshalb fand das Festival in diesem Jahr im kleineren Rahmen statt.

Vor der Pandemie gab es acht Flüge und 2.400 Besucher\*innen pro Tag, jetzt kommen nur noch drei Flüge pro Woche auf die Osterinsel.

„*Es geht darum, zu unseren Wurzeln zurückzukehren. Es ist eine unglaubliche kulturelle Erfahrung, die wir mit der Welt teilen wollen*“, erklärte der Bürgermeister der Insel, Pedro Edmunds Paoa, den Zauber des einwöchigen Festivals.

Edmunds, dessen Großvater in den 1950er Jahren zu den Initiatoren des Festivals gehörte, betonte, dass Tapati neben kulturellen Wettbewerben und Sportveranstaltungen auch dazu diene, „*den Erhalt von traditionellen Codes (Regelwerken) zu gewährleisten, die für die Nachhaltigkeit unserer Kultur sehr wichtig sind*“. Es handelt sich dabei um indigene Regelwerke, die dazu dienen, die Umwelt zu schützen und das Leben und den Alltag für die Bewohner\*innen gut zu gestalten.

(<https://www.laprensalatina.com/biggest-polynesian-festival-returns-to-easter-island-after-covid/>)

## HAWAII

### Deutsche Firma baut künstliche Welle

Das Münchner Unternehmen „Citywave“ baut auf Hawaii eine künstliche Surfwelle. Sie werde 40 Millionen US-Dollar kosten und am 21. März in einer Freizeitanlage eröffnen, heißt es in der Mitteilung des Unternehmens, das mit seiner Technologie seit einigen Jahren schon weltweit erfolgreich ist. Es betreibt 15 solcher Wellen in neun Ländern, in Deutschland unter anderem in Berlin, in einem Einkaufszentrum in Osnabrück und am Eisbach in München.

*Hintergrund:* Künstliche Surfwellen lassen sich in Einkaufszentren oder Freizeitparks installieren oder in einer mobilen Version temporär bei Events aufbauen. Höhe und Stärke kann man an das Können der Surfer\*innen anpassen. Die Welle auf

Hawai'i ist das bislang größte Projekt, sie soll 30 Meter breit sein, das ist weltweit einmalig. Die Welle kostet 40 Millionen US-Dollar und wird von einem japanischen Investor finanziert. Auf der Anlage sollen Surf-Tourist\*innen üben können, bevor sie sich auf die großen Wellen im Pazifik wagen.

Die Münchner Firma „Citywave“ wurde von dem Ehepaar Klimaschewski gegründet. Rainer Klimaschewski und seine Frau, die Architektin Susi Klimaschewski, hatten Ski-Schanzen und Snowboard-Halfpipes gebaut, bevor sie am Münchner Eisbach das Surfen für sich entdeckten, wie es heißt.

(BR 07.03.23.

<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/hawaii-surfwelle-muenchen-1.5764427>)

## Neue Umweltschutz-Steuer geplant

Bereits jetzt müssen Urlaubende auf Hawai'i zusätzlich zu Anreise und Unterkunft eine Steuer von über 10 Prozent bezahlen, die sogenannte „*Transient Accomodations Tax*“. In der Stadt Honolulu kommen dazu noch einmal drei Prozent zusätzliche Gebühren. Insgesamt können so mehr als 50 US-Dollar zusätzlich pro Nacht anfallen. Das berichtet das Finanzportal „*Money*“.

Demnächst könnten Reisen nach Hawai'i noch teurer werden. Denn der US-Bundesstaat plant eine weitere Gebühr für Urlauber\*innen. Diese sogenannte „*Green Fee*“ soll den Plänen nach 50 US-Dollar betragen. Derzeit wird der Gesetzentwurf im US-Repräsentantenhaus geprüft.

Wenn der Gesetzentwurf durchkommt, müssen alle Besucher\*innen ab 15 Jahren die 50 US-Dollar bezahlen, dafür erhielten sie eine einjährige Zugangsberechtigung zu allen Parks, Stränden und Wanderwegen auf den Inseln von Hawai'i. Das berichtet das US-Reisemagazin „*Condé Nast Traveler*“.

Die zusätzliche Gebühr soll allerdings nicht die normalen Eintrittspreise für beliebte Attraktionen oder Parks auf den Inseln ersetzen, diese Kosten kommen obendrauf.

Die durch die neue Gebühr eingenommenen Gelder sollen in Klimaschutzprojekte investiert werden – unter anderem zum Erhalt der Korallenriffe, der einheimischen Flora und Fauna, aber auch um gegen die Verschmutzung von Stränden vorzugehen, wie die Initiatoren der Umweltschutzsteuer auf ihrer Website schreiben.

(RedaktionsNetzwerk Deutschland 10.03.23, <https://hawaiiigreenfee.org/>)

## Hawai'i verweigert Zeitumstellung

Bereits seit 1967 verweigert der US-amerikanische Bundesstaat Hawai'i die Umstellung auf die Sommerzeit („*Daylight Saving*“). Hawai'i hatte die Sommerzeit bereits 1933 für drei Wochen ausprobiert. Am 26. April 1933 verabschiedete die Legislative des Territoriums ein Gesetz, das die Sommerzeit auf Hawai'i vom letzten Sonntag im April bis zum letzten Sonntag im September einführte. Am 21. Mai 1933, drei Wochen nach Verabschiedung des Gesetzes, wurde es wieder aufgehoben. Die Sommerzeit war kurzzeitig während des Zweiten Weltkriegs erneut in Kraft, als sie „*Hawaiian War Time*“ genannt wurde. Hawai'i stieg dann 1967 offiziell aus dem „*Uniform Time Act*“ aus.

Da Hawai'i viel weiter südlich liegt als die US-amerikanischen Festlandstaaten und auf einem Breitengrad in der Nähe von Mexiko-Stadt, bietet die Sommerzeit keinen wesentlichen Vorteil, so die lokalen Behörden des Bundesstaates. Das Konzept der Sommerzeit besteht darin, dass die Zeit angepasst wird, um das vorhandene natürliche Licht länger nutzen zu können. Da Hawai'i in der Nähe des Äquators liegt, variieren die Zeiten für Sonnenaufgang und Sonnenuntergang nicht so stark wie weiter nördlich. Die Lokalbehörden sahen deshalb keinen Grund für die halbjährliche Zeitumstellung, die von vielen Menschen als belastend empfunden wird.

*Hintergrund:* Die Sommerzeit wurde in den USA während des Ersten Weltkriegs im Jahr 1918 eingeführt. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde sie nur noch in New York City bis

zum Jahr 1942 angewendet. 1966 legte der *Uniform Time Act* fest, dass in den USA jedes Jahr sechs Monate Normalzeit und sechs Monate Sommerzeit gelten sollten. In den 1970er Jahren versuchten die USA aufgrund einer Energiekrise einmal eine ganzjährige Sommerzeit. Diese dauerte zehn Monate, wurde dann jedoch abgebrochen.

Bis heute verweigern folgende US-Bundesstaaten die Einführung der Sommerzeit: Arizona, American Samoa, Guam, Northern Mariana Islands, Puerto Rico und die United States Virgin Islands.

(<https://beatofhawaii.com/hawaii-daylight-saving-failed-now-us-seeks-to-join-hawaii/>)

## Schülerin gewinnt Kunstpreise

Nayeon Gil, eine Oberstufen-Schülerin der katholischen Privatschule „*Maryknoll School*“ in Honolulu, hat zwei „*Scholastic Art and Writing Awards 2023*“ von der „*Hawai'i State Foundation on Culture and the Arts*“ gewonnen. Sie erhielt den *Gold Key Award* in der Kategorie „Zeichnung und Illustration“ sowie eine lobende Erwähnung in der Kategorie „Fotografie“.

Gils' Arbeiten werden nun auf nationaler Ebene in New York City bewertet. Die nationalen Medaillengewinner werden am 22. März bekannt gegeben.

*Info:* Die *Scholastic Art & Writing Awards* wurden bereits 1923 gegründet. Die eingereichten Beiträge werden landesweit ausgewählt, ohne dass Geschlecht, Alter, ethnische Zugehörigkeit oder Heimatstadt der Schüler\*innen bekannt sind. (<https://www.newsbreak.com/honolulu-hi/2953811171326-hawaii-sophomore-s-artwork-wins-prestigious-awards>, <https://www.maryknollschool.org/>)

## AOTEAROA (NEUSEELAND)

### Treffen des neuseeländisch-deutschen Ausschusses

Am 24. Februar bekräftigten die Europäische Union (EU) und Neuseeland auf ihrer ersten Sitzung des „Joint Committee“ im Rahmen des bilateralen „Partnerschaftsabkommens über Beziehungen und Zusammenarbeit“ (PARC) in Wellington (Neuseeland) ihre engen Beziehungen, die seit der Unterzeichnung des PARC im Jahr 2016 einen wichtigen Eckpfeiler der Zusammenarbeit zwischen Neuseeland und der EU bilden.

*Info:* Das PARC-Abkommen basiert auf den historischen Beziehungen zwischen Neuseeland und der EU und soll die Zusammenarbeit zwischen den beiden Partnern in verschiedenen Bereichen fördern. Das Abkommen umfasst Themen wie Außenpolitik und Sicherheit, Nachhaltigkeit, Handel, Forschung und Innovation, Klimawandel und Justiz.

Aufbauend auf früheren Gesprächen zwischen den Staats- und Regierungschefs kamen die Vertreter\*innen von Neuseeland und der EU überein, ihre Zusammenarbeit im Bereich des Klimawandels weiter zu vertiefen, u.a. durch einen hochrangigen Klimadialog sowie durch einen internationalen strategischen Agrardialog zum Thema Landwirtschaft noch in diesem Jahr.

Die EU-Delegation wurde von Paola Pampaloni, der stellvertretenden Geschäftsführerin der *Abteilung Asien und Pazifik* des Europäischen Auswärtigen Dienstes, geleitet. Die neuseeländische Delegation wurde von Taha MacPherson, dem Abteilungsleiter der Europaabteilung des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten und Handel, geleitet.  
(<https://www.eeas.europa.eu/en/27.02.23>)

### Anstieg der Todesfälle um 10 Prozent im Jahr 2022

Die Zahl der Todesfälle in Neuseeland stieg im Jahr 2022 auf 38.574 Menschen. Das teilte das neuseeländische Statistikamt im März mit. Die Zahl der registrierten Todesfälle

stieg um 10 Prozent im Vergleich zu 2021, als 34.932 Todesfälle registriert wurden, so Stats NZ. Teilweise ist für die hohen Zahlen auch die Corona-Pandemie verantwortlich: „Die höhere Zahl der Todesfälle im Jahr 2022 wurde durch die Covid-19-Pandemie beeinflusst“, erklärte Michael MacAskill, der Leiter für Bevölkerungsschätzungen und -prognosen beim Statistikamt.

Der Anstieg der Sterbefälle spiegelte zum Teil auch die alternde Bevölkerung Neuseelands wider, sagte MacAskill und fügte hinzu, dass fast zwei von drei Todesfällen im Jahr 2022 auf Menschen im Alter von 75 Jahren oder älter und einer von fünf Todesfällen auf Menschen im Alter von 90 Jahren oder älter entfallen würden.

Die gestiegene Zahl der Todesfälle im letzten Jahr hat dazu geführt, dass die Lebenserwartung bei der Geburt relativ gleichgeblieben ist, sagte er weiter.

Das Amt für Statistik geht davon aus, dass die Lebenserwartung für Männer von 80,8 Jahren im Jahr 2023 auf 84,2 Jahre im Jahr 2048 steigen wird, was einem Anstieg von 3,4 Lebensjahren entspricht, und für Frauen von 84,1 Jahren auf 87,3 Jahre, was einem Anstieg von 3,2 Jahren entspricht, so Stats NZ in seinen Hochrechnungen.

(*Business Standard* 13.03.23, <https://www.stats.govt.nz/information-releases/births-and-deaths-year-ended-december-2022-including-abridged-period-life-table/>)

### Regierung macht Gesetzentwurf rückgängig

Die neuseeländische Regierung hat Mitte März einen Rückzieher bei der Einführung eines Gesetzes zur Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei den Parlamentswahlen gemacht und erklärt, dass sie nicht über die erforderlichen Stimmen verfügt, um das Gesetz im Parlament zu verabschieden. Für eine Änderung des Wahlrechts ist die Unterstützung von 75 % der Parlamentsmitglieder erforderlich.

Premierminister Chris Hipkins, der Nachfolger der freiwillig zurückgetretenen Jacinda Ardern, erklärte, seine Regierung verfüge nicht über diese Rückendeckung im Parla-

ment.

Hipkins erklärte jedoch, er werde einen Gesetzentwurf zur Senkung des Wahlalters für Kommunalwahlen einbringen, da dafür nur eine einfache Mehrheit im Parlament erforderlich sei.

*Hintergrund:* Das oberste Gericht Neuseelands hatte im November 2022 entschieden, dass das derzeitige Wahlalter von 18 Jahren diskriminierend sei, da es nicht mit dem Grundgesetz des Landes vereinbar sei. Das neuseeländische Grundgesetz räumt Menschen ab 16 Jahren das Recht ein, nicht diskriminiert zu werden. Die Klage wurde von der Jugendorganisation *Make It 16* eingereicht. (*Reuters Asia Pacific* 13.03.23)

### Regierung will finanzielle Unterstützung aufstocken

Die neuseeländische Regierung erhöht die finanzielle Unterstützung für rund 1,4 Millionen Bürger\*innen, um die anhaltend hohe Inflation im Vorfeld der Parlamentswahlen im Oktober dieses Jahres auszugleichen. Die Inflation hat derzeit mit 7,2 % den höchsten Stand seit 30 Jahren erreicht.

Premierminister Chris Hipkins (*Labour Party*) sagte, die Regierung werde die Sozialleistungen für Rentner, Studierende, Kinder und Eltern ab dem nächsten Monat erhöhen.

„Wir wollen den Menschen helfen, die den Anstieg der Lebenshaltungskosten am eigenen Leib spüren“, erklärte der Premier und bezeichnete die Aufstockung der Finanzen dabei als „Brot-und-Butter-Paket“.

Seit seinem Amtsantritt hat Hipkins eine ganze Reihe von Projekten auf Eis gelegt, um sich drängender Probleme wie dem Anstieg der Energie- und Lebensmittelkosten zu widmen. So wird die geplante Fusion der staatlichen Radio- und Fernsehstationen im Moment nicht durchgeführt. Auch werde die Modernisierung des öffentlichen Nahverkehrs länger dauern als zunächst gedacht, so Hipkins weiter.  
(*Reuters Asia Pacific* 13.03.23)

## Tokelau hat neuen Regierungschef

**Tokelau:** Kelihiano Kalolo ist neuer Regierungschef von Tokelau. Der traditionelle Amtstitel heißt „Ulu-o-Tokelau“.

Bereits im Jahr 2020 hatte Kelihiano Kalolo ein Referendum über die Unabhängigkeit des Territoriums von Neuseeland entworfen, das bis 2025 abgehalten werden soll.

In einer Erklärung sagte der Generaldirektor des *National Public Service*, Tino Vitale, dass der Vorsitzende des *Fono* (Parlament), sein Stellvertreter und die 28 Mitglieder der 12. Regierung von Tokelau Mitte März vereidigt worden seien.

Am 26. Januar war auf allen drei Atollen und auch im Büro der Verwaltung von Tokelau in Apia (Samoa) gewählt worden. Es war das erste Mal in der Geschichte Tokelaus, dass alle drei Atolle an demselben Wahlprozess teilnahmen.

*Info:* Der Ulu-o-Tokelau ist ein jährlich wechselndes Amt, das vom Faipule („Anführer“) eines jeden Atolls ausgeübt wird. Tokelau ist ein von Neuseeland abhängiges Gebiet nördlich der Samoa-Inseln. Die neuseeländische Regierung respektiert die traditionellen Verwaltungsstrukturen auf den drei Atollen, die „integraler Bestandteil des Gemeinschaftslebens in Tokelau“ sind. Auf den Atollen Tokelaus leben derzeit etwa 1.500 Menschen.

Der neue neuseeländische Verwalter von Tokelau, Don Higgins, hatte an der Generalversammlung mit der Wahl des Ulu teilgenommen. (*Radio NZ Pacific 13.03.23, Wikipedia*)

## INDONESIEN WESTPAPUA

### Neues Grenzabkommen mit Malaysia geplant

**Indonesien:** Im Zuge des Aufbaus der neuen indonesischen Hauptstadt Nusantara auf der indonesischen Insel Borneo (Kalimantan) wird derzeit ein neues Grenzübergangsabkommen zwischen Malay-

sia und Indonesien ausgearbeitet, so der malaysische Innenminister Datuk Seri Saifuddin Nasution Ismail Anfang März auf einer Pressekonferenz.

Saifuddin sagte, das neue Abkommen über den Grenzübergang werde voraussichtlich bei einem Besuch des indonesischen Präsidenten Joko Widodo in Malaysia noch im Laufe dieses Jahres unterzeichnet werden. Er fügte hinzu, dass Malaysia und Indonesien gerade dabei sind, mehrere wichtige Themen gemeinsam zu überdenken, insbesondere in Bezug auf Sicherheitsbedrohungen. „*Wenn die Grenzen offen sind, wird auch der Personenverkehr zwischen diesen beiden Ländern stattfinden. Das ist der Punkt, an dem es potenzielle Bedrohungen oder Verstöße gegen Einwanderungsgesetze geben könnte*“, so der Minister weiter.

„*Beide Länder verhandeln derzeit über die endgültige Festlegung des Einreisebereichs, in dem sich die Einwohner aufhalten dürfen*“, fügte Saifuddin hinzu. (*The Star 08.03.23*)

### Abkommen über Fischereipolitik

**Indonesien** hat am 6. März ein Abkommen über eine quotenbasierte Fischereipolitik ratifiziert, so der indonesische Minister für maritime Angelegenheiten und Fischerei, Sakti Wahyu Trenggono. Dies gab der Minister auf einer Fachtagung zur Überwachung der Meeres- und Fischereiresourcen am 7. März bekannt. Trenggono beauftragte den Generaldirektor für Fischerei im Ministerium mit der Ausarbeitung der technischen Vorschriften zu diesem neuen Gesetz. Dieses sei nötig, um die Fischerei in indonesischen Gewässern nachhaltiger betreiben zu können und Meeresorganismen vor Überfischung zu schützen.

Die indonesische Fischereipolitik sieht drei Arten von Quoten vor, nämlich die Fangquote für Fischfänger, die Quote für die Küstenbewohner\*innen und die Quote für Bildung, Ausbildung und Dienstleistungen.

Auf der Tagung wurde außerdem festgelegt, dass es zukünftig 11 Fischfanggebiete und sechs Zonen im indonesischen Hoheitsgebiet geben soll.

*Hintergrund:* Die quotenbasierte Fischereipolitik ist eine der fünf vom Ministerium für maritime Angelegenheiten und Fischerei verfolgten Strategien für die „blaue Wirtschaft“ (Blue Economy).

Die vier anderen Politiken sind die Ausweitung der maritimen Schutzgebiete, die Entwicklung des Süßwasser-, Meeres- und Küstenbaus, die Bewirtschaftung von Meeresabfällen und die nachhaltige Bewirtschaftung von Küstengebieten und kleinen Inseln.

Die indonesische Regierung misst der „blauen Wirtschaft“ große Bedeutung bei, da der Sektor wesentlich zur Nachhaltigkeit der marinen Umwelt beiträgt, die letztlich der Bevölkerung zugutekommt, hieß es aus dem Fischereiministerium. (*Antara 07.03.23*)

### Neuer Premierminister von Fidschi unterstützt Unabhängigkeitsbewegung von Westpapua

**Westpapua/Fidschi:** Der fidschianische Premierminister Sitiveni Rabuka hat sich Ende Februar mit Benny Wenda, dem Chef des *United Liberation Movement for West Papua* (ULMWP), die sich für eine Unabhängigkeit Westpapas einsetzt, getroffen und auf einem gemeinsamen Foto die in Indonesien verbotene „Morgenstern“-Flagge Westpapas gezeigt. Rabuka sagte, er unterstütze eine Vollmitgliedschaft der ULMWP in der melanesischen Regionalorganisation *Melanesian Spearhead Group* (MSG). Dieser Gruppe gehört die ULMWP ebenso wie Indonesien derzeit bereits als assoziiertes Mitglied an.

Die fidschianische Vorgängerregierung unter Voreqe Bainimarama galt als enger Verbündeter Indonesiens und hatte sich zusammen mit der Regierung Papua-Neuguineas gegen eine gemeinsame Unterstützung der Unabhängigkeitsbewegung durch die melanesischen Staaten und dafür eingesetzt, dass auch Indonesien als assoziiertes

Mitglied in die MSG aufgenommen wurde. Benny Wenda, der im Exil lebende Präsident der ULMWP, bezeichnete das Gespräch mit Rabuka und seine Geste mit der Morgenstern-Flagge, die er auf einem Bilum genäht um den Hals trug, als „überwältigend“. Während Rabuka seine Unterstützung für eine Vollmitgliedschaft der ULMWP ohne gleichzeitige Aufwertung auch des Mitgliedstatus von Indonesien unterstrich, sprach er jedoch auch von „Fragen der Souveränität“, die berücksichtigt werden müssten.

Nach dem Gespräch von Wenda und Rabuka meldete sich auch der Premierminister von Papua-Neuguinea, James Marape, zu Wort und sagte, dass die indonesische Kontrolle über Westpapua respektiert werden müsse. Ein Sprecher des indonesischen Außenministeriums teilte mit, man habe in einer diplomatischen Note an Fidschi seinen Protest und Verärgerung über das Treffen zum Ausdruck gebracht. Überschattet wurde das Gespräch zwischen Rabuka und Wenda davon, dass eine andere Unabhängigkeitsbewegung in Westpapua, die *West Papua National Liberation Army* (TPNPB), die den Anspruch der ULMWP, für Westpapua zu sprechen ablehnt, seit dem 7. Februar 2023 den neuseeländischen Piloten Phillip Mehrrens als Geisel genommen hat. Er hatte ein kleines indonesisches Frachtflugzeug geflogen, das von den Rebellen angegriffen und zerstört wurde. Die Rebellen verlangen Verhandlungen mit Neuseeland über die Freilassung des Piloten. ULMWP-Chef Wenda hatte die bedingungslose Freilassung des Piloten gefordert, gleichzeitig aber auch gesagt, dass er keinen Einfluss auf die konkurrierende Bewegung habe.

*(Artikel von Oliver Hasenkamp, Pazifik-Netzwerk. Quellen: Radio New Zealand 24.2.2023, Asia-Pacific Report 3.3.2023, Social-Media)*

## Zur Situation der Binnenflüchtlinge

**Westpapua:** Die „Kommission für Vermisste und Opfer von Gewalt“ (Kontras) zählte bis Dezember 2022 60.642 Binnenflüchtlinge in Westpapua, die infolge des bewaffneten

Konflikts zwischen dem indonesischen Militär und der TPNPB-OPM TNI vertrieben wurden. 732 von ihnen starben.

*„Abgesehen davon, dass die Menschen ihre Häuser verlassen mussten, sind die Kinder der Vertriebenen auch mit einer schlechten Ernährung konfrontiert, die durch den Mangel an ausreichender Nahrung während ihres Aufenthalts in den Flüchtlingsunterkünften verursacht wird“*, sagte Kontras-Koordinatorin Fatia Maulidiyanti in einer Erklärung am 22. Februar.

Maulidiyanti forderte darin die indonesische Regierung auf, die Menschenrechte der Binnenflüchtlinge zu fördern und zu schützen. *„Wir fordern die indonesische Regierung auf, sich unverzüglich um die Binnenflüchtlinge in Westpapua zu kümmern und ihnen grundlegende Rechte in Übereinstimmung mit den Menschenrechtsstandards zu gewähren“*, sagte sie. Damit die Zahl der Vertriebenen nicht weiter ansteige, fordert Kontras die TNI und die OPM auf, den bewaffneten Konflikt in Papua sofort zu beenden. Die beiden Konfliktparteien werden aufgefordert, die Sicherheit der Zivilbevölkerung zu gewährleisten.

Zudem müsse, laut Kontras, die indonesische Regierung unverzüglich erklären, wie sie mit dem Konflikt in Westpapua umgeht. *„Die bestehende Situation muss auch transparent erklärt werden und auf einer Rechenschaftspflicht gegenüber der Öffentlichkeit und der internationalen Gemeinschaft basieren“*, meinte Maulidiyanti.

Abschließend forderte Kontras die Nationale Menschenrechtskommission (Komnas HAM) und die Regierung auf, unverzüglich Friedensgespräche zu führen und zwischen den bewaffneten Gruppen in Papua zu vermitteln.

Fatia Maulidiyanti, ist der Ansicht, dass die von der Nationalen Menschenrechtskommission (Komnas HAM) ausgehandelte humanitäre Pause keine Lösung für den bewaffneten Konflikt in Papua gebracht habe. Maulidiyanti erklärte weiter, dass das Abkommen, das bereits von der neuen Komnas HAM-Kommissarin Atnike Nova Sigiro gekündigt wurde, das Problem der Binnenvertriebenen und der anhaltenden Gewalt in Papua nicht gelöst habe. Zudem bezog es die

beiden Konfliktparteien der TNI und der TPNPB-OPM nicht mit ein und erhielt somit mangelnde Unterstützung bei der Umsetzung.

Darüber hinaus erklärte die indonesische Regierung durch den koordinierenden Minister für Sicherheit, Politik und Rechtsangelegenheiten, Mahfud MD, dass die Regierung noch kein Team zur Umsetzung der humanitären Pause gebildet habe. „Komnas HAM für den Zeitraum 2022-2027 erklärte ebenfalls, dass sie nicht in der Lage seien, das Abkommen über die humanitäre Pause fortzusetzen“, so Maulidiyanti.

*Info:* Das Abkommen über die humanitäre Pause wurde von Komnas HAM am 11. November 2022 in Genf unterzeichnet, bevor die Kommissare für den Zeitraum 2017-2022 ihre Amtszeit beendeten. Das Abkommen wurde von vier Parteien unterzeichnet, der Komnas HAM, dem Volksrat der Provinz 'Papua', dem Kirchenrat von Westpapua und der Vereinigten Befreiungsbewegung für Westpapua (ULMWP). *(Westpapua-Netzwerk online 23.02.23)*

## Neue Militärkommandos in Papua-Provinzen

**Westpapua:** Der Generalstabschef der Armee (KSAD), General Dudung Abdurachman, erklärte, dass bald jede Provinz in Indonesien über ein eigenes regionales Militärkommando (Kodam) verfügen werde. Dazu gehöre auch die Einrichtung regionaler Militärkommandos in den vier neuen Provinzen in Westpapua, nämlich in den Provinzen Süd-Papua, Zentral-Papua, Hochland-Papua und Südwest-Papua.

Das indonesische Militär (TNI) hat derzeit 15 regionale Militärkommandos in ganz Indonesien. Insgesamt gibt es 38 Provinzen. Der indonesische Verteidigungsminister Prabowo Subianto teilte mit, dass der Plan, regionale Militärkommandos in allen indonesischen Provinzen einzurichten, noch nicht abgeschlossen sei. Laut Prabowo werde die Verwirklichung dieses Plans schrittweise erfolgen.

Die „Kommission für Vermisste und Gewaltopfer“ (Kontras) hat davor gewarnt, dass die Einrichtung zusätzlicher regionaler Militärkom-

mandos (*Kodam*) in den neuen Provinzen Westpapas die humanitäre Situation im Land nur verschlechtern werde.

*„Das ist natürlich sehr gefährlich, weil es zu einer Eskalation der Gewalt führen und die humanitäre Situation verschlimmern könnte. Der Staat und die Regierungsbeamten sollten nicht reaktionär mit den auftretenden Konflikten umgehen“*, sagte Kontras-Koordinatorin Fatia Maulidiyanti gegenüber Kompas.com.

Mehr Militär bedeute wieder mehr gewaltsame Gegenreaktionen der TPNPB-OPM – mit Folgen für die Zivilbevölkerung. Darüber hinaus sei der Plan, die Zahl der regionalen Militärkommandos zu erhöhen, kontraproduktiv für die Bemühungen des Staates durch die Nationale Menschenrechtskommission (Komnas HAM), eine humanitäre Pause zu erreichen, so Kontras. (*Westpapua Netzwerk online 27.02.23*)

## Gewalt gegen Kinder durch Militär hat zugenommen

Der Leiter des Papua-Büros der Nationalen Menschenrechtskommission (Komnas HAM Papua), Frits Ramandey, sagte, dass die Gewalt gegen Kinder, die mutmaßlich von Soldaten des indonesischen Militärs (TNI) in Westpapua begangen wurde, im Jahr 2022 zugenommen habe. Er meinte, dies sei eine schlechte Entwicklung und habe das Potential, die Bemühungen um die Erfüllung und den Schutz der Kinderrechte zu gefährden. Komnas HAM Papua registrierte drei Fälle von mutmaßlicher militärischer Gewalt gegen Kinder in Westpapua, die sich im Jahr 2022 ereigneten. Es gab mindestens 11 Opfer, bis zu neun Kinder wurden verletzt und zwei Kinder starben. *„Es war direkte Gewalt. Nicht wegen der Folgen oder Auswirkungen gewöhnlicher Ereignisse, sondern direkte Gewalt gegen Kinder“*, sagte Ramandey am 12. Dezember 2022 vor Reportern in Jayapura City.

Ramandey sagte, einer der Fälle sei die Gewalt gegen sieben Kinder im Bezirk Puncak gewesen, die angeblich von Angehörigen des Infan-

teriebatallions 521 des Regionalkommandos des Militärs in Brawijaya verübt wurde. Bei der Gewalttat im Februar wurde ein Kind getötet und sechs weitere Kinder wurden verletzt.

Ein weiterer Fall ist der Mord und die Verstümmelung in Mimika am 22. August 2022, an dem sechs Soldaten der Infanteriebrigade Raider 20/IJK/3 beteiligt gewesen sein sollen. In diesem Fall wurden vier Zivilisten ermordet, darunter ein Kind.

Darüber hinaus sollen Soldaten des Kommandos der Spezialeinheiten im Dorf Yuwanain, Bezirk Arso, Landkreis Keerom, Gewalt gegen drei Kinder ausgeübt haben. Dabei wurden die drei Kinder schwer verletzt, eines von ihnen sehr schwer.

Ramandey appellierte an die TNI, die Gewalt gegen Kinder in Westpapua zu beenden. Komnas HAM Papua forderte sie auf, einen kulturellen Ansatz des Dialogs zu nutzen, um Konflikte in Westpapua zu lösen. *„Wir müssen uns gemeinsam verpflichten, Fälle von Gewalt durch einen Dialog zu lösen“*, sagte er. (*Westpapua Netzwerk online 14.12.22*)

## Hohe Abholzungsraten in Westpapua

**Westpapua:** Der Leiter der Waldkampagne von *Greenpeace Indonesien*, Kiki Taufik, sagte, dass es in Westpapua zehn Landkreise mit der indonesienweit höchsten Abholzungsrate zwischen 2001 und 2020 gibt. Die Abholzung ist auf die übermäßige Vergabe von Lizenzen für landbasierte Rohstoffindustrien zurückzuführen, die die Rechte der indigenen Papuas bedrohen.

Dies erklärte Taufik in einer Online-Diskussion über den Forschungsbericht *„The Curse of Natural Resources in the Land of Papua“*, die von Greenpeace in Zusammenarbeit mit dem *„Institute for Development of Economics and Finance“* (IDEF) im Dezember letzten Jahres organisiert wurde. Kiki sagte, dass Westpapua in den letzten zwei Jahrzehnten die Region mit der höchsten Entwaldungsrate in Indonesien gewesen sei.

Untersuchungen von Greenpeace und IDEF zeigen, dass mindestens

417.800 Hektar (ha) Naturwald in zehn Landkreisen Westpapas verloren gegangen sind. Von den zehn Landkreisen liegt die Hälfte in der Provinz Papua (seit Sommer 2022 in die Provinzen Papua, Hochland-Papua, Süd-Papua und Zentral-Papua aufgeteilt), wo der Verlust an Naturwald 292.100 ha erreicht. Es handelt sich um die fünf Landkreise Merauke (92.200 ha), Boven Digoel (69.800 ha), Mappi (30.200 ha), Nabire (36.000 ha), Keerom (29.900 ha) und Mimika (34.000 ha).

Auch in der Provinz Papua-Barat (seit November 2022 in die Provinz Papua Barat und die Provinz Südwest-Papua aufgeteilt) kam es zu einer starken Abholzung, wobei 125.700 ha Naturwald verloren gingen. Die fünf Landkreise sind Fakfak (36.100 ha), Teluk Bintuni (31.700 ha), Manokwari (28.700 ha) und Sorong (29.200 ha).

Landgebundene Rohstoffindustrien wie Bergbau, industrielle Plantagenwälder, Waldkonzessionsrechte und Ölpalmenplantagen sind in Westpapua weit verbreitet und führen zur Entwaldung. Auch die Bildung neuer autonomer Regionen wie die insgesamt vier neuen Provinzen kann die Abholzung beschleunigen.

Rosita Tecuari, die Vorsitzende der *„Namblong Tribal Women’s Organization“* im Landkreis Jayapura, sagte, dass die Rechte der indigenen Papuas durch die genehmigungsbasierte Ausbeutung der natürlichen Ressourcen an beschnitten würden. *„Wir haben aus erster Hand erfahren, wie unsere Wälder von dem Unternehmen gewaltsam enteignet wurden, während wir, die wir das traditionelle Land besitzen, keinerlei Unterstützung erhalten haben“*, beklagte sie. Tecuari sagte, dass sie und die indigene Bevölkerung im Grime Nawa Tal derzeit gegen das Palmölunternehmen *„PT Permata Nusa Mandiri“* kämpfen. Laut Tecuari hat das Unternehmen bis zu hundert Hektar Land, das der indigenen Gemeinschaft gehört, ohne Genehmigung gerodet. Tecuari sagte, die Präsenz des Unternehmens habe keine positiven Auswirkungen auf die indigene Gemeinschaft. Stattdessen zerstörten die Aktivitäten des Unternehmens die Natur und das Land, das die Lebensgrundlage der indigenen



Bevölkerung darstellt.

„Der Wald ist für uns ein Ort, an dem wir Nahrung finden. Wir holen Gemüse und Beilagen aus dem Wald, nicht aus der Stadt oder aus Geschäften“, erklärte die Umweltaktivistin. (Westpapua Netzwerk online 12.01.23,

[https://www.greenpeace.org/static/planet4-indonesia-stateless/2022/12/f8c43794-otonomi-khusus-dan-kutukan-sumber-daya-alam-papua\\_19122022.pdf](https://www.greenpeace.org/static/planet4-indonesia-stateless/2022/12/f8c43794-otonomi-khusus-dan-kutukan-sumber-daya-alam-papua_19122022.pdf))

## AUSTRALIEN

### Australien will Handel mit PNG ankurbeln

Der australische Premierminister Anthony Albanese hat Mitte Januar Pläne zur Ausweitung des gegenseitigen Handels mit Papua-Neuguinea (PNG) in den Bereichen Kaffee, Kakao, Fischerei und Tourismus angekündigt. In einer Rede vor dem neuguineischen Parlament in Port Moresby erklärte Albanese, dass die Regierungen Australiens und PNGs noch enger zusammenarbeiten sollten, um „eine neue Generation des Wohlstands zu erzeugen“ und auf den derzeitigen Direktinvestitionen des australischen Privatsektors in PNG in Höhe von 24 Milliarden AUS-Dollar aufzubauen.

Albanese erklärte, dass PNG bestrebt sei, die Exporte von verarbeiteten Waren und verschiedenen landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu steigern. Dies sieht der Premier als einen Bereich an, in dem die australische Wirtschaft eine Schlüsselrolle spielen kann. Er erklärte, dass die australische Regierung bereit sei, Papua-Neuguinea bei der Verbesserung seiner Biosicherheitsmaßnahmen zu unterstützen, um eine größere Ausfuhr von verarbeiteten Waren und landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu ermöglichen.

Darüber hinaus sieht der Premierminister Möglichkeiten für PNG, seine „grüne Wirtschaft“ auszubauen. Er erklärte, dass australische Unternehmen an der Erkundung von Möglichkeiten in diesem Bereich interessiert seien. Albanese sagte weiter: „Ich weiß, dass eine

Reihe australischer Unternehmen sehr daran interessiert sind, die Möglichkeiten in diesem Bereich zu erkunden, zum Beispiel in der Wasser- und Wasserstoffproduktion. Ich bin zuversichtlich, dass wir gemeinsam dafür sorgen können, dass die reichen natürlichen Ressourcen von PNG zu guten Arbeitsplätzen, dauerhaften Investitionen und einer nachhaltigen Entwicklung für ihr Land führen werden.“

Der Premierminister von PNG, James Marape, betonte in seiner Rede die Bedeutung stärkerer wirtschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Staaten für die Gewährleistung einer politisch sichereren indopazifischen Region. Er sagte: „Der freie Fluss von Waren und die Möglichkeit des vereinfachten Einreisens nach Australien entspricht unserer neuen wirtschaftlichen Strategie“. Es gehe hier nicht nur um gute diplomatische Beziehungen zwischen beiden Staaten, sondern ganz konkret um engere Handelsbeziehungen in den Bereichen Landwirtschaft, Bio-Sicherheit und grüne Energie. (PNG Business News 16.01.23)

### Atom-U-Boote für Australien

Australien will bis zu fünf atomgetriebene U-Boote der Virginia-Klasse von den Vereinigten Staaten von Amerika kaufen. Diese sollen ab den 2030-Jahren ausgeliefert werden. Gebaut werden sollen die U-Boote im Ausland, nachdem die australische Bundesregierung zunächst angedeutet hatte, dass sie die atomgetriebenen U-Boote in der südaustralischen Hauptstadt Adelaide bauen würde. Der Premierminister des Bundesstaates, Peter Malinauska, sagte nun, dies sei noch nicht endgültig entschieden, zumal die Zahl der in Auftrag gegebenen Atom-U-Boote zwischen 5 und 8 schwanke. Zwar würde der Bau der U-Boote für einen Zeitraum von 15 bis 20 Jahren um die 10.000 Arbeitsplätze in Südaustralien schaffen, jedoch sei damit auch ein hohes Sicherheitsrisiko verbunden. Außerdem könnten die für den Bau benötigten Werke und Anlagen aufgrund der Sicherheitsvorschriften dann nur für atomgetriebene Boote genutzt werden und nicht für den

Bau von Booten mit alternativer Antriebsart.

Die U-Boote sollen im Rahmen des Verteidigungspaktes AUKUS angeschafft werden. Dieser Sicherheitspakt zwischen Australien, Großbritannien und den Vereinigten Staaten aus dem Jahr 2021 zielt u.a. darauf ab, die militärische Dominanz der USA im asiatisch-pazifischen Raum zu stärken, um Chinas militärischem Wachstum im Pazifik entgegenzuwirken.

China's Regierung lehnt AUKUS „entschieden“ ab, wie sein Außenministerium im März erklärte. (Political Wire 09.03.23, FMT und NT-News 10.03.23)

### Engere Beziehungen zu Indien vereinbart

Australien und Indien haben sich darauf geeinigt, ihre Wirtschaftspartnerschaft auszubauen und ihre Verteidigungsbeziehungen zu verstärken, wie der australische Premierminister Anthony Albanese bei seinem offiziellen dreitägigen Staatsbesuch Anfang März in Neu-Delhi (Indien) verkündete. Albanese war von seinem indischen Amtskollegen Narendra Modi mit einem feierlichen Empfang und militärischen Ehren auf dem Vorplatz des indischen Präsidentenpalastes Rashtrapati Bhavan begrüßt worden.

Bereits im Dezember 2022 hatten die beiden Länder das gemeinsame Freihandelsabkommen „Economic Cooperation and Trade Agreement (ECTA)“ unterzeichnet. Es handelt sich hierbei um das erste Abkommen seit über zehn Jahren, das Indien mit einem Industrieland geschlossen hat. Mehr als 85 Prozent des Wertes der australischen Warenexporte nach Indien sind jetzt zollfrei, in sechs Jahren werden es 90 Prozent sein und für einige weitere Produkte wurden hohe Zölle gesenkt. Darüber hinaus sind jetzt 96 Prozent der Einfuhren aus Indien zollfrei, was in vier Jahren auf 100 Prozent ansteigen wird.

Ein viel größeres Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit (Comprehensive Economic Cooperation Agreement, CECA) ist jedoch seit über einem Jahrzehnt in den Verhandlungen stecken geblieben.

2016 wurden die Verhandlungen ausgesetzt und erst 2021 wieder aufgenommen. Jetzt einigten sich die beiden Premiers auf einen schnellen Abschluss des CECA-Wirtschaftsabkommens. „*Ich bin zuversichtlich, dass wir es noch in diesem Jahr unter Dach und Fach bringen können*“, sagte Albanese.

*Info:* Indien und Australien sind Sicherheitspartner im Rahmen der „Quad-Gruppe“, zu der auch die Vereinigten Staaten von Amerika und Japan gehören. Der bilaterale Handel zwischen den beiden Ländern belief sich im Jahr 2021 auf 27,5 Mrd. US-Dollar. Nach Angaben Indiens hat der binationale Handel das Potenzial, sich im Rahmen des ECTA-Abkommens innerhalb von fünf Jahren auf 50 Mrd. USD zu verdoppeln.

(<https://www.dfat.gov.au/trade/agreements/in-force/australia-india-ecta>, Reuters 10.03.23)

## Speere kehren zurück

Vier Speere der Aborigines, die der britische Entdecker und Kapitän James Cook und seine Mannschaft bei ihrer Ankunft in der Botany Bay (Australien) im April 1770 erbeutet hatten, werden an den örtlichen Aborigine-Clan in Sydney zurückgegeben. Dazu hat sich das *Trinity College* in Cambridge (Großbritannien) nach einer Restitutions-Bitte der indigenen Bevölkerung vom Dezember letzten Jahres bereit erklärt. Die Speere wurden bisher an der Universität Cambridge im Vereinigten Königreich aufbewahrt.

Bei den vier Speeren handelt es sich vermutlich um die letzten von dutzenden Speeren, die von James Cooks Truppen erbeutet und nach Europa gebracht worden waren.

Ray Ingrey, der Vorsitzende der *Gujaga-Stiftung* des Aborigine-Clans, sagte, das Volk der Gweagal habe eine tiefe, spirituelle Verbindung zu den hölzernen, mehrspitzigen Speeren. „*Sie sind Teil einer Traumzeitgeschichte, die uns erzählt, wie unser Volk entstanden ist*“, erklärte Ingrey. Die Speere seien über 253 Jahre alt und gäben so auch einen Einblick in die historische Vergangenheit seines Volkes.

Die Speere wurden entwendet, als sich die Aborigines nach einer gewalttätigen Auseinandersetzung mit den britischen Landungstruppen, bei der Musketen abgefeuert wurden, in den Busch zurückzogen, so Ingrey. „*40 bis 50 Speere wurden gebündelt und auf [Cooks Schiff] Endeavour gebracht*“, sagte er.

Die Speere wurden nach Großbritannien mitgenommen und 1771 dem Trinity College geschenkt. Abgesehen von kurzen Leihgaben an australische Museen werden sie seit 1914 vom *Museum für Archäologie und Anthropologie* (MAA) in Cambridge aufbewahrt.

Prof. Nicholas Thomas, Direktor des MAA, bezeichnete die Speere als „*außerordentlich bedeutsam*“.

„*Sie sind die ersten Artefakte, die von einem Europäer aus einem beliebigen Teil Australiens gesammelt wurden ... sie spiegeln die Anfänge einer Geschichte voller Missverständnisse und Konflikte wider*“, so der renommierte Ethnologie-Professor.

Die Speere sollen nun in einem Besucherzentrum der Aborigines in La Perouse ausgestellt werden.

Die Gemeinschaft von La Perouse leiht dem britischen Museum für Archäologie und Anthropologie im Gegenzug zeitgenössische Speere, die von Rodney Mason, dem Anführer des Gweagal-Clans, hergestellt wurden, um zu zeigen, wie traditionelles Wissen weitergegeben und gleichzeitig an neue Technologien angepasst wurde.

(<https://www.cam.ac.uk/news/australian-aboriginal-spears-taken-by-james-cook-to-be-repatriated>, BBC News 02.03.23)

## SPORT

### Spanier siegt beim Golfturnier

**Hawai'i:** Spaniens Golfstar Jon Rahm hat Anfang des Jahres zum ersten Mal in seiner Karriere das „Tournament of Champions“ auf Hawai'i gewonnen. Dank einer überragenden 63er-Finalrunde siegte der 28-Jährige beim ersten Turnier des neuen Jahres auf der PGA-Tour mit einem Gesamtergebnis

von 265 Schlägen vor den US-Amerikanern Collin Morikawa (267) sowie Tom Hoge und Max Homa (beide 269). Vor der Schlussrunde auf dem Par-73-Kurs hatte Rahm noch sieben Schläge hinter Morikawa gelegen.

Rahm kassierte für seinen achten Erfolg auf der US-Tour ein Preisgeld von 2,7 Millionen US-Dollar. Für das mit 15 Millionen US-Dollar dotierte Turnier auf dem Plantation Course von Kapalua waren nur die PGA-Tour-Sieger der Vorsaison qualifiziert. Aus den Top Ten der Weltrangliste fehlten auf der Insel Maui Nordirlands Golfstar Rory McIlroy und der Titelverteidiger Cameron Smith aus Australien, der zeitgleich auf der konkurrierenden LIV-Tour spielte. (dpa-infocom 09.01.23)

### Golfturnier ist nachhaltig

**Hawai'i:** Das Golfturnier „Sony Open“ in Hawai'i setzt auch 2023 auf sein Nachhaltigkeitskonzept. Bereits 2020 wurde das Turnier vom US-amerikanischen Bundesstaat Hawai'i zum fünften Mal in Folge als „Grünes Event“ zertifiziert.

Dabei versucht man mit zahlreichen kleineren Maßnahmen, den ökologischen Fußabdruck der Veranstaltung zu vermindern: Plastikstrohalme und Behälter aus Styropor sind nicht zugelassen. Im kompletten VIP- und Hospitality-Bereich werden kompostierbare Behälter sowie Produkte aus Papier verwendet. Das Recycling-Konzept der Veranstaltung sieht zahlreiche Recycling-Container vor. Jeweils abends wird außerdem der Müll noch einmal handsortiert, um eine möglichst hohe Recyclingquote zu erreichen. Außerdem wird auch beim Aufbau von Tribünen, Schildern ec. darauf geachtet, möglichst viele Materialien wiederholt zu verwenden.

Das nicht verkaufte und verwendete Essen wird über *Aloha Harvest* an bedürftige Hawaiianer\*innen abgegeben, der Essensabfall über den Kooperationspartner *EcoFeed* an Schweine verfüttert. Der *Waialae Country Club* als Austragungsort des Turniers hat ein eigenes Solar-system installiert und verwendet im Greenkeeping nur noch organische

Dünger. Außerdem spielen im Greenkeeping die Minimierung des Wasserverbrauchs und von Pestiziden eine wesentliche Rolle.

2023 hat man erstmals auch die Profis zumindest in die Kommunikation der Nachhaltigkeitsthematik miteingebunden: Bis dato wurde den Profigolfern häufig der Vorwurf gemacht, dass sie sich anders als Sportler\*innen aus anderen Sportarten generell zu wenig zu Fragen der Nachhaltigkeit positionierten. Der 35-jährige Peter Malnati, unterstützt ebenso wie seine Kollegen Martin Trainer und Troy Merrit, die verstärkte Ausrichtung des Turniers in Sachen Ressourcenschonung. „*Ich versuche eigentlich immer Flaschen fürs Wasser zu verwenden, die man wieder auffüllen kann, und nicht jedes Mal, wenn ich Durst habe, eine neue Plastikflasche zu benutzen*“, stellte er mit Blick auf das Thema Plastikmüll fest. „*Und wenn ich sie schon verwende, entsorge ich sie wenigstens so, dass sie eine hohe Chance haben, recycelt zu werden. Für mich spielt das eine Rolle, weil ich will, dass unsere Erde noch für Jahrtausende so ein schöner und sicherer Ort für Menschen und Tiere bleibt.*“ ([www.golf.de](http://www.golf.de) 10.01.23)

## Rettungsschwimmer gewinnt Surfwettbewerb

**Hawai'i:** Ende Januar wurde der prestigeträchtigste und traditionsreichste Surfwettbewerb der Welt zum ersten Mal seit sieben Jahren wieder ausgetragen. Der 27-jährige Rettungsschwimmer Luke Shepardson gewann auf Hawai'i das „*Eddie Aikau Big Wave Invitational*“, während John John Florence – der Gewinner der Veranstaltung aus dem Jahr 2016, dem letzten Mal, als sie stattfand – zum Zweitplatzierten ernannt wurde. Mark Healey belegte den dritten und Billy Kemper den vierten Platz. Zum ersten Mal in der 39-jährigen Geschichte des Wettbewerbs traten auch sechs Surferinnen an. 50.000 Zuschauer\*innen verfolgten den Wettbewerb vom Strand aus.

Shepardson gewann 10.000 US-Dollar für den ersten Platz mit 30,0, 30,0 und 29,1 Punkten für seine drei besten Wellen und verfehlte

damit nur knapp die Höchstpunktzahl von 90 Punkten. Für seine Teilnahme musste sich der lokale Rettungsschwimmer die Erlaubnis seines Vorgesetzten einholen. Zwischen den einzelnen Wettkampfdurchgängen musste Shepardson immer wieder zurück zu seinem Wachturm laufen, denn eigentlich hatte er am Sonntag Dienst als Rettungsschwimmer. Und auch nach seinem Sieg war seine Schicht noch nicht beendet: „*Ich muss zurück in den Turm, um bis zum Ende des Tages sicherzustellen, dass es allen gut geht*“, erzählte der 27-Jährige.

**Info:** Die Veranstaltung – auch einfach „The Eddie“ genannt – ist ein eintägiger Wettbewerb, der in der Waimea Bay an der North Shore der Insel Oahu nur dann stattfindet, wenn die Brandung während der Big-Wave-Surfsaison im Winter von Mitte Dezember bis Mitte März konstant groß genug ist. Auch der Wind, die Gezeiten und die Richtung der Dünung müssen genau stimmen.

„Groß genug“ bedeutet nach hawaiianischen Maßstäben sechs Meter. Vor diesem Jahr haben die Bedingungen seit dem ersten Wettbewerb im Jahr 1984 nur neun Mal gepasst, um den Wettbewerb durchführen zu können.

**Hintergrund:** Mit dem Wettbewerb wird der legendäre hawaiianische Wassersportler Eddie Aikau geehrt. Er wurde als erster Rettungsschwimmer bekannt, der von Honolulu für die Arbeit an der Nordküste von Oahu eingestellt wurde. Er wurde dafür verehrt, dass er im Laufe seiner Karriere mehr als 500 Menschen gerettet hat. Berühmt ist er auch dafür, dass er auf riesigen Wellen surfte, die sich sonst niemand zu reiten traute.

Aikau starb 1978 im Alter von 31 Jahren während einer Expedition, bei der er mit einem traditionellen polynesischen Kanu von Honolulu nach Tahiti segeln wollte. Nur wenige Stunden vom Hafen entfernt schlug das riesige doppelwandige Kanu, die *Hokulea*, bei stürmischem Wetter leck und kenterte. Aikau meldete sich freiwillig und paddelte auf seinem Surfbrett mehrere Meilen zur nahe gelegenen Insel Lanai, um Hilfe für den Rest der Besat-

zung zu holen, wurde aber nie wieder gesehen. (*Spiegel Sport* 24.01.23, *Stern Sport* 24.01.23, <https://edition.cnn.com/2023/01/24/sport/luke-shepardson-the-eddie-surfing-spt-intl/index.html>)

## Olympisches Komitee veranstaltet Workshops

**Papua-Neuguinea:** Das Olympische Komitee von Papua-Neuguinea (PNGOC) hat eine Initiative zur Nachwuchsförderung von Athlet\*innen ins Leben gerufen, die laut PNGOC „*die Grundlage*“ für die künftige Talentsuche bilden soll. Dazu fanden Anfang des Jahres Workshops in der Hauptstadt Port Moresby und in drei weiteren Städten (Lae, Goroka und Kokopo) statt. Die Workshops sollen den einzelnen Sport-Verbänden und Sportvereinen dabei helfen, ihre eigenen Programme zur Förderung von Nachwuchsatlet\*innen zu entwickeln und umzusetzen.

PNGOC-Generalsekretärin Auvita Rapilla erklärte, gemeinsames Ziel aller neuguineischen Sportverbände müsse es sein, gute bis sehr gute Ergebnisse der neuguineischen Sportler\*innen in internationalen und nationalen Sportwettkämpfen zu erreichen.

Papua-Neuguinea hat bereits den ehemaligen Schwimmer Ryan Pini zu seinem „Chef de Mission“ für die Olympischen Spiele im nächsten Jahr in Paris ernannt. Pini erreichte 2008 in Peking das Finale über 100 m Schmetterling der Männer.

Das Team von Papua-Neuguinea für die Pazifikspiele 2023 (*Pacific Games*) wird von der Rechtsberaterin des PNGOC, Faye-Zina Lalo, geleitet. Die Pazifikspiele beginnen am 19. November 2023 auf den Salomonen. Papua-Neuguinea hatte bei den letzten Pazifikspielen 2019 in Samoa 130 Medaillen gewonnen, davon 38 goldene.

(<https://www.insidethegames.biz/> 26.01.23)

## WM-Teilnahme verpasst

**Papua-Neuguinea:** Nur noch zwei Spiele trennten die Frauen-Nationalmannschaft von Papua-Neuguinea von der Qualifikation für die Fußball-Weltmeisterschaft 2023,

die nicht weit weg von Papua-Neuguinea in Australien und Neuseeland stattfindet.

Am 19. Februar 2023 musste sich das Team in 90 Minuten gegen Panama beweisen. Leider reichte die sportliche Leistung nicht aus und Papua-Neuguinea verlor mit 0:2 Toren gegen die Mittelamerikanerinnen.

In dem Playoff-Turnier für die Qualifikation hätte die neuguineische Damen-Fußballnationalmannschaft nach einem gewonnenen Spiel gegen Panama nur noch gegen Paraguay spielen müssen, doch nun ist der Traum von dem historischen Erfolg einer ersten WM-Teilnahme geplatzt. Gerne hätten sich die Spielerinnen während der Fußballweltmeisterschaft in der WM-Gruppe F gegen die Teams aus Frankreich, Brasilien und Jamaika gestellt.

*Info:* Die PNG-Frauenmannschaft hatte im vergangenen Juli den *Oceania Nations Cup* gewonnen und Fidschi mit 2:1 im Finale besiegt. (Artikel von Rebecca Frosch. <https://lomazoma.com/wm-fuer-papua-neuguineas-frauen-zum-greifen-nah-dw-17-02-2023/>)

## Neuer Trainer für Fidschi

**Fidschi:** Kurz vor dem Start der Rugby-Union-Weltmeisterschaft 2023, die im September und Oktober in Frankreich stattfinden wird, fand bei einem der pazifischen Teams noch ein Trainerwechsel statt. Nachdem der bisherige Trainer der Rugby-Nationalmannschaft von Fidschi, Vern Cotter aus Neuseeland, im Januar 2023 zurückgetreten war, hat Simon Raiwalui die Rolle als neuer Cheftrainer übernommen. Nur ungefähr ein halbes Jahr hat der ehemalige Stürmer der fidschianischen Rugby-Nationalmannschaft nun Zeit, die Mannschaft mit dem Spitznamen „*Flying Fijis*“ auf das wichtigste Sportereignis in der Rugby-Union vorzubereiten.

Der 49-jährige gebürtige Neuseeländer mit fidschianischen Wurzeln bringt viel Erfahrung mit, da er sich seit fast drei Jahrzehnten als Trainer und Spieler für das fidschianische Rugby engagiert. Zuvor war er im Bereich Hochleistung bei den

*Flying Fijis* tätig. (Artikel von Rebecca Frosch. *Stuff NZ* 25.02.23, *Wikipedia*)

## Ocean Race geht in nächste Etappe

**Pazifik:** Eines der größten Ereignisse im Segelsport ist Mitte Januar wieder in eine neue Runde gestartet. Die Veranstaltung „The Ocean Race“ gehört neben den Olympischen Spielen und dem America's Cup zu den härtesten und längsten Team-Aufgaben für Segler\*innen.

Im spanischen Alicante starteten fünf Segel-Teams das Rennen, das die Segler in sechs Etappen durch die Ozeane der Welt führt. Die erste Etappe führte 1.900 Seemeilen von Alicante zu den afrikanischen Inseln Cabo Verde. Während des Aufenthaltes auf den Kapverden nahmen die Teams an der berühmten „Ocean Week“ teil, bei der rund um das Thema Meer und Ozeane Nachhaltigkeitsthemen besprochen wurden. Die zweite Etappe führte über den Äquator dann nach Kapstadt. Am 26. Februar verließen die Segelboote Kapstadt und machten sich auf die längste Renndistanz in der 50-jährigen Geschichte des Ocean Race. Dabei segeln sie durch das Südpolarmeer und planen ihre Ankunft in Brasilien am 23. April.

Das Schweizer Team „*Holcim-PRB*“ mit seinem grün-blauen Segelboot hält Ende Februar zum Start dieser dritten und längsten Etappe nach Itajaí (Brasilien) weiterhin die Führung. Auf dem zweiten Platz befindet sich Ende Februar das französisch-deutsche „*Guyot environnement – Team Europe*“ mit dem Berliner Co-Skipper Robert Stanjek an Bord. Mit über 100 Seemeilen Rückstand folgen dann das US-amerikanische „*11th Hour Racing Racing Team*“, knapp dahinter das deutsche Team „*Malizia*“ mit dem deutschen Skipper Boris Hermann und auf dem fünften Platz segelt das französische Team „*Biotherm*“. Die vierte Etappe des Rennens führt dann in Richtung Norden nach Newport an die Ostküste der Vereinigten Staaten. Dort wollen die Segler am 21. Mai eintreffen. Danach kehren die Segler in der fünften Etappe zurück nach Europa (Dänemark), woraufhin sie in der sechsten Etappe am 1. Juli in Ge-

nua (Italien) ankommen sollen und damit im Mittelmeer die Regatta beenden werden.

*Info:* *The Ocean Race* ist eine seit 1973 alle vier und seit 2006 alle drei Jahre durchgeführte Segelregatta, die einmal um die ganze Welt verläuft. Die Regatta startet im Herbst in Europa, die weitere Route führt durch den Atlantik, umrundet Afrika am Kap der Guten Hoffnung, führt durch den Indischen Ozean über den Südpazifik und rund um Kap Horn nach Süd- und Nordamerika und von dort wieder zurück nach Europa. Aufgrund der Wind- und Wetterverhältnisse, vor allem im Südpazifik (Wellenhöhen von 30m und Windgeschwindigkeiten von 110 km/h), gilt die Regatta als eine der härtesten Herausforderungen im Segelsport. Die Regatta wird in Etappen durchgeführt. Insgesamt sind je nach Anzahl und Wahl der Etappenziele 24.000 Seemeilen (etwa 45.000 km) bis 45.000 Seemeilen (etwa 72.000 km) zurückzulegen. (Artikel von Rebecca Frosch. *Yacht* 28.02.23, *Wikipedia*, <https://www.theoceanrace.com/>)

## „TOK BILONG PASIFIK“

### Neues Computerspiel

**Frankreich:** Das französische Videospieleunternehmen *Ubisoft* hat den dritten Teil der Rennspielserie „*The Crew*“ angekündigt, das mit dem Untertitel „*Motorfest*“ erscheinen soll. Schauplatz ist die im nordöstlichen Pazifik gelegene Inselgruppe Hawai'i. Es soll Wettrennen in der Hauptstadt Honolulu geben. Außerdem soll man über mit Asche bedeckte Vulkanhänge sowie durch Regenwald sausen, auf kurvigen Bergstraßen driften oder einfach bei guter Musik an Strandpromenaden entlangfahren können. Hierbei eröffnet sich mehr oder weniger der Zugang zur gesamten Insel, die sich mit mehreren Hundert Autos erkunden lässt.

Nach Angaben des Spieleentwicklers erscheint „*The Crew Motorfest*“ im Laufe des Jahres 2023 für PlayStation 4 und 5, Xbox One und

Xbox Series X/S sowie für Windows-PC. (Golem.de 31.01.23, <https://www.ubisoft.com/>)

## Neuer Trend: Currywurst-Hawai'i

**Deutschland:** Bereits über zwei Millionen Aufrufe auf dem sozialen Netzwerk *TikTok* hat ein Video, das den 42-jährigen Imbissbetreiber Fabian Becker bei der Herstellung einer „Currywurst Hawai'i“ zeigt. Gemeinsam mit Fabian Krug betreibt Becker die Kult-Imbissbude „Hans Wurst“ im Kasseler Stadtteil Rothenditmolde. Zunächst nur als Werbung für ihren Imbiss gedacht, begann das Duo mit Filmaufnahmen von der Zubereitung verschiedener Berliner Currywurst-Variationen und weiteren Schnellgerichten und stellte diese Videos auf ihren TikTok-Kanal „hanswurstks“ ein.

Die Macher betitelten ein Video mit „Curry-Hawaii ist der letzte Schrei“. Es folgten zahlreiche Kommentare von Nutzer\*innen des Videoportals und der Imbiss wurde von Neugierigen überrannt, die die neue Currywurst-Variation ausprobieren wollten.

Becker und Krug wurden von diesem Erfolg völlig überrascht und müssen nun nach eigener Aussage alle zwei Tage Ananasstücke für ihre Currywurst-Variation nachbestellen. Dabei gehe ihre Kasseler Kreation eigentlich auf einen Fehleinkauf zurück, erklärte Becker. Für seine Hawai'i-Burger habe der Imbissbesitzer Ananasscheiben bestellen wollen, geliefert wurden jedoch Ananasstückchen. „*Wir schmeißen hier nichts weg, also musste eine Lösung her*“, erklärte Becker. So kam er auf die Idee seiner Currywurst Hawai'i mit Ananasstücken.

(<https://www.hna.de/kassel/kult-imbiss-in-kassel-geht-im-netz-viral-diskussion-ueber-hawaii-currywurst-92032470.html>, *Der Standard* 19.01.23)

## Miss-Wahlen 2024

**Nauru:** Die *Miss Pacific*-Wahlen finden im kommenden Jahr in Yaren auf Nauru statt. Das hat der Veranstalter kürzlich entschieden. Die diesjährigen Wahlen fanden

nach dreijähriger Corona-bedingter Pause am 3. Februar in Apia (Samoa) statt, zur „Miss Pacific 2023“ wurde die 24-jährige Buchhalterin Josie Nicholas aus Papua-Neuguinea gewählt. (*The Coconut TV* 03.02.23)

## Britischer König ehrt Pazifik-Insulaner\*innen

**Großbritannien:** Der britische König Charles III. hat zu Beginn des Jahres bei seinen traditionellen Neujahrsehrungen („Honour's List“) auch einige Pazifik-Insulaner\*innen ausgezeichnet.

Mehr als 1.107 Menschen (darunter die Hälfte Frauen) aus dem ganzen britischen Commonwealth wurden von König Charles für ihre Verdienste um die Gesellschaft, die Gemeinschaft oder ihren Arbeitsbereich geehrt.

So wurde z.B. der ehemalige Premierminister der Insel Niue, Young Vivian, zum „*Companion of the NZ Order of Merit*“ für seine Verdienste um die Regierungsführung der kleinen Insel geehrt.

Der fidschianische Arzt Dr. Api Talemaitoga wurde für sein medizinisches Engagement in Neuseeland vor allem während der Corona-Pandemie ausgezeichnet. Außerdem wurde der katholische Priester Paulo Filoalii aus Samoa geehrt. Er war 1990 als erster Samoaner in Rom zum Priester geweiht worden und setzt sich besonders für die Gemeindegemeinschaft ein. Geehrt wurde auch die Fernsehproduzentin und Direktorin von „Coconet TV“, einem pazifischen Fernsehsender in Neuseeland. Die Sängerin der neuseeländischen Band „Ardijah“, Betty-Anne Monga, erhielt einen Orden für ihr musikalisches Engagement. Aus den Salomonen wurden Walton Naezon mit einem „*Order of the British Empire*“ für seine Verdienste um die Wirtschaftskraft der Salomonen sowie Hosea Lala für ihr Engagement im Bildungssektor geehrt.

**Info:** Die Altersspanne der Geehrten bewegte sich in diesem Jahr zwischen 18 und 100 Jahren: Der jüngste Preisträger ist der 18-jährige Dara McAnulty aus Anna-long in der Grafschaft Down (UK), der einen Orden für seine Umwelt-

arbeit und seine Arbeit mit Menschen mit Autismus-Spektrum-Störungen erhielt.

Der älteste Preisträger ist der 100-jährige Peter Davies aus Bollington in Cheshire (UK), der einen Orden für seine Arbeit als freiwilliger Lesehelfer an der *Dean Valley Community Primary School* erhielt.

(*Marshall Islands Journal* 06.01.23, <https://www.manchestereveningnews.co.uk/news/uk-news/kings-new-years-honours-list-25862203>)

## Dreijährige Kreuzfahrt geplant

**Welt:** Ab November 2023 möchte das türkische Kreuzfahrtunternehmen „Life at Sea“ dreijährige Kreuzfahrtschiffsreisen ermöglichen, die Passagiere einmal rund um die Welt bringen. Mike Petterson, Geschäftsführer von „*Life at Sea Cruises*“, hatte die Idee einer mehrjährigen Kreuzfahrt bereits vor der Corona-Pandemie und ging Ende 2022 eine Partnerschaft mit „*Miray International's Miray Cruises*“ ein, um sein Vorhaben umzusetzen.

„*Life at Sea Cruises*“ renovierte im vergangenen Jahr ein 30 Jahre altes Kreuzfahrtschiff, die *MV Gemini*, die am 1. November 2023 von Istanbul aus in See sticht und bis zu 1074 Reisende um die Welt bringen soll. Aktuell laufen Renovierungsarbeiten im Innenraum des Kreuzfahrtschiffes, die das Unternehmen rund 9,4 Millionen Euro kosten. Während der dreijährigen Kreuzfahrtschiffsreise soll die *MV Gemini* 209.214 Kilometer zurücklegen und an 375 Häfen in 135 Ländern anlegen. Dabei bereisen die Passagiere alle Kontinente. Die *MV Gemini* mit ihren 400 Kabinen wird für die Kreuzfahrt zu einer schwimmenden Stadt ausgebaut. Neben einem Krankenhaus, einer Zahnarztpraxis und einer Apotheke befinden sich daher auch ein Gefängnis und eine Leichenhalle mit an Bord.

**Info:** Die Preise für eine Kreuzfahrt beginnen bei 30.000 US-Dollar (28.082 Euro) pro Person und Jahr für eine zwölf Quadratmeter große Innenkabine.

(<https://www.businessinsider.de/panorama/mit-dieser-kreuzfahrt-koennt-ihr-3-jahre-auf-wasser-leben/> 07.03.23)



## IM MEMORIAM

### †John Moffat Fugui: Erster Botschafter der Salomonen in China

Das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Außenhandel der Salomonen teilte am 22. Dezember 2022 mit, dass John Moffat Fugui in Peking (China) an einem Herzstillstand verstorben sei.

Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Mao Ning, drückte das Beileid Chinas zum Tod des ersten Botschafters der Salomonen in China aus. In China habe der 61-jährige Fugui einen positiven Beitrag zur Entwicklung der bilateralen Beziehungen und zur Förderung der Freundschaft zwischen den beiden Ländern geleistet, so Mao. In einer Würdigung des verstorbenen Botschafters durch das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Außenhandel der Salomonen wurde Fugui als „Diplomat mit einer großen Vision“ für die Verbindung der Salomonen mit China beschrieben.

John Moffat Fugui (geboren am 9. September 1961 in der Provinz Malaita) war zunächst Bankangestellter, bevor er erfolgreich Politikwissenschaften an den Universitäten von Fidschi und Neuseeland studierte. Von 1988 bis 1990 war er Berater der Denkfabrik der *Alliance Party* sowie zugleich von 1989 bis Frühjahr 1992 Politischer Analyst und Berater für Politik- und Verfassungsangelegenheiten im Büro von Premierminister Solomon Mamaloni. 1994 schloss er ein Postgraduierten-Studium an der *University of Manoa* in Hawai'i ab. Nach seiner Rückkehr war Fugui zunächst in Teilzeit als Tutor für Demokratie und Demokratisierung am Zentrum der *University of the South Pacific* in Honiara tätig sowie von 2001 bis 2006 Politischer Berater von Premierminister Allan Kemakeza. Danach war er zwischen 2006 und 2007 Sekretär des Oppositionsführers im Nationalparlament und wurde im Anschluss 2008 Sekretär für Regierungsarbeit im Büro von Premierminister Derek Sikua. Im August 2010 wurde er erstmals in Nationalparla-

ment der Salomonen gewählt, in dem er bis 2020 war. Nach verschiedenen Ministerämtern und einer verlorenen Kandidatur als Premierminister war er im Mai 2021 von Premierminister Manasseh Sogavare zum Botschafter für China ernannt worden.

*Hintergrund:* Am 21. September 2019 hatten China und die Salomonen erstmals diplomatische Beziehungen aufgenommen. Fugui führte anschließend eine offizielle Delegation der Salomonen an, die Peking, Guangzhou und andere chinesische Städte besuchte. „Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit China ist die richtige historische Entscheidung für unser Land“, sagte Fugui damals in einem Interview mit der *People's Daily Haiwainet*.

Während seiner kurzen Amtszeit hatte sich Fugui um die Aufnahme von Direktflügen zwischen Honiara und chinesischen Städten bemüht. Außerdem hatte er sich für den Export von Thunfisch und Tropenholz von den Salomonen nach China eingesetzt. Fugui wollte die Salomonen auch für Tourist\*innen aus China attraktiver machen sowie chinesische Firmen als Investoren gewinnen.

Die Trauerfeier für den Verstorbenen fand im Beisein hochrangiger Politiker\*innen in der anglikanischen St. Barnabas Cathedral in Honiara statt. Die Traueransprache hielt Premierminister Sogavare. Fugui wurde danach auf seinem Familienanwesen in Tasahe B beerdigt. Er hinterlässt seine Frau Jennifer sowie Kinder und Enkelkinder. (*Xinhua* 26.12.22, *Global Times* 26.12.22, *ANI* 27.12.22, *Solomon Islands Government* 29.12.22, *Wikipedia*)

## IN EIGENER SACHE

### Spende für die Pazifik-Arbeit von Mission EineWelt

Sehr geehrte Leserinnen und Leser der „pazifik aktuell“,

gerne senden wir Ihnen die „Pazifik aktuell“ vierteljährlich zu.

Mission EineWelt, das Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, trägt hierfür die Herstellungs- und Versandkosten.

Es wäre schön, wenn Sie an Stelle einer Kostenerstattung seine missionarischen und sozialen Aufgaben in Papua-Neuguinea und anderen Ländern des Pazifiks durch eine Spende (Spendenkonto bei der Evangelischen Bank Kassel, IBAN DE12 5206 0410 0001 0111 11, BIC GENODEF1EK1) unterstützen. Ihre Spende fließt ohne Abzug von Verwaltungskosten direkt in die Projektarbeit unserer pazifischen Partnerländer.

Spenden sind steuerlich absetzbar. Für Beträge bis 200,- EUR genügt für das Finanzamt der abgestempelte Überweisungsabschnitt.

### Impressum:

Kein Pressedienst

**Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion:** Julia Ratzmann

„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

**Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik.**

Evangelische Bank  
IBAN: DE12520604100001011111  
BIC: GENODEF1EK1

### Quellen:

ABC • Australien Info • Contemporary Pacific • Cook Islands News • Fiji Times • Loop Pacific • National • Neuseeland Info • Noovell • Pacific Islands Business • PNG Mine Watch • Pacific Beat • Pacific Daily News • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand International • Solomon Islands Broadcasting • Association • Tahiti Info • Wantok • Westpapua Netzwerk

Herausgeber:

**Pazifik**  
INFORMATIONSTELLE  
und  
**Mission EineWelt**

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern  
Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau  
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120  
www.pazifik-infostelle.org  
www.mission-einewelt.de